

daß der Produktionsfaktor Arbeit nicht nur als Kostenmoment in Frage kommt, sondern als ein die Wirtschaft mitgestaltender lebendiger Faktor, mit dem einen Ausgleich zu suchen nicht mehr zu umgehen ist.\*

Im Reichswirtschaftsrat sind also die Vertreter der deutschen Kapitalisten belehrt worden, daß mit den Arbeitern ein Ausgleich gesucht werden muß. Das Eigenartigste ist dabei nur, daß die Arbeiter in den Betrieben von den günstigen Ergebnissen dieser Erziehungspolitik im Reichswirtschaftsrat nichts merken.

Unsere Kritik an der Arbeitsgemeinschafts- und wirtschaftsdemokratischen Politik des Reformismus bedeutet keineswegs, daß Tarifverhandlungen oder die Inanspruchnahme von Arbeitsgerichten oder die Teilnahme an Parlamentswahlen an sich etwa arbeitsgemeinschaftliche Handlungen sind. Es kommt darauf an, zu welchem Zweck die Teilnahme geschieht. Wenn die Tarifverhandlungen als Ausdruck der „Demokratie im Arbeitsverhältnis“ („Gewerkschaftszeitung“ Nr. 23) betrachtet werden, wenn Gewerkschaften Tarifgemeinschaften eingehen, die faktisch Streikbewegungen ausschließen, und wenn sie sich demzufolge der kapitalistischen Schlichtungspolitik unterordnen, wenn sie also auf diese Weise die Störung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus vermeiden wollen, dann sind allerdings diese Tarifverhandlungen ein Bestandteil der Arbeitsgemeinschaftspolitik und der wirtschaftsdemokratischen Orientierung.

Wenn die Gewerkschaften aber durch Organisation des Kampfes für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Kampfkraft der Arbeiter im weitesten Maße wecken und steigern und ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft diese Kämpfe als einen Teil des Kampfes für die Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei überhaupt führen, dann wird niemand den Gewerkschaftsleitungen einen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse vorwerfen. Ebenso ist die Beteiligung an den Parlamentswahlen nur dann gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, wenn diese Wahlen nicht zur revolutionären Mobilisierung der Werktätigen ausgenutzt werden, sondern zur Nahrung der Illusion, daß die Parlamentswahlen das Mittel zur Eroberung von Machtpositionen im kapitalistischen Staate sind.

## Was tun?

Als Ergebnis unserer Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage, die Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe und die Politik des ADGB können wir zusammenfassend feststellen:

Trotz der gegenwärtigen Konjunktur in der deutschen Wirtschaft zeigen sich in dem zunehmenden Widerspruch zwischen der Produktionskapazität (Leistungsfähigkeit) und den Absatzmöglichkeiten, insbesondere in der Unmöglichkeit, den Absatz auf dem Weltmarkt wesentlich zu erweitern, die Grenzen dieser Konjunktur. Daraus ergibt sich, daß die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland nur auf der verschärften Ausbeutung der Arbeiter basieren kann. Die monopolistische Preispolitik der Kartelle und Truste, die Teuerungspolitik und Beschränkung der Gewerkschaftsfreiheit durch die Bürgerblockregierung beweisen diese Tatsache zur Genüge.

Der „Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft“ in Deutschland, der vor allem in Form der Rationalisierung und im Namen des „technischen Fortschrittes“ geschah, hat ausschließlich die ökonomische und politische Macht des Trust- und des Agrarkapitals gefestigt. Das kommt politisch in der Bildung und Festigung der Bürgerblockregierung und im stärkeren Einfluß des Trustkapitals auf den kapitalistischen Staatsapparat zum Ausdruck.

Das Ergebnis der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt lehrt, daß die Industriellen mit allen Mitteln versuchen, den Reallohn der Arbeiter zu senken, indem sie durch ihre Preispolitik und durch die Steuer-, Mietpreis- und Zollpolitik der Bürgerblockregierung die Lebenshaltungskosten der Werkstätigen erhöhen. Dabei nutzen sie die Langfristigkeit der Tarifverträge aus und versuchen, im Namen der Tariftreue die Arbeiter mit Hilfe der Klassenjustiz, der Tarifämter, der Arbeitsgerichte und sonstigen Organe der Klassenjustiz zwischentarifliche Lohnkämpfe zu verhindern. Dieses Zusammenwirken der Industriellen und der Bürgerblockregierung beweist klarer als je, daß es notwendig ist, den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als einen Teil des politischen Kampfes der Arbeiter für den Sturz der Bürgerblockregierung, für die Beseitigung der Lohnsklaverei, für den Sozialismus zu führen.

Die Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Bürgerblocks wird dadurch begünstigt, daß die reformistischen Führer gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand versuchen, durch „Mitwirkung im kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat“, durch wirtschaftsdemokratische Illusions- und Koalitionspolitik Einfluß auf die kapitalistische Entwicklung zu bekommen. Alle Erfahrungen beweisen, daß in dem Maße, wie in Verbindung mit der Rationalisierung die ökonomische Macht der Bourgeoisie wuchs, auch die Diktatur des Trustkapitals im Betrieb und im Staat immer brutaler in Erscheinung trat. Während auf der einen Seite die Industriellen versuchen, die wirtschaftsdemokratischen Illusionen der Reformisten im Interesse des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus auszunutzen, fördern sie zugleich die Werksgemeinschaften und andere Organisationen und Methoden des Betriebsfaschismus.

Diese wichtigsten Erfahrungen lehren, daß erfolgreiche Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen die Kapitalsoffensive und gegen die Bürgerblockreaktion eine Änderung der Politik des ADGB erfordern. Nach unserer Auffassung müßten von den Gewerkschaften vor allem folgende Aufgaben durchgeführt werden:

1. Kampf um höhere Löhne! Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Teuerungs- und Rationalisierungspolitik, die zu einer Erhöhung der kapitalistischen Profite und zur Senkung des Reallohnes der Arbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsintensität führt. Darum Kampf um höhere Löhne und Verringerung der Lohnspanne, trotz der bestehenden langfristigen Tarifverträge. Sowohl die Teuerungspolitik der Industriellen und Agrarier wie auch die Rationalisierungspolitik bedeuten eine systematische Durchbrechung der Tarifverträge. Deshalb sind zwischentarifliche Lohnerhöhungen eine unbedingte Notwendigkeit. Unter keinen Umständen darf mit der Erkämpfung von Lohnerhöhungen gewartet werden, denn es ist damit zu rechnen, daß in einigen Monaten die Konjunktur umschlägt und die Kampfbedingungen dadurch erschwert werden. Von Anfang an muß aber darüber Klarheit herrschen, daß auf dem Wege der Tarifgemeinschaften oder mit Hilfe der kapitalistischen Schlichtungspolitik oder auf dem Wege von Geheimverhandlungen mit den Unternehmern eine wesentliche Erhöhung der Löhne nicht er-

reicht werden kann. Mobilisierung aller Arbeiter, auch der gewerkschaftlich noch nicht organisierten, und Erkämpfung der Forderungen mit Hilfe des Streiks, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Dabei ist es notwendig, die Verbindung mit den Genossenschaften aufzunehmen und ein Kampfbündnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften herzustellen, damit die Genossenschaften die Arbeitskämpfe unterstützen und so bei der Sicherung eines höheren Reallohnes der Arbeiter mithelfen.

2. Heraus nach acht Stunden aus den Betrieben! Der Bundesvorstand des ADGB hat in seiner Erhebung vom April 1927 festgestellt, daß die Zahl der über 48 Stunden Arbeitenden gestiegen ist. Im Aufruf vom 1. April wurde bekanntlich die Verweigerung der Mehrarbeit über acht Stunden gefordert. Die Zahlen des Bundesvorstandes beweisen, daß die Verweigerung der Mehrarbeit über acht Stunden von den Gewerkschaften nicht organisiert wurde; deshalb ist es notwendig, jetzt wirklich den Achtstundentag beziehungsweise die Siebenstundenschicht zur Regel zu machen und die Arbeiter aufzurufen: Verlaßt nach acht Stunden die Betriebe! Erkämpft die 45-Stunden-Woche! Keine Tarifvereinbarungen dürfen getroffen werden, die eine längere als die achtstündige Arbeitszeit enthalten, auch nicht in Form sogenannter Überstunden. (Für Bergbau und Chemie 42-Stunden-Woche!) Keine Anerkennung von Schiedssprüchen mit einer längeren als der acht- beziehungsweise siebenstündigen Arbeitszeit! Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit.

3. Kampf gegen die Hetzarbeit, Organisation von betriebs- und abteilungsweisen Vereinbarungen zwischen den Arbeitern zum Zwecke der Bestimmung der Leistungsgrenze. Durchführung von Pausen am Fließband in Höhe von zehn Minuten pro Arbeitsstunde. Bestimmung des Arbeitstempos und der Zeitberechnung durch die Betriebsräte.

4. Kampf für den Ausbau des Arbeitsschutzes, für den Arbeiterinnenschutz, gegen den Abbau der sozialpolitischen Einrichtungen; Kampf gegen die Unterstützungsbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die einen Abbau der Unterstützung bedeuten und die Rechte der Arbeiter einschränken.

5. Kampf für die Gewerkschaftsfreiheit, gegen das Verbot der Streikorganisation und Streikunterstützung durch die Klassen-

justiz des Bürgerblocks, gegen den Raub des Streikrechts durch die kapitalistische Schlichtungspolitik.

6. Reorganisierung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, Ausbau des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers in den Betrieben, insbesondere in den Bergbaubetrieben.

7. Aktivierung der Betriebsrätebewegung, Zusammenfassung der Betriebsräte nach Wirtschaftsgebieten und Industriegruppen durch Schaffung entsprechender Leitungen. Organisierung von Trustbetriebsräten. Aufgabe der Betriebsräte muß es sein, die Klasseninteressen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer zu vertreten und die Belegschaft zum Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zu mobilisieren.

8. Kampf gegen die kapitalistische Aufbaupolitik, gegen die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung, gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik und gegen die Propagierung wirtschaftsdemokratischer Illusionen.

9. Stärkung der freien Gewerkschaften durch eine revolutionäre Klassenkampfpolitik und systematische gewerkschaftliche Werbearbeit.

10. Für die internationale Gewerkschaftseinheit, für die Organisierung eines internationalen Gewerkschaftskongresses aus Vertretern aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsverbände aller Länder. Mobilisierung aller Arbeiter für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, denn die Lehren des englischen Streikes haben bewiesen, daß jeder Sieg der Bourgeoisie eines Landes die Bourgeoisie auch in den anderen Ländern zur verschärften Offensive gegen die Arbeiterklasse ermuntert. Deshalb ist die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit die wichtigste Aufgabe, um die internationale Kapitaloffensive in einheitlicher internationaler Klassenfront bekämpfen zu können.

Die Kapitalisten, die in allen Ländern den Kampf für die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen führen, bereiten gemeinsam den Krieg gegen die Sowjetunion vor, denn sie wissen, daß die Sowjetunion die stärkste Stütze der Arbeiterklasse der Welt im Kampfe gegen die Kapitaloffensive ist. Die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks und der chine-

sischen Revolution und die Hilfe für die unterdrückten Kolonialvölker sowie die Erfolge der sozialistischen Aufbauarbeit in der Sowjetunion sind die Hauptursachen, warum die imperialistischen Regierungen in beschleunigtem Tempo die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion treffen. Deshalb ist es notwendig, daß die freien Gewerkschaften alle Kräfte zur Unterstützung der russischen und der chinesischen Revolution mobilisieren und daß sie eine großzügige Massenagitation gegen den Neutralitätsschwindel der Bourgeoisie und gegen alle jene pazifistischen Illusionen organisieren, deren Zweck es ist, die Arbeiter über die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu täuschen und einzuschläfern.

Die Erfahrungen der letzten Monate haben gelehrt, daß die Arbeiter ihre Forderungen nur durchsetzen können, wenn die Gewerkschaften die ganze Macht ihrer Organisationen einsetzen, die breitesten Massen der Arbeiter zum Kampfe gegen die Herrschaft des Trustkapitals und der Agrarier mobilisieren und die Teilbewegungen der Arbeiterklasse als politischen Kampf führen:

Gegen die Herrschaft des Trust- und Agrarkapitals!  
Für die Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei!  
Für die Arbeiter- und Bauernregierung!  
Für den Sozialismus!

*Broschüre „Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung“,  
Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1927.*

## Der Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft

In der Zeit der relativen Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie ist es zweifellos für die KPD schwieriger, revolutionäre Massenkämpfe zu organisieren, als in akut revolutionären Situationen. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus gibt den Reformisten und der SPD die Möglichkeit, in scheinradikaler Weise angeblich für die Forderungen der Arbeiter einzutreten, ohne dadurch die Stabilisierung zu gefährden. Die Lohnerhöhungen in den letzten Monaten, die von den reformistischen Führern als Erfolge ihrer Politik ausposaunt werden, und die Scheinopposition der SPD gegen den Bürgerblock verschleiern bis zu einem gewissen Grade zweifellos die arbeiterfeindliche, kapitalistische Wirtschafts- und Staatspolitik der Reformisten und der SPD. Die Reden der Sozialdemokraten zum Schulgesetz und die Rede Hilferdings zur Wirtschaftspolitik haben wohl dem fortgeschrittensten Teil des Proletariats bewiesen, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen die Bürgerblockpolitik unterstützt, aber diese Tatsachen reichen nicht aus, um die Massen der Werktätigen von dem reaktionären Charakter der sozialdemokratischen Politik zu überzeugen.

Einige Genossen glauben, diese Schwierigkeiten der Politik der Partei in der gegenwärtigen Situation durch eine Änderung der jetzigen zentralen Losung der Partei „Nieder mit der Bürgerblockherrschaft“ und durch Schaffung eines Aktionsprogramms mit der zentralen Losung „Kontrolle der Produktion“ überwinden zu können. Sowohl die Berliner Straßenbahnerbewegung wie der mitteldeutsche Streik haben jedoch gelehrt, daß nicht andere Losungen nötig sind, sondern daß es darauf ankommt, unter den aufgestellten Losungen der Partei Massenstreikbewegungen zu organisieren und auszulösen. Nicht deshalb wurde der mitteldeutsche Bergarbeiterkampf kein politischer Massenstreik, weil die Losung „Produktionskontrolle“ fehlte,

sondern weil es uns nicht gelang, den Kampf zu verbreitern, ihn unter politischen Losungen zu steigern, die Hochburgen des Trustkapitals, die chemischen Betriebe und die Elektrizitätswerke stillzulegen. Eine solche Verbreiterung und politische Steigerung des Kampfes hätte die kapitalistische Wirtschaft wesentlich gestört, die Einsetzung der staatlichen Machtmittel veranlaßt und dem Streik den Charakter eines offenen politischen Kampfes gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft gegeben.

Die Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe hat wesentliche Mängel unserer Parteiarbeit gezeigt:

a) Die Partei ist nicht genügend auf die Organisation von Massenbewegungen eingestellt, sie konzentriert nicht ihre Hauptkraft auf die wichtigsten Betriebe und Gewerkschaften.

b) In Verbindung mit dem Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter werden die Grundsätze und Ziele der Kommunistischen Partei nur ungenügend propagiert.

c) Die Einheitsfronttaktik wird nur teilweise richtig als Methode der revolutionären Massenmobilisierung angewandt.

Die Schwierigkeiten der Parteiarbeit in der gegenwärtigen Situation veranlassen manche Genossen bewußt oder unbewußt zu Versuchen, die Politik der Partei zu ändern oder zu „ergänzen“. Das zeigt sich in folgenden Tatsachen:

a) Vielfach grenzen sich kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der reformistischen Politik nicht ab und unterlassen die Herausarbeitung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen reformistischer Politik und revolutionärem Klassenkampf.

b) Einige Genossen sind dagegen, daß wir prinzipiell klar und eindeutig den Arbeitern sagen, daß der Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung in der gegenwärtigen Periode unmöglich ist, weil wir Kommunisten prinzipielle Gegner des bürgerlichen Klassenstaates sind. Diese Genossen glauben zum Beispiel, daß, wenn wir in Hamburg unsere prinzipielle Gegnerschaft gegenüber dem kapitalistischen Staat vorübergehend verschwiegen hätten, die Beeinflussung der sozialdemokratischen Arbeiter leichter gewesen wäre.

c) Einige Genossen meinen, der reformistischen Übergangslösung „Wirtschaftsdemokratie“ müsse die Partei als gegenwärtige Übergangslösung die Parole „Produktionskontrolle“

gegenüberstellen. Diese Genossen wollen nicht sehen, daß die Losung „Produktionskontrolle“ nur im direkten Zusammenhang mit der Losung des bewaffneten Aufstandes für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung gestellt werden kann und daß jede andere Fragestellung entweder nichts mit der Kontrolle der Produktion zu tun hat oder ein Abgleiten in reformistische Anschauungen darstellt oder herbeiführen muß. Statt die gegenwärtigen konkreten politischen und organisatorischen Schwächen und Fehler der Partei zu beseitigen, wollen einige Genossen die Beschlüsse des Essener Parteitages ändern, indem sie die „Arbeiterkontrolle der Produktion“ als zentrale Losung für das Aktionsprogramm vorschlagen.

Das wäre ein Fehler, denn wir können die Massen nicht mit einer Propagandalosung, wie es die Kontrolle der Produktion gegenwärtig ist, unmittelbar in Bewegung bringen. Dieser Fehler kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Genossen sehr wenig über die konkreten Aktionen der Partei sprechen. In den bisherigen Diskussionen über die Frage eines Aktionsprogramms, wie zum Beispiel auf dem Thüringer Bezirksparteitag, war bezeichnenderweise fast gar nicht die Rede von den konkreten Aktionen der Partei, sondern es wurde darüber diskutiert, daß die Partei ein Aktionsprogramm braucht. Wir wenden uns nicht gegen die Schaffung eines Aktionsprogramms, möchten aber doch betonen, daß der Essener Parteitag sowie die nachdem abgehaltenen Tagungen des ZK und die Parteikonferenzen die Aufgaben der Partei richtig herausgearbeitet haben.

Die Hauptfrage ist die: Wie bringen wir die Arbeiter zum Kampf, und wie steigern wir diese Kämpfe bis zur Durchführung der Diktatur des Proletariats? Die Erfahrung lehrt, daß wir an die Tagesinteressen der Arbeiter, an die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit usw., anknüpfen müssen, um die Arbeiter zu Streikbewegungen zu bringen. Diese Streikbewegungen werden in dem Maße zu politischen Bewegungen, wie sie die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie erschüttern und Anlaß geben, die staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Arbeiter einzusetzen.

Wenn R. (Vertreter der Rechten. *Die Red.*) verlangt, daß die Parole „Produktionskontrolle“ aufgestellt wird, um die Arbeiter

schon gegenwärtig zu Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft zu erziehen, so verrät er uns leider nicht, wie diese Eingriffe in die Produktion erfolgen sollen. Nach unserer Meinung bestehen die wirkungsvollen Eingriffe der Arbeiter in die Produktion gegenwärtig im Kampfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Durchführung von Streikbewegungen. Die Partei muß lernen, nicht nur aus Anlaß von Lohn- und Arbeitszeitforderungen Streikbewegungen zu organisieren, sondern politische Maßnahmen des Bürgerblocks (Klassenjustizurteile, Arbeitererschließungen usw.) zur Organisation politischer Teilstreiks und Massenstreikbewegungen auszunutzen, um auf diesem Wege die Herrschaft der Bourgeoisie zu erschüttern, die relative Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie zu sprengen und die Arbeiter- und Bauernregierung zu erkämpfen.

Diese Perspektive des politischen Kampfes erfordert, daß die Partei in den Tageskämpfen für Erhöhung der Löhne, für Achtstundentag, gegen Schlichtungspolitik, gegen die Mietpreiserhöhung, gegen die Zollpolitik, gegen die Terrorpolitik, gegen die Klassenjustiz des Bürgerblocks den Arbeitern propagandistisch beweist, daß eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter nur möglich ist, wenn die Arbeiter die Industriellen zum Teufel jagen und in Verbindung mit der Schaffung ihrer eigenen Machtorgane, der politischen Arbeiterräte und der Bewaffnung des Proletariats, die Nationalisierung der Banken und Truste und die Arbeiterkontrolle der Produktion durchführen. Diese Propaganda wird gegenwärtig dadurch erleichtert, daß die Arbeiter im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die innerpolitische Reaktion auf den schärfsten Widerstand des Trustkapitals und seiner Bürgerblockregierung stoßen. Immer offensichtlicher tritt zutage, daß die Bürgerblockregierung und der kapitalistische Staatsapparat nichts anderes als die ausführenden Organe des Trustkapitals sind.

Nicht dadurch, daß wir die Losung „Produktionskontrolle“ zur Tageslosung machen, werden wir Fortschritte im revolutionären Kampf erreichen, sondern dadurch, daß die Tageskämpfe um das Stück Brot, gegen die politische Unterdrückung usw. als Teil des politischen Kampfes gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft ge-

führt werden. Diese Kämpfe müssen vorbereitet und unter politischen Losungen gesteigert werden, wobei die KPD ihre ganze Kraft einsetzen muß, um durch Organisation von Aktionsausschüssen, Werktätigenausschüssen, Arbeiterdelegiertenversammlungen usw. die organisierte Kraft der Bewegung zu festigen und zu stärken, damit die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie erschüttert wird und den Arbeitern jene Kampferfahrungen eingehämmert werden, die zur Organisation politischer Arbeiterräte, zur Entwaffnung der Bourgeoisie, zur Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, zur Durchführung der Arbeiterkontrolle der Produktion Voraussetzung sind.

Nach Auffassung der Reformisten soll die „Wirtschaftsdemokratie“ im Kapitalismus den Übergang zum Sozialismus verwirklichen. Angeblich befinden wir uns gegenwärtig in diesem Übergangsstadium, wo die Durchführung der „Wirtschaftsdemokratie“ eine Aktionsaufgabe ist. Die Reformisten betonen aber in diesem Zusammenhang stets, daß die Wirtschaftsdemokratie nur verwirklicht werden könne, wenn es gelingt, unter Ausnutzung der Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie (Wahlbewegung, Eintritt in Koalitionsregierungen usw.) in zunehmendem Maße den kapitalistischen Staatsapparat zu beeinflussen.

Einige Genossen schlagen vor, daß der Losung der „Wirtschaftsdemokratie“ die Losung „Produktionskontrolle“ gegenübergestellt wird, denn diese Übergangslösung ergebe sich aus den gegenwärtigen Tagesaufgaben. Sie übersehen, daß die Losung „Arbeiterkontrolle der Produktion“ wohl eine Übergangslösung ist, aber gegenwärtig ist sie ebenso nur eine Propagandalösung wie die der Arbeiter- und Bauernregierung. Erst in der Zeit des akuten Machtkampfes, wo bereits politische Arbeiterräte bestehen, wird diese Losung zur Aktionslösung.

Es ist deshalb auch falsch, wenn R. behauptet, daß die Losung „Produktionskontrolle“ gerade jetzt, in der Periode der relativen Stabilisierung, die Sammelösung im politischen und ökonomischen Kampf sei. Die gegenwärtige Sammelösung muß eine Aktionslösung sein, sie muß unmittelbar massenmobilisierend wirken. Deshalb hat die Partei gegenwärtig die Losung „Sturz des Bürgerblocks“ als aktuelle Sammelösung aufgestellt, weil sie die Möglichkeit bietet, alle Ströme der Erbitterung und des

Kampfwillens der Werktätigen zum einheitlichen politischen Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zusammenzufassen. Selbstverständlich müssen gerade im Kampf gegen den Bürgerblock unsere politischen Endziellosungen propagiert werden. Aber die Propagierung unseres Endzieles würde dadurch erschwert beziehungsweise verschleiert, wenn die Losung „Produktionskontrolle“ zur gegenwärtigen Sammellosung gemacht wird; denn die Arbeiter werden mit Recht fragen: „Wie stellt ihr euch in der Periode der relativen Stabilisierung konkrete Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft vor? Worin unterscheidet ihr euch von der reformistischen Forderung auf ‚Kontrolle der Wirtschaft‘?“

Während die Reformisten in Verbindung mit der Losung „Wirtschaftsdemokratie“ ihre kapitalistische Staatspolitik begründen, sagt man kein Wort davon, daß die Arbeiterkontrolle der Produktion eine Machtfrage ist und wie die Arbeiterkontrolle verwirklicht werden soll. Aber das ist gerade die entscheidende Frage. Klar und eindeutig müssen wir den Arbeitern sagen, daß es weder auf dem Wege des „Eindringens in die kapitalistischen Wirtschaftsorgane“ noch auf dem Wege des „Eindringens in den Staatsapparat“ durch die Koalitionspolitik möglich ist, die Kontrolle zu verwirklichen. Ohne Arbeiterräte, ohne die Bewaffnung des Proletariats, ohne die Verjagung der Unternehmer, ohne die Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung, ohne Nationalisierung ist die Arbeiterkontrolle der Produktion undurchführbar. Das wird verschwiegen. Man nährt dieselbe Illusion, die bei den italienischen Arbeitern im Jahre 1920 vorhanden war, als die Arbeiter die Betriebe besetzten und glaubten, die Arbeiterkontrolle der Produktion durchführen zu können ohne politische Arbeiterräte, ohne Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates.

R. erklärt, daß eine gegenwärtige Maßnahme der Produktionskontrolle die Belebung der Betriebsrätearbeit sei. Selbst wenn es gelingt, die Rechte der Betriebsräte gegenwärtig zu erweitern, so kann sich diese Erweiterung der Betriebsräterechte nicht auf die Leitung der Produktion beziehen, sondern auf den Kampf für den Achtstundentag, gegen die Überstunden, für größeres Bestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, Verbesse-

rung der Lohnberechnung, Beseitigung bestimmter Methoden der Hetzarbeit und anderes. Das ist aber doch nicht Kontrolle der Produktion.

R. erklärt weiter, daß der Kampf gegen Betriebsstillegungen im Bergbau in der Linie der Produktionskontrolle liege. Es stimmt, daß in einigen isolierten Fällen die Betriebsstillegung verhindert wurde, aber Besitzer der Produktionsmittel, Beherrscher der Produktion blieb der Kapitalist. Von einer Kontrolle der Produktion kann nur dann gesprochen werden, wenn eine entschädigungslose Enteignung des Kapitalisten erfolgt und der Betrieb unter Leitung der Arbeiter weitergeführt wird. Selbst R. wird nicht behaupten wollen, daß das gegenwärtig möglich ist. Indem er aber alle solche Einzelmaßnahmen, die einfache Klassenkampfaufgaben sind, als Produktionskontrolle bezeichnet, verfälscht er den revolutionären Sinn dieser Losung und gibt der Auffassung Raum, daß die Arbeiterkontrolle der Produktion schon vor der Machteroberung und isoliert von den Kämpfen um die Macht verwirklicht werden kann. Damit kommt er in verdächtige Nähe der reformistischen Wirtschaftsdemokraten. Ich verweise hier auf den Artikel von Weimann in der „Metallarbeiterzeitung“ vom 24. September 1927:

„Dem Rufe der Unternehmer nach ‚Freiheit der Wirtschaft‘ muß die Arbeiterschaft den Ruf ‚Kontrolle der Wirtschaft‘ entgegensetzen... Das Ziel der organisierten Arbeiterschaft ist die sozialistische Wirtschaft; aber solange wir noch eine privatkapitalistische Wirtschaft haben, hat die Arbeiterschaft ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht zu verlangen.“

Weimann ist selbstverständlich der Meinung, daß diese Kontrolle der Wirtschaft auf dem Wege der Schaffung von Wirtschaftskammern usw. möglich ist. Aber gerade weil R. diesen Argumenten der Reformisten nicht die Frage des Kampfes um die Macht gegenüberstellt, bedeutet seine Art der Propagierung der Produktionskontrolle eine opportunistische Veränderung dieser revolutionären Losung.

Das sind die Hauptgründe, warum es abgelehnt werden muß, die Losung „Produktionskontrolle“ zur wichtigsten Losung des Aktionsprogramms zu machen. Ein solches Aktionsprogramm wäre nicht geeignet, der Partei und den Massen ein Leitfad

für ihre Kämpfe zu sein. Das Aktionsprogramm wird seinen Zweck nur erfüllen, wenn die Aktionslosungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation ergeben, im Vordergrund des Aktionsprogramms stehen. Die gegenwärtige Hauptlosung ist daher der Kampf für den Sturz des Bürgerblocks. Das ist aber nicht genügend, denn wir müssen positiv sagen: Was soll nach dem Sturz des Bürgerblocks geschehen? Deshalb müssen wir den Arbeitern auseinandersetzen, wie der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden muß, warum die Forderungen der Arbeiter nur mit Hilfe ihrer eigenen Kampf- und Machtorgane durchgesetzt werden können, warum im Interesse der Verwirklichung der Lebensforderungen des Proletariats die Beherrscher der Truste verjagt werden müssen und die Arbeiterkontrolle der Produktion nur Bestandteil und Resultat des Machtkampfes sein kann.

Nur wenn die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion im Aktionsprogramm so begründet wird, ist sie eine richtige und notwendige Propagandalosung in der gegenwärtigen Situation.

*„Die Internationale“, Heft 23,  
8. Dezember 1927.*

## Kampferfahrungen und Aufgaben der Partei

Die Erfahrungen der Arbeitskämpfe und die politische Entwicklung in Deutschland zeigen, wie die relative Stabilisierung des Kapitalismus zur Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus führt. Das kommt in der Zuspitzung der Klassegegensätze und in der Verbreiterung und Vertiefung der Klassenkämpfe zum Ausdruck. Der Kampf um den Achtstundentag in der Eisen- und Stahlindustrie lehrt, wie die deutsche Bourgeoisie ihre ganze politische und ökonomische Macht einsetzt, um im Interesse der Förderung der imperialistischen Politik die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Die Stilllegungsaktion der Schwerindustrie, das Notprogramm der Industrie und die Durchführung der Aufträge des Trustkapitals durch die Bürgerblockregierung und ihren Schlichter lehren, daß die Kommunistische Partei nur dann imstande ist, Massenkämpfe zu organisieren, die ökonomische und politische Macht des Trustkapitals zu brechen, wenn sie ihre Arbeit auf die entscheidenden Großbetriebe und auf die Gewerkschaften der wichtigsten Industrien konzentriert (Metall, Bergbau, Chemie, Transport, Elektrizität).

Die Reformisten haben den Kampf der Arbeiter um den Achtstundentag verraten. Sie mußten ihn verraten, weil ein allgemeiner Streik in der Schwerindustrie die ökonomische und politische Macht des Trustkapitals zumindest erschüttert hätte, weil ein solcher Kampf geeignet wäre, die relative Stabilisierung des Kapitalismus zu sprengen. Was der reformistischen Bürokratie in einem Teile der Fertigungindustrie gelungen ist, nämlich ihre prokapitalistische Wirtschaftspolitik durch scheinradikale Manöver zu verschleiern, das hat ihr die Schwerindustrie nicht erlaubt. Die reformistische Bürokratie vertröstet die Arbeiter auf die Parlamentswahlen. Nicht der Streik, sondern der Stimmzettel soll nach Meinung der Reformisten über die Höhe des Lohnes entscheiden.

Die Kommunistische Partei hat rechtzeitig den Arbeitern gesagt, warum die Reformisten Verrat üben. Die Mehrzahl der Arbeiter hat die Phrasen der Reformisten über ihren angeblichen Willen zum Kampf geglaubt. Auch nach dem offenen Verrat war es nur eine, wenn auch starke, Minderheit der Arbeiter, die bereit war, trotz der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie für den Achtstundentag und für Lohnerhöhung gegen das Trustkapital zu kämpfen.

Die Erfahrungen des Kampfes in der Schwerindustrie zwingen die gesamte Partei zur Beantwortung der Frage: Was ist zu tun, um in künftigen Kämpfen mit größerem Erfolg die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen, auch wenn die Gewerkschaftsbürokratie indirekt oder direkt die Politik des Trustkapitals unterstützt? Die Hauptlehre ist: Die Partei muß wirklich ihre ganze Kraft auf die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften legen. Mancher Genosse wird sagen: „Das wissen wir schon längst!“ Es kommt nicht darauf an, ob ein mehr oder weniger großer Teil der Parteimitglieder theoretisch von dieser Notwendigkeit überzeugt ist, sondern daß in der Praxis die Parteiarbeit in der Hauptsache auf die Betriebe und Gewerkschaften konzentriert wird.

Der Kampf lehrt, daß weder im Ruhrgebiet noch in anderen Parteibezirken die Parteileitungen, Gewerkschaftsfraktionen und Betriebszellen ihre ganze Kraft auf die Mobilisierung der Arbeiter zur Organisierung des Kampfes für Achtstundentag, Lohnerhöhung und gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft konzentriert haben. Ein Maßstab für die ungenügende Mobilisierung der Arbeiter ist die geringe Zahl der Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, in denen zum Kampf in der Schwerindustrie, zur Politik des Trustkapitals und zur reformistischen Politik Stellung genommen wurde. Die Parteipresse hat die Fragen wohl allgemein richtig behandelt, aber wo war das Gesicht der Partei in den Betrieben und Gewerkschaften zu sehen? Es ist eine Tatsache, daß auch in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, in denen absolut die Möglichkeit gegeben war, unsere Genossen zum Teil überhaupt nicht oder nur ungenügend die Fragen des Kampfes in der Schwerindustrie und die Politik der Industriellen sowie der Reformisten behandelt haben. Die

Bedeutung des Kampfes erforderte, daß in allen Parteileitungen und in Fraktionsversammlungen die Frage des Kampfes gegen das Trustkapital als wichtigste Frage behandelt wurde. Das ist nur in wenigen Fällen geschehen.

Jeder Genosse muß sich bewußt sein, daß es nicht genügt, über den Verrat der Reformisten zu reden. Wir müssen lernen, die Kräfte der Arbeiter so zu organisieren, daß wir im Falle der Sabotage des Kampfes durch die Gewerkschaftsbürokratie mit Hilfe starker Zellen, mit Hilfe eines breiten Kreises von Sympathisierenden in den Betrieben die Mehrheit der Belegschaft für den Kampf gewinnen. *Nur wenn es uns gelingt, in den Betrieben die Mehrheit der Arbeiter für unsere revolutionäre Gewerkschaftstaktik zu gewinnen und den Kampf zu organisieren (Bildung von Streikleitungen usw.), werden wir imstande sein, die Gewerkschaftsleitungen zum Kampfe zu zwingen oder gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen den Kampf zu führen.* Diese systematische Zellenarbeit ist gegenwärtig um so notwendiger, als die Kämpfe gelehrt haben, daß die Arbeiter angesichts des planmäßigen, gut organisierten Vorstoßes der Industriellen ihre Forderungen in den meisten Fällen nur durchsetzen und die Macht des Trustkapitals wirklich erschüttern können, wenn die Kampffront verbreitert wird. Alle Kämpfe der letzten Monate zeigen, daß die Reformisten mit allen Mitteln die Verbreiterung der Kampffront im Interesse der kapitalistischen Stabilisierung verhindern. Nur wenn wir alle Kräfte einsetzen, um den gewerkschaftlichen Funktionärkörper in den Betrieben mit revolutionären Gewerkschaftsfunktionären zu besetzen, werden wir imstande sein, breite Arbeitermassen in den Kampf zu führen.

Aus den Lehren der letzten Arbeitskämpfe ergeben sich folgende Hauptaufgaben der Partei:

1. Die Parteileitungen müssen endlich dazu übergehen, die Betriebszellen der Großbetriebe ständig zu instruieren und zu unterstützen. Die Organisation der Arbeitskämpfe darf nicht den Zellen allein überlassen bleiben, sondern die gesamten Kräfte der Partei müssen mobilisiert werden. Die Schulungsarbeit der Partei muß vor allen Dingen in den Betriebszellen und in den Versammlungen der Sympathisierenden der Großbetriebe durch-

geführt werden. Für den falschen Kurs unserer Schulungsarbeit ist charakteristisch, daß in einer Kursuslehrerzusammenkunft der wichtigsten Parteiorganisationen der KPD vier Fünftel der anwesenden Kursuslehrer sich zu Kursen für die Wohngebietsorganisation bereit erklärten. Wir müssen lernen, einen Stab von Parteifunktionären heranzuziehen, die nicht allgemeine Reden halten, sondern die vor allen Dingen den Betriebsarbeitern konkret sagen können, was zu tun ist, und die verstehen, die Erfahrungen der Betriebszellenmitglieder theoretisch zu fundamentieren und zu vertiefen.

2. Einem großen Teil der Parteileitungen gehören viele Genossen an, die unfähig sind, die Parteiarbeit auf die Betriebe und Gewerkschaften zu konzentrieren. Solche Parteileitungen können weder Kämpfe vorbereiten noch führen. Die Überprüfung der Zusammensetzung der Parteileitungen muß schnellstens geschehen. Es ist notwendig, daß die aktivsten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre in die Parteileitungen gewählt werden. Zweifellos werden manche ältere Parteigenossen sich einer solchen Reorganisation widersetzen, weil sie befürchten, daß die „jungen Männer“ vielleicht den Aufgaben nicht voll gewachsen sind. Das mag anfangs zutreffen. Diese Genossen vergessen aber, daß auch sie einmal das Laufen lernen mußten.

3. Die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften darf nicht nur als organisatorische Arbeit geführt werden. Es ist notwendig, die Fraktionsmitglieder so zu schulen, daß sie imstande sind, die reformistische Politik in den Gewerkschaftsversammlungen sachlich und wirkungsvoll zu widerlegen. Es muß besonderer Wert auf die Eroberung der gewerkschaftlichen Funktionen im Betrieb gelegt werden. Nur wenn ein inniges Zusammenarbeiten zwischen den Gewerkschaftsfraktionsleitungen und den Zellen stattfindet, ist es möglich, mit größerem Erfolg in den Gewerkschaften zu arbeiten.

4. Die oppositionellen Betriebsräte müssen regelmäßig zusammengefaßt und geschult werden. Von den Betrieben aus sind die zuständigen Gewerkschaftsleitungen zu zwingen, die Betriebsräte regelmäßig zusammenzurufen. Diese Aufgabe muß beschleunigt begonnen werden, weil dadurch zugleich die Betriebsrätewahlen vorbereitet werden.

5. Die Parteileitungen müssen die Werbearbeit unter den Belegschaften der Großbetriebe planmäßig organisieren und genügend Parteikräfte, die nicht im Betrieb beschäftigt sind, zur Unterstützung der Betriebszellen der Großbetriebe bestimmen. Die wichtigsten Voraussetzungen erfolgreicher Werbearbeit sind die regelmäßigen Versammlungen von Sympathisierenden und die regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitungen. Angesichts der Schwäche unserer Zellen in den ausschlaggebenden Großbetrieben müssen die Parteileitungen endlich dazu übergehen, auch durch finanzielle Unterstützung dieser Betriebszeitungen unter allen Umständen die regelmäßige Herausgabe solcher Zeitungen zu ermöglichen.

6. Bezirksleitungen, Unterbezirks- und Stadtteileitungen müssen in den engeren Leitungssitzungen jedesmal Berichte über den Stand der Arbeit in einem oder mehreren wichtigen Großbetrieben und Gewerkschaften entgegennehmen. Das ist die wichtigste Aufgabe der Parteileitungen, deren Durchführung von der nächsthöheren Parteileitung systematisch kontrolliert werden muß.

In der gegenwärtigen Situation der Verschärfung der Klassenkämpfe in Deutschland wird die Partei ihre revolutionären Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie rücksichtslos die Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Kämpfe zieht und ernstlich dazu übergeht, die Arbeit der Partei auf die Betriebe und Gewerkschaften zu konzentrieren.

*„Der Parteiarbeiter“ Nr. 1,  
Januar 1928.*

# Die Hüttenarbeiterbewegung

## *Trustkapital und Arbeitszeitkampf*

Die Bewegung der Hüttenarbeiter um Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung fiel in eine Zeit, in der das Trustkapital die Stärkung seiner ökonomischen Macht und die Durchführung der imperialistischen Politik durch weiteren Ausbau des kapitalistischen Staatsapparates politisch zu sichern und zu fördern versuchte. Den Industriellen ist es vor allem durch die Rationalisierung gelungen, die Kapitalbildung wesentlich zu steigern. In dem Bestreben, das angelegte Kapital profitabel zu verwerten und die Absatzmärkte zu erweitern, gehen die Beherrscher der Truste und Konzerne planmäßig dazu über, die Arbeitsbedingungen weiter herabzudrücken und die Arbeiterklasse stärker politisch zu unterdrücken.

Der Kampf des Trustkapitals gegen die Arbeiterforderungen hatte, besonders in der gegenwärtigen Situation der allmählichen Abschwächung der Konjunktur, einesteils den Zweck, eine Erhöhung der Produktionskosten, eine Schmälerung des Profits und eine Erschwerung des Kampfes um den Weltmarkt zu verhindern. Gleichzeitig wollten die Industriellen den Arbeitern eine Niederlage bereiten, die ihre Sammlung zum Kampf gegen die Diktaturpläne des Trustkapitals, wie sie im „Notprogramm“ der Industrie formuliert sind, erschwert. Der Verlauf des Kampfes war von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung auch der politischen Forderungen der Schwerindustrie. Ein Sieg des Trustkapitals bedeutete zugleich eine Förderung der Bildung der Einheitsfront von der Schwerindustrie bis zur Fertigungindustrie und einem Teil der Mittelschichten. Die große politische Bedeutung des Kampfes ließ die Klassenfronten mit größter Schärfe in Erscheinung treten. Dies zwang auch die Sozialdemokratie erneut zu offener Stellungnahme gegen die Arbeiter. Sie bewies dabei, daß ihre „nationale Wirtschaftspolitik“ ausschließlich den Interessen des Trustkapitals nützt.

## *Die Aufgaben der KPD*

Die KPD versuchte, die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften für die Forderungen: Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung zu mobilisieren. Die Stimmung der Arbeiter war so, daß auch die Gewerkschaften sich diese Forderungen zu eigen machten, obwohl die reformistischen Führer ein Kompromiß vor dem Schlichter ersehnten. Die Gewinnung der Arbeiter für die genannten Forderungen war der leichteste Teil der Aufgabe. Viel schwieriger war es, die Arbeiter für die Aufnahme des Kampfes am 2. Januar zu gewinnen. Die Industriellen organisierten gegenüber den Forderungen der Arbeiter die Aussperrung zum 2. Januar. Die Reformisten nutzten das zur Verwirrung der Arbeiter aus, sie versuchten von der Organisation der Streikbewegung in den entscheidenden Industrien am 2. Januar abzulenken. Wenn die Industriellen am 2. Januar die Metallbetriebe stillgelegt hätten, hätte selbstverständlich für die Metallarbeiter nicht formell die Frage des Streiks gestanden, aber um so notwendiger war es, die Maßnahmen der Industriellen mit einer Bewegung im Bergbau und im Transportgewerbe zu beantworten, denn nur auf diesem Wege war es möglich, dem Trustkapital einen Schlag zu versetzen und die Interessen der Arbeiter in der Hüttenindustrie, im Bergbau usw. zu verteidigen. Gerade die Bedeutung dieses Kampfes erforderte die engste Verbindung der Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit mit der Zoll-, Steuer- und Mietpreispolitik, mit der Schlichtungs- und Arbeitsgerichtspolitik, mit der gesamten Bürgerblock- und Diktaturpolitik der Trustbourgeoisie. Es war notwendig, die gesamten Kräfte der Partei zur Mobilisierung der werktätigen Massen gegen den Bürgerblock einzusetzen.

Das ist nur zum Teil gelungen. In den Betrieben der Metallindustrie bestand die Aufgabe der Zellen darin, durch konkrete Kampfbeschlüsse der Belegschaften die Gewerkschaftsleitungen unter Druck zu setzen, aber gleichzeitig sich nicht etwa auf die Gewerkschaftsleitungen zu verlassen oder nur eine allgemeine „Entlarvungspolitik“ zu treiben, sondern vielmehr selbst im Betrieb den Kampf zu organisieren, die Belegschaft zu Streikbeschlüssen zu veranlassen und dem Kampfwillen der Belegschaft

durch Bildung von Streikleitungen organisatorische Formen zu geben. Selbstverständlich konnte der Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie nur geführt werden, wenn es gelang, die Mehrheit der Belegschaften, die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der wichtigsten Betriebe zu Streikbeschlüssen zu veranlassen. Dazu hat die Kraft der Partei nicht ausgereicht. Viele Arbeiter erklärten, sie wären bereit, am 2. Januar die Arbeit niederzulegen, wenn die Gewerkschaften dazu aufriefen. Einen Streik gegen die vereinten Kräfte von Trustkapital und Bürgerblockregierung hielten sie gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie für aussichtslos. Das ist der Hauptgrund, warum die Hüttenarbeiter, trotzdem ihre Forderungen nur zu einem geringen Teil bewilligt wurden, noch nicht gekämpft haben.

Als, wie vorauszusehen war, nach dem großen Verrat der reformistischen Führer die Trustgewaltigen in einzelnen Betrieben nicht einmal den reaktionären Schiedsspruch durchführen wollten, nutzten unsere Genossen sofort auch diese letzte Kampfmöglichkeit aus, indem sie in den Edelstahlwerken in Bochum und in einigen anderen Betrieben die Arbeiter veranlaßten, nach acht Stunden die Betriebe zu verlassen, und den Arbeitern sagten, daß nach der Sabotage des Schiedsspruchs durch die Industriellen der Schiedsspruch aufgehoben sei und der Streik für die alten Forderungen: Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung geführt werden müsse. Charakteristisch für diese Teilbewegungen nach dem Schiedsspruch war die Tatsache, daß in allen Fällen, wo der DMV die Zustimmung zum Verlassen der Betriebe nach acht Stunden gab, nicht nur die organisierten, sondern auch die unorganisierten Arbeiter (das ist die Mehrheit) restlos die Betriebe verließen. Auf der Funktionärkonferenz des DMV in Bochum wurde aber auch festgestellt, daß dort, wo sozialdemokratische Betriebsräte und Funktionäre tätig waren, der Kampf nicht aufgenommen werden konnte, weil die notwendigen Kampfvorbereitungen nicht getroffen waren. Diese Tatsache beweist, wie notwendig der Kampf nicht nur gegen die Spitzen, sondern auch gegen jenen Teil der reformistischen Funktionäre ist, der in den Betrieben die Politik der reformistischen Bürokratie „im Interesse der Wirtschaft“ mit allen Mitteln vertritt.

## Der große Verrat des ADGB und der SPD

Die großen ökonomischen und politischen Auswirkungen eines Kampfes in der Hüttenindustrie für die gesamte kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Staat zwangen die Sozialdemokratie und die reformistische Bürokratie, offener als sonst ihre grundsätzliche Einstellung zur kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik zu enthüllen.

Zur gleichen Zeit, als die Beherrscher der Schwerindustrie ihre Stilllegungsaktion zum 1. Januar begründeten, hielt Hilferding im Reichstag seine bekannte Rede für die „Verteidigung der deutschen Nationalwirtschaft“ gegen die Deutschnationalen und Herrn Schacht.

Herr *Hilferding* verkündete also in der entscheidenden Vorbereitungszeit des Kampfes die gemeinsamen Interessen „aller Kreise der Bevölkerung“ von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei „zur Verteidigung der deutschen Nationalwirtschaft“. Er versuchte den Arbeitern einzureden, daß ihre Interessen mit den Interessen des kapitalistischen Staates und seiner reaktionären Gesetzgebung identisch seien und daß die Arbeiterklasse die Aufgabe habe, gemeinsam mit den Demokraten der Fertigungindustrie, den Zentrumsprofessoren und den Industriellen des Zentrums und der Volkspartei die deutsche Konjunktur und das Gleichgewicht des Staatshaushalts zu schützen. Der Führer desselben Zentrums, mit dem die SPD gemeinsam gegen die deutschnationalen Scharfmacher kämpfen will, Herr *Klößner*, erklärte aber in seiner Duisburger Rede am 9. November:

„Wir werden deshalb die Verlängerung der guten Beschäftigung, die Erhöhung des Exports nur durchführen können, wenn die Reichsregierung in der weiteren Ausgestaltung der sogenannten Arbeitsgesetze bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit eine Ruhepause von mehreren Jahren einräumt.“

Hilferding wie Klößner wollen im Interesse der Konjunktur und im Interesse der nationalen Wirtschaft einen Großkampf in der Hüttenindustrie verhindern. Die Arbeiter sollen zum Verzicht auf ihre Forderungen gezwungen werden. Die Schwerindustriellen haben das auf dem Wege der Gründung von Streikkassen, der Aussperrungsdrohung und des Druckes auf den

Staatsapparat getan, die Reformisten durch Einreichung von Denkschriften beim Reichsarbeitsminister, durch Reden im Reichstag und durch den Verrat in der Bewegung. Weil die reformistischen Führer unter allen Umständen die Stilllegung der Hüttenindustrie durch Aussperrung oder Streik verhindern wollten, deshalb haben sie auch das Kampfbündnis mit den Bergarbeitern und Transportarbeitern von vornherein abgelehnt. Reichelt erklärte offen, daß zuerst die Bewegung in der Hüttenindustrie durchgeführt werden müsse und danach im Bergbau. Das Arbeitszeitabkommen im Bergbau wurde daher am 1. Dezember nicht gekündigt.

Die Industriellen haben es ausgezeichnet verstanden, das Verhalten der Gewerkschaftsführer zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen auszunutzen. In derselben Zeit, als die Industriellen kategorisch gegen die Durchführung des Achtstundentages Stellung nahmen, erklärte die „Gewerkschaftszeitung“, die Bewegung richte sich „gegen die politische Ordnung des Staatswesens“. Und in der Pressebesprechung des Metallarbeiterverbandes erklärte *Umbreit* im Auftrage des ADGB, „daß sich *der Kampf gegen die Staatsautorität* richte, die durch das Reichsarbeitsministerium verkörpert wird. *Die Gewerkschaften müssen sich daher hinter die Staatsautorität stellen.*“

Statt den Kampf zu organisieren, statt nicht nur die Arbeiter der Hüttenindustrie, sondern die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren, sah der Bundesvorstand des ADGB seine Aufgabe im Schutze der „politischen Ordnung des Staatswesens“, in der Sicherung der „Staatsautorität“, in der Verteidigung des Pfarrers Brauns, des Gesinnungsgenossen des Schwerindustriellen Klöckner. Statt die Arbeitermassen zu führen, verkroch sich der ADGB hinter die „Staatsautorität“ der Hindenburgrepublik. Das nennen der ADGB und die Sozialdemokratie „Kampf“ gegen den Bürgerblock und gegen das Trustkapital.

Diese Politik der Aufgabe jeder Kampfmaßnahme versuchte der ADGB durch das Geschrei über „Enteignung“ zu verschleiern. Angesichts der Stilllegungsdrohung der Schwerindustriellen war dem ADGB die Losung „Streik für Achtstundentag und Lohn-erhöhung“ nicht „weitgehend“ genug. Die „Enteignung“ sei die gegenwärtige Hauptaufgabe. Wie sollte diese Enteignung nun

durchgeführt werden? Dem Kölner „Lokal-Anzeiger“ wurde darüber aus Dortmund gemeldet:

„Die Gewerkschaften werden voraussichtlich in einer Eingabe an die zuständigen Stellen für den Fall, daß die Arbeitgeber ihre Drohungen ausführen, die Nationalisierung der in Frage kommenden Werke fordern.“

Der ADGB wandte einen bekannten Trick an. Auf den Kampfwillen der Arbeiter antwortete er mit dem Hinweis auf die Nationalisierung, die mit Hilfe der „Staatsautorität“ des Zentrumsministers Brauns und der anderen „zuständigen Stellen“ durchgeführt werden sollte. Es fehlt nur noch, daß der Bundesvorstand des ADGB seinen ach so gemütlichen Weg zur Macht bei der Bürgerblockregierung patentamtlich anmelden läßt. Gegenüber der Demagogie der Reformisten hat die Kommunistische Partei klar und eindeutig erklärt, daß die Enteignung der Kapitalisten nur in Verbindung mit der Bewaffnung des Proletariats durchgeführt werden kann, daß der Kampf um die Enteignung ein Teil des Kampfes um die Macht ist, der in der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland gipfeln muß. Wenn der ADGB es mit der Enteignung ernst gemeint hätte, dann hätte er das dadurch beweisen können, daß er den Kampf in der Hüttenindustrie, im Bergbau und im Transportgewerbe proklamiert, auf diesem Wege die Macht des Trustkapitals erschüttert und den Kampf verbreitert und zum politischen Kampf zum Sturze des Bürgerblocks gesteigert hätte.

Am klarsten kam die Taktik des ADGB in der „Holzarbeiterzeitung“ vom 17. Dezember zum Ausdruck:

„In ihrem Übermut legen die Industriellen die Hand an die Gurgel des Staates, und das ganze Volk fühlt den Druck ihrer Faust... Die Arbeiterschaft aber wird die Besonnenheit wahren und der Reaktion nicht den gesuchten Vorwand zum Losschlagen geben.“

Der Vorwand zum Losschlagen war für die Industriellen die Forderung auf Durchführung des Achtstundentags. Nur der Verzicht auf den Achtstundentag konnte die Reaktion zur Rückgängigmachung ihrer Kampf vorbereitungen veranlassen. In dieser Situation erschienen die christlichen Gewerkschaften als Retter. Sie kapitulierten vor den Industriellen, indem sie auf den Kampf um den Achtstundentag verzichteten und sich mit dem Versprechen auf Durchführung der Verordnungen des Reichsarbeits-

ministers begnügten. Inzwischen hatte der Reichsarbeitsminister Brauns die Gebete des ADGB erhört. In einem Brief teilte er mit, daß er auf der Durchführung der Verordnung vom 15. Juli bestehe. Praktisch bedeutete das die Verwirklichung des Achtstundentags nur für wenige Arbeiter in der Hüttenindustrie bei gleichzeitiger Wiedereinführung der Sonntagsarbeit. Begeistert erklärte nunmehr der ADGB in der „Gewerkschaftszeitung“, daß der Weg für die Schlichtungsverhandlungen frei gemacht sei, und der „Vorwärts“ konnte es gar nicht erwarten, das Schlichtungsverfahren schnellstens beendet zu sehen. Er schrieb:

„Dieser Bescheid verschafft den Parteien und dem Schlichter die nötige Klarheit über den am 1. Januar 1928 eintretenden Rechtszustand und ermöglicht damit die schnelle Beendigung des anhängigen Schlichtungsverfahrens. Die große politische Auseinandersetzung, die durch das Ultimatum der Unternehmer heraufbeschwoen ist, ist mit dieser Entscheidung des Arbeitsministeriums auf das nächste Jahr, das Wahljahr 1928, vertagt worden. Die politische Entscheidung wird bei der Reichstagswahl fallen.

Wählt alle Sozialdemokraten, dann gibt es den Achtstundentag!“

### *Einige Schwächen und Fehler der KPD*

Die außerordentliche Bedeutung der Achtstundentagbewegung in der Hüttenindustrie für die Verhinderung der Diktaturpläne des Trustkapitals und für den Kampf gegen den Bürgerblock erforderte eine Mobilisierung aller Werkstätigen nicht nur im Rheinland, sondern im gesamten Reich unter Anknüpfung an ihre Tagesinteressen und unter Entlarvung der Politik des Bürgerblocks. Diese Aufgabe hat die Partei ungenügend gelöst. In der Hüttenindustrie wurden die Fragen der Arbeitszeit und der Lohnerhöhung nicht genügend mit den verschiedenen Aufgaben des Klassenkampfes gegen den Bürgerblock verbunden. Ebenso wurde die Mobilisierung der Arbeiter im Bergbau und im Transportgewerbe nur mangelhaft durchgeführt. In den anderen Industriegebieten des Reiches reagierte die Partei ebenfalls zu schwach auf die Bewegung in der Hüttenindustrie. Sie nutzte nicht alle Möglichkeiten zur Mobilisierung der Massen in den Betrieben und Massenorganisationen der Arbeiter aus.

Die Partei legte nicht genügend Wert auf die Massenmobilisierung in den entscheidenden Betrieben mit dem Ziele, die Mehrheit der Belegschaft für Streikbeschlüsse und Bildung von Streikleitungen zu gewinnen, um auch gegenüber der Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie eine Streikbewegung durchführen zu können. Zum Teil waren Tendenzen in der Parteiorganisation vorhanden, sich lediglich auf eine agitatorische Entlarvung der Gewerkschaftsbürokratie zu beschränken.

Das Enteignungsmanöver der Reformisten wurde ungenügend beantwortet. Ein Teil unserer Genossen war vorübergehend durch das radikale Geschrei der Reformisten verwirrt. Es gab auch Genossen, die dem Geschrei der Reformisten die Gegenlosung entgegensetzten: „Entschädigungslose Enteignung! Nationalisierung der Betriebe unter der Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften!“, ohne eine konkrete Antwort in bezug auf den Weg zur Erreichung dieses Zieles, die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht, zu geben. Unsere Parteipresse hat diese Frage im allgemeinen trotz einer Anzahl Fehler in einzelnen Organen — wenn auch agitatorisch nicht genügend wirksam — richtig behandelt. Sie hat den Arbeitern auseinandergesetzt, daß die Voraussetzung jedes weiteren Schrittes die Aufnahme des Kampfes am 2. Januar und die Verbreiterung und politische Steigerung dieses Kampfes ist.

Auch nach der anderen Seite wurden Fehler gemacht. So war es falsch, daß nach der offensichtlichen Sabotage des Kampfes durch die reformistische Bürokratie und solange Betriebs-Streikbeschlüsse nicht gefaßt waren, im „Ruhrecho“ die Forderung auf Bildung von Aktionsausschüssen zur Durchführung des Generalstreiks propagiert wurde. Diese Losung entsprach nicht der gegebenen Situation und war daher infolge unseres ungenügenden Einflusses nicht geeignet, die Arbeiter in Bewegung zu setzen. Aktionsausschüsse kann man erst bilden, wenn eine Streikbewegung wirklich in Fluß kommt und die Arbeiter wichtiger Betriebe Streikleitungen schaffen. Erst recht war die Losung „Generalstreik“ als Aktionslosung in der damaligen Situation falsch. Die konkrete Agitation für die Ausdehnung des Kampfes auf die Bergarbeiter und Transportarbeiter genügte am Anfang der Bewegung vollständig.

## *Drei Hauptlehren*

1. Die Arbeitskämpfe der letzten Monate lehren, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die rechten Führer der Sozialdemokratie nur solche Teilbewegungen der Arbeiterschaft nicht offen sabotieren und sogar zum Teil „unterstützen“, die die kapitalistische Wirtschaft und die „politische Ordnung des Staates“ nicht stören. Die Schwerindustrie hat diesmal den Reformisten nicht erlaubt, durch irgendwelche Manöver, wie Teilbewegungen usw., ihre prokapitalistische Wirtschaftspolitik zu verschleiern. Nur der große Verrat des ADGB an den Hüttenarbeitern hat die Arbeiter diesmal noch vom Kampf abgehalten. Dadurch ist es den Schwerindustriellen gelungen, im wesentlichen ihre Forderungen durchzusetzen und ihre Macht ökonomisch und politisch zu festigen. Es ist deshalb notwendig, daß in den Betrieben und Gewerkschaften der Kampf gegen die Amerikanisierung des ADGB, gegen die wirtschaftsdemokratischen Illusionen, gegen die „nationale Wirtschaftspolitik“ und „Ordnungspolitik“ prinzipiell schärfer durchgeführt wird.

2. Die Durchsetzung der Arbeiterforderungen gegenüber der Kampfsabotage der Gewerkschaftsbürokratie erfordert, daß die KPD bei der Vorbereitung der Kämpfe ihre Kraft vor allen Dingen auf die Gewinnung des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers in den Betrieben konzentriert, daß wir alle Kräfte einsetzen, um die Mehrheit der Arbeiter in den einzelnen Betrieben zu Kampfbeschlüssen zu veranlassen. Nur dem organisierten Druck aus den Betrieben werden die Gewerkschaftsleitungen weichen, und nur, wenn die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Betriebe kampfbereit ist und selbst ihre Kampforgane bildet, ist es möglich, von den Betrieben aus gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie Kämpfe mit Erfolg durchzuführen.

3. Die Parteiorganisationen müssen lernen, die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Hetzarbeit im Betrieb mit der Agitation gegen die Zoll-, Steuer-, Mietpreis- und Unterdrückungspolitik von Trustkapital und Bürgerblock zu verbinden. Die Betriebszellen müssen nicht nur auf die Ausbeutungsmaßnahmen des Unternehmers, sondern auf alle Maßnahmen der Bürgerblock-

diktatur reagieren. Nur dann ist es möglich, bei Ausbruch von Streiks in einzelnen Betrieben und Industriezweigen die Sabotage der Reformisten zu brechen, die Bewegung zu verbreitern und sie unter politischen Losungen zum Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft zu steigern.

„Die Internationale“, Heft 3,  
1. Februar 1928.

## Mobilisierung!

Eine Million zweihunderttausend Metallarbeiter will der Verband der Deutschen Metallindustriellen auf die Straße werfen, weil die mitteldeutschen Metallarbeiter sich weigern, für Hungerlöhne zu arbeiten. Trotz Teuerung und Steigerung der Ausbeutung sollen sich die Metallarbeiter für 78 Pfennig pro Stunde schinden. Das Konjunkturjahr 1927 hat den Metallarbeitern keine Erhöhung des Reallohnes gebracht, wohl aber den Industriellen die Erhöhung ihrer Profite.

Die Metallindustriellen setzen alle Kräfte ein, um die mitteldeutschen Metallarbeiter auf die Knie zu zwingen. Aus dem Kampffonds der Hüttenindustrie werden die mitteldeutschen Metallindustriellen unterstützt, und der Gesamtverband der Metallindustriellen mobilisiert bereits alle seine Kräfte für die Unterstützung der mitteldeutschen Scharfmacher. Die halleschen Metallindustriellen sind in einer schwierigen Lage. Sie können die Lieferzeiten der Auslandsaufträge nicht einhalten und wollen deshalb durch Einsetzung der ganzen Macht des Verbandes der Metallindustriellen und mit Hilfe der Schlichtungsmaschine der Bürgerblockregierung in möglichst kurzer Frist die Metallarbeiter unter Beibehaltung der Hungerlöhne zwingen, wieder in die Betriebe zu gehen. Durch Niedrighaltung der Löhne und verschärfte Ausbeutung auf dem Wege der Rationalisierung wollen die Industriellen die Produktionskosten niedrighalten, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt darüber:

„In der Tat wird hier eine grundsätzliche Frage gelöst, nämlich die Frage, ob durch eine kluge und weitschauende Lohn- und Selbstkostenpolitik ein langsames Abebben der Konjunkturbewegung ermöglicht oder ob durch unvorsichtige Eingriffe in die Produktionsbedingungen ein rascher und damit verhängnisvoller Absturz der Konjunktur ausgelöst werden soll. Nur im ersteren Falle können wir erwarten, daß nach einer Schwächung des Inlandsabsatzes der dringend notwendige

Anschluß an den Weltmarkt gefunden und damit der deutsche Produktionsapparat vor schweren Gefahren bewahrt wird.“

Das heißt nichts anderes, als daß der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt auf Kosten der Arbeiter durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgetragen werden soll. Die reformistischen Führer haben bisher durch das Gerede von der „Sicherung der Konjunktur“ versucht, die Arbeiter über das Wesen der Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks hinwegzutäuschen. Jetzt zeigt sich klar, daß jene Kapitalbildung, die vor allem durch die Rationalisierung und durch Verhinderung der Erhöhung des Reallohnes mit Hilfe der Schlichtungspolitik ermöglicht wurde, nicht zu einer Erhöhung der Löhne führte, sondern zu noch größeren Profitgelüsten der Unternehmer, indem sie den Absatz auf dem Weltmarkt zu steigern versuchen. Die Industriellen scheuen sich nicht, im Interesse der verschärften Ausbeutung der Arbeiter und Verwirklichung ihrer imperialistischen Pläne, den Reparationsagenten zu Hilfe zu rufen.

Die „Berliner Börsenzeitung“ erklärt:

„Der Reparationsagent mache es dem Reichsarbeitsminister einmal recht nachdrücklich klar, daß die deutsche Wirtschaft in dem gegenwärtigen Stadium Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht verträgt... Warum greifen Reparationsagent und Reichsbankpräsident nicht in diese Entwicklung ein, die die Reparationsfähigkeit Deutschlands unterminiert?“

Die Patentpatrioten, die wahren „Vertreter der nationalen Interessen“ der Hindenburgrepublik, flehen den Reparationsagenten zur Unterstützung der Auspressung der deutschen Arbeiter im Interesse der Reparationszahlungen an die amerikanische, englische und französische Bourgeoisie um Hilfe an. Zugleich erklären die Vertreter des deutschen Trustkapitals, daß künftighin die Tariferneuerungen nicht mit einer Erhöhung der Löhne verbunden werden dürfen, sondern daß die Schlichter eingreifen müßten, damit die Tarife mit den bestehenden Lohnsätzen weiterlaufen. Offen erklärt die gesamte bürgerliche Presse, daß mit den Lohnerhöhungen Schluß gemacht werden müsse, da sonst eine Erschütterung der Wirtschaft unvermeidlich sei. Die große Bedeutung des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes für die ge-

samte deutsche Arbeiterklasse besteht darin, daß ein Sieg der Metallindustriellen alle kommenden Lohn- und Arbeitszeitbewegungen entscheidend beeinflussen und zur Folge haben würde, daß für jene vier Millionen Arbeiter, die in der Zeit bis zum 1. Mai in Lohnbewegungen stehen, die Forderungen viel schwerer erkämpft werden könnten, als wenn es den mitteldeutschen Metallarbeitern gelänge, ihre Forderung auf 15 Pfennig Lohnerhöhung durchzusetzen.

Die sozialdemokratische Presse versucht über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen, weil sie gemäß ihrer kapitalistischen Wirtschaftspolitik eine Erschütterung der „Wirtschaft“ verhindern will. Das bedeutet aber zugleich eine Erschütterung der Macht der Industriellen verhindern. Es ist eine bewußte Irreführung der Arbeiter, wenn das „Hallesche Volksblatt“ die Aussperrungsdrohung als „Generalbluff der Metallindustriellen“ bezeichnet und erklärt, daß die Industriellen „Angst vor dem Schiedsspruch“ hätten. So wird versucht, die Arbeiterfront zu zersetzen und den Arbeitern indirekt zu suggerieren, daß ein Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers gegen die Industriellen gerichtet sei. Das wagt die sozialdemokratische Presse nach den Schandschiedssprüchen in der bayrischen Metallindustrie und nach der Erklärung des Vertreters des Reichsarbeitsministers zu behaupten, daß die 15-Pfennig-Forderung der mitteldeutschen Metallarbeiter undiskutabel sei. Sogar die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“, die gewiß treu und redlich die Schlichtungspolitik verteidigt, muß erklären, „daß der Reichsarbeitsminister allzusehr geneigt ist, den Forderungen des Unternehmertums Rechnung zu tragen“.

Die Äußerungen der mitteldeutschen sozialdemokratischen Presse und des „Vorwärts“ beweisen nur, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre gewillt sind, sich einem Schandschiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie zu fügen. Es ist wahrlich kein Wunder, daß die Industriellen angesichts dieser reformistischen Politik die Aussperrungsoffensive verschärfen.

In dieser ernsten Situation gilt es, gegenüber der Aussperrungsoffensive der Industriellen, alle Kräfte der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Aufgabe des ADGB ist es, die Arbeiter aufzu-

rufen, in Betriebsversammlungen, Betriebsrätevollversammlungen, Tagungen der Gewerkschaftskartelle und in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen zur Offensive der Industriellen Stellung zu nehmen. Darüber hinaus gilt es, sofort in allen Orten einheitliche Massendemonstrationen durchzuführen.

Zugleich muß die Front der mitteldeutschen Metallarbeiter gefestigt werden. Die Industriellen spekulieren auf die Schwächung der Front durch Nichtgewährung von Unterstützung an die Streikenden. Der DMV hat erklärt, daß die Gewerkschaften stark genug sind, auf längere Zeit die Unterstützungen zu zahlen. Es ist deshalb notwendig, den Beschluß des DMV aufzuheben, wonach jene Arbeiter, die noch nicht 13 Wochen der Gewerkschaft angehören, bis auf weiteres ebensowenig wie die Unorganisierten unterstützt werden. Es scheint, daß durch diese kampfschädigende Unterstützungspolitik sowie durch den Kampf gegen kommunale Unterstützung und IAH<sup>[10]</sup>-Sammlungen die reformistischen Führer die Front schwächen wollen, um die Arbeiter einem eventuellen Schiedsspruch gefügig zu machen. Zum Beispiel schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Es kommen nur wenige Betriebe in Frage, wo Unorganisierte in größerer Zahl vorhanden sind (das stimmt nicht. *W. U.*), die aber, selbst wenn sie in die Betriebe gingen, weil sie nicht unterstützt werden, diesen Betrieben keine Freude bereiten und am allerwenigsten dem Verband mitteldeutscher Metallindustriellen nutzen könnten.“

Statt die unorganisierten Arbeiter, die bisher Schulter an Schulter mit den gewerkschaftlich organisierten Kollegen gekämpft haben, zu unterstützen und sie in Verbindung damit für die Gewerkschaft zu gewinnen, stößt man sie bewußt ab. Das ist echt reformistische „Werbearbeit“. Wenn die reformistischen Führer glauben, durch diese Taktik die Kampffront im Bereich der Ortsverwaltung Halle schwächen zu können, so sind sie auf dem Holzwege. Ebensowenig wird es der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Halle gelingen, durch Sonderunterstützung der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder und der Sympathisierenden die Front zu zerstören. Die halleschen Arbeiter lassen sich nicht für die sozialdemokratische Fraktionsarbeit mit Hilfe von Geldmitteln kaufen, die von „befreundeter“ Seite (sind das Freunde in der preußischen Koalitionsregierung, oder in welchen

staatlichen Stellen sitzen diese Freunde sonst?) zur Verfügung gestellt wurden. Es liegt im Interesse der Festigung der Metallarbeiterfront, daß gegen diese sozialdemokratische Zersetzungs-politik der Kampf geführt wird und daß der ADGB dazu übergeht, die gesamte deutsche Arbeiterklasse zur Unterstützungsaktion zu mobilisieren. Der Bundesvorstand des ADGB hat die Pflicht, zu beschließen, daß jeder Arbeiter einen bestimmten Betrag zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter abführt.

Die Organisation einer verstärkten finanziellen Unterstützung genügt aber nicht. Die Aussperrungsdrohung der Industriellen muß mit der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe in Mitteldeutschland beantwortet werden. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Stilllegung der in Betracht kommenden Elektrizitätswerke, Eisenbahnbetriebe und Betriebe des Bergbaus und der chemischen Industrie vorzubereiten.

Zugleich ist es notwendig, daß der DMV den Forderungen der Metallarbeiter in der Hüttenindustrie entspricht und die Arbeiter aufruft, nach acht Stunden die Betriebe zu verlassen.

Der DMV hat selbst zugeben müssen, daß der Schiedsspruch in der Hüttenindustrie ungesetzlich ist, weil er den Metallarbeitern in der Regel nicht den Achtstundentag gebracht hat und die Sonntagsarbeit wiedereinführte. Es ist eine Tatsache, daß die Unterordnung des DMV unter das Diktat des Reichsarbeitsministers ein schwerer Schlag gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse war, denn das Ausweichen des DMV vor dem Kampf um den Achtstundentag hat die Industriellen zur Aussperrungsoffensive in Mitteldeutschland ermutigt. Die Anerkennung des Schiedsspruchs in der Hüttenindustrie bedeutete Verzicht auf das Streikrecht, Unterordnung unter die Bürgerblockdiktatur.

Die sozialdemokratische Presse erklärt, daß die Durchführung der Aussperrungsdrohung die Front der Metallarbeiter nicht erschüttern wird,

„denn in einem derartig gigantischen Kampfe käme sehr bald zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit über materielle und ideelle Reserven verfügt, die bei dem gegenwärtigen Stande der freien Gewerkschaften vollkommen ausreichen, dem Übermut der Schlotbarone und ihren rücksichtslosen Versuchen, im reinen Kapitalsinteresse die Profite zu steigern, ein Ziel zu setzen“. („Hallesches Volksblatt“, 8. Februar 1928.)

Wenn das nicht nur leere Drohungen sein sollen, um die Schlichtungsverhandlungen zu verschleiern, dann müssen sofort die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden. Einsetzung der Reserven, das heißt:

*Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse! Organisation von Versammlungen und Massendemonstrationen im ganzen Reiche!*

*Organisation einer Unterstützungsaktion im ganzen Reiche durch den ADGB!*

*Beantwortung der Aussperrungsdrohung mit der Mobilisierung der Arbeiter und Organisation der Kampfvorbereitungen in den lebenswichtigen Betrieben Mitteldeutschlands!*

*Aufforderung der Arbeiter der Hüttenindustrie durch den DMV, die Betriebe nach acht Stunden zu verlassen und die Sonntagsarbeit zu verweigern!*

*15 Pfennig Lohnerhöhung für die mitteldeutschen Metallarbeiter, und keinen Pfennig weniger!*

*Kampf gegen das Zwangsschlichtungssystem und die Arbeitsgerichtspraxis! Für das unbeschränkte Streikrecht!*

*Kampf gegen die Unterdrückungs- und Hungerpolitik des Bürgerblocks!*

„Die Rote Fahne“ Nr. 35,  
10. Februar 1928.

## Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf

„Der Zustand, daß jeder Tarifablauf die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernden Beunruhigungen der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die deutsche Lohnpolitik der nächsten Monate werden muß.“

(Aus der Begründung des Verbandes deutscher Metallindustrieller zur Gesamtaussperrung in der mitteldeutschen Industrie.)

Die mitteldeutschen Metallarbeiter hatten 15 Pfennig Lohn-erhöhung gefordert. Der Schlichter fällte einen Schiedsspruch mit 3 Pfennig Lohnerhöhung. Während die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragten, traten die mitteldeutschen Metallarbeiter entsprechend dem Gewerkschaftsbeschuß sofort in den Streik, ohne erst die Stellungnahme des Reichsarbeitsministers abzuwarten. Dadurch wurde es dem Arbeitsminister erschwert, sofort den Wünschen der Industriel- len nachzukommen und den Bettelpfennigsschiedsspruch verbind- lich zu erklären. Zweifellos war diese Maßnahme richtig, aber die Begründung dieser Taktik durch die reformistischen Führer kenn- zeichnete den Willen zur Unterwerfung unter das Diktat des Bürgerblockschlichters. Im sozialdemokratischen „Halleschen Volksblatt“ vom 21. Januar wird gesagt:

„Galt es doch zunächst, die Verbindlichkeitserklärung des völlig un- zulänglichen Magdeburger Schiedsspruchs zu verhindern. Solange diese Verbindlichkeitserklärung drohte, fühlte sich die Arbeiterschaft mit ge- bundenen Händen dem Unternehmer ausgeliefert.“

Wenn also der 3-Pfennig-Schiedsspruch verbindlich erklärt worden wäre, hätten die Metallarbeiter mit gebundenen Händen

dem Unternehmerwillen in Form der Verbindlichkeitserklärung gehorchen müssen. So benutzten die reformistischen Führer schon zu Beginn der Bewegung jede Gelegenheit, um die Arbeiter von der Notwendigkeit der Unterordnung unter das Schlichtungsdiktat der Bürgerblockregierung zu überzeugen.

Am 19. Januar fanden auf Einladung des Arbeitsministeriums der Bürgerblockregierung Verhandlungen vor dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in Berlin statt. Von diesem wurden im Laufe der Verhandlungen 1 Pfennig und später 2 Pfennig zusätzliche Lohnerhöhung vorgeschlagen, aber gleichzeitig erklärt, daß die Forderung von 15 Pfennig Lohnzulage undiskutabel sei. Über diese Verhandlungen berichtet die Bezirksleitung des DMV:

„Die Verbandsleitung vertrat energisch die Forderung der Metallarbeiter, währenddem die Metallindustriellen trotz aller Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zu keinerlei Entgegenkommen bereit waren.“

Die „Bemühungen“ des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurden derart hervorgehoben, daß jeder Arbeiter erkennt, wie sympathisch der Bezirksleitung des DMV der Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums war. Trotz dieses Willens der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission zum „Entgegenkommen“ lehnten die Industriellen jede Lohnerhöhung über 3 Pfennig hinaus ab. Weitere Verhandlungen scheiterten, die mitteldeutschen Industriellen sperrten hierauf alle Metallarbeiter im mitteldeutschen Bezirk aus.

Zweifellos sind die Industriellen zur Ablehnung jeder weiteren Lohnerhöhung durch die Unterordnung des DMV unter den 2-Pfennig-Schandschiedsspruch in der Hüttenindustrie und durch das offensichtliche Bestreben der Leitung des DMV ermuntert worden, die Bewegung nach kurzer Zeit zu beenden, um im Interesse der Vorbereitung der Wahlbewegungen noch in einigen anderen Gebieten solche Streikmanöver durchführen zu können. Deshalb auch von Beginn der Bewegung an die wüste Hetze gegen die kommunistische Presse und die Kommunistische Partei.

Die reformistische Offensive richtete sich vor allem gegen die Forderungen der kommunistischen Presse und der Opposition auf Beantwortung der Aussperrung mit der Verbreiterung der

Kampffront, auf Unterstützung der Unorganisierten und der noch nicht unterstützungsberechtigten Gewerkschaftsmitglieder. Die Unterstützung aller Kämpfenden durch den DMV, durch die Genossenschaften, die IAH und die Kommunen war eine äußerst wichtige Maßnahme zur Verhinderung des Ausbrechens unorganisierter Arbeiter aus der Front. Indem die reformistischen Führer die Unterstützung sogar den Kollegen verweigerten, die noch nicht 13 Wochen dem Verband angehörten, und mit allen Mitteln die Unterstützungsaktion der IAH bekämpften, ja sogar in den Kommunen gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die kommunistischen Anträge betreffend Unterstützung der Kämpfenden ablehnten, bewiesen sie, daß die Festigung der Kampffront und die Gewinnung der Unorganisierten nicht ihrem taktischen Ziele entsprach. Eine geschlossene, unerschütterte Kampffront fügt sich allerdings nicht so leicht einem verbindlich erklärten Schiedsspruch wie eine Front, die infolge der wirtschaftlichen Notlage der Unorganisierten geschwächt ist.

Der Kampf der Leitung des DMV gegen die Einbeziehung entscheidender Industriegruppen Mitteldeutschlands war von prinzipieller Bedeutung, weil eine Verbreiterung die „reine Lohnbewegung“ zu einem politischen Kampf gesteigert hätte. Eine solche Zuspitzung des Klassenkampfes hätte unvermeidlich die Entlarvung der prinzipiell wirtschaftsfriedlichen Politik der Reformisten herbeigeführt. Im Feuer des Klassenkampfes ist es schwerer, „zwischen“ den Klassen zu manövrieren und den bürgerlichen Charakter der reformistischen Wirtschafts- und Staatspolitik zu verschleiern, als in einer lokalen Lohnbewegung. Das sozialdemokratische Wahlmanöver in der mitteldeutschen Metallindustrie hätte sich dadurch in katastrophaler Weise gegen die reformistische Wirtschafts- und Staatspolitik ausgewirkt.

Zweifellos haben die reformistischen Führer zu Beginn der Bewegung die wirtschaftliche und politische Lage und den Widerstand der Industriellen nicht richtig bewertet. Sie unterschätzten gewisse Änderungen in der Wirtschaftslage und den Willen der Bourgeoisie, ihr Notprogramm mit allen Mitteln durchzusetzen. Seit Dezember ist eine teilweise Abschwächung der Konjunktur, vor allem eine Verminderung des Absatzes auf dem Inlandsmarkt, zu verzeichnen. Die Konjunktur in Deutschland hatte hauptsäch-

lich folgende Ursachen: a) Rationalisierung der Wirtschaft, ungeheure Steigerung der Ausbeutung; b) Förderung des Wohnungsbaus durch erhöhte Kreditgewährung; c) größere Aufnahmefähigkeit der Agrarier und Großbauern; d) vermehrter Konsum der Bourgeoisie, von Teilen der Mittelschichten und der Arbeiteraristokratie; e) Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit Wiederherstellung erhöhter Kaufkraft bei einem Teil der Arbeiter.

Es ist ein offensichtlicher Schwindel, wenn von den Reformisten behauptet wird, daß hauptsächlich die Erhöhung der Löhne konjunkturfördernd gewirkt habe. Trotz Konjunktur ist der Reallohn der deutschen Arbeiter 1927 nicht gestiegen. Die Kapitalisten dagegen konnten, besonders infolge der Rationalisierung, erhöhte Profite einstecken. Im Jahre 1927 war die Kapitalbildung um 1,2 Milliarden Mark größer als im Vorjahr. Die Kapitalisten denken nicht daran, dieses Kapital nach der reformistischen Theorie zu verwerten: durch Hebung der Kaufkraft der Werktätigen mittels Lohnerhöhung und Preisherabsetzung. Profitable Verwertung des Kapitals heißt verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zum Zwecke der Herabdrückung der Produktionskosten im Interesse des Kampfes um den Weltmarkt.

Die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus gerade infolge der Rationalisierung, infolge der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte, der Zwang zu einer selbständigen imperialistischen Politik findet seinen Ausdruck in der Ausspernungsoffensive der Industriellen und in dem Bestreben, das Notprogramm und die Diktaturpläne des Trustkapitals mit allen Mitteln durchzusetzen.

In dieser Situation des verschärften Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat sind den Manövern der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratie engere Grenzen gezogen. Die Bourgeoisie fühlt sich stark genug, ohne wesentliche Konzessionen an die reformistischen Führer und an die SPD eine Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft vermeiden zu können. Geschickt nutzt sie die bürgerliche Wirtschafts- und Staatspolitik der Sozialdemokratie aus, um die Arbeiter am Kampfe zu hindern und die Arbeiterfront zu zersetzen. Unter diesen Verhältnissen ist die kommunistische Agi-

tation für die reformistischen Führer eine größere Gefahr als etwa im vorigen Jahre, wo die Industriellen leichter zu Lohnkonzessionen zu veranlassen waren. Das sind die Hauptursachen, warum während des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes die reformistischen Führer in der wütesten Weise gegen die kommunistische Partei und die kommunistische Presse hetzten und warum gegenwärtig von den reformistischen Führern eine planmäßige Kampagne gegen die Opposition im ganzen Reiche geführt wird.

Die außerordentliche politische Bedeutung des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes, die Auswirkung dieser Bewegung auf die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen von Millionen von Arbeitern gebietet die Festigung der Kampffront der Metallarbeiter (Unterstützung der Unorganisierten u. a.) und die Einbeziehung der Arbeiter entscheidender Industrien und Betriebe in Mitteldeutschland. Nachdem der Verband der Metallindustriellen die Aussperrung der Metallarbeiter im ganzen Reiche beschlossen hatte, verstärkte die Partei die Massenmobilisierung im gesamten Reiche. Dabei war es besonders wichtig, von den Betrieben und den unteren Gewerkschaftsorganisationen aus den Bundesvorstand des ADGB unter Teilnahme anderer Arbeiterorganisationen zur breitesten Massenmobilisierung aufzufordern. Indem die Instanzen des ADGB diese selbstverständliche Forderung ablehnten, brachten sie zum Ausdruck, daß sie ihre Aufgaben nicht darin sehen, die Arbeiterfront zum Kampfe für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen zusammenzuschweißen, sondern daß der ADGB seine Hauptaufgabe in dem „Eindringen in die kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsorgane“ sieht und dementsprechend seine ganze Tätigkeit auf die „Mitwirkung“ an der kapitalistischen Wirtschaftsführung konzentriert.

Gegenüber dem zielbewußten und geschlossenen Auftreten des Verbandes der Metallindustriellen, des Arbeitgeberverbandes und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, gegenüber dem Willen der Industriellen, die Metallarbeiter auf die Knie zu zwingen, damit auch in den kommenden Lohnkämpfen Lohn erhöhungen verhindert werden können, galt es, die geschlossene Kampffront der Arbeiter in den entscheidenden Industrien des Reiches zu organisieren. Die Aussperrungsoffensive der Metall-

industriellen im Reiche mußte mit dem Kampfbündnis der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Chemiewerker und Eisenbahner beantwortet werden. Die Ablehnung dieser selbstverständlichen Forderung durch die reformistischen Führer bewies aufs neue, daß die Reformisten im Interesse der Verhinderung von Erschütterungen der kapitalistischen Wirtschaft die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen nacheinander durchführen wollen. Ebenso wie sie verhindert haben, daß die Hüttenarbeiter und die Bergarbeiter zu Beginn dieses Jahres zu gleicher Zeit gemeinsam ihre Forderungen erkämpften, so schwächten sie auch diesmal wieder die Arbeiterfront.

Wenn die mitteldeutschen Metallarbeiter ihre Forderungen gegenüber der geschlossenen Front der Industriellen nicht durchsetzen können, so ist in erster Linie die Ablehnung der Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse und die Verhinderung eines Kampfbündnisses der Arbeiter der entscheidenden Industrien daran schuld. Durch dieses Ausweichen vor der Offensive der Industriellen im Reiche haben die Reformisten mitgeholfen, das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland zugunsten der Bourgeoisie zu verändern, denn eine Niederlage der mitteldeutschen Metallarbeiter ist eine Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und eine Stärkung der Macht der Bourgeoisie.

Inzwischen hat der Bürgerblockminister Brauns einen Schiedsspruch verbindlich erklärt, der 5 Pfennig Lohnerhöhung vorsieht. Während in dem 3-Pfennig-Schiedsspruch die Laufzeit des Tarifs bis zum 30. September vorgesehen war, ist die Ablaufzeit des Tarifs nunmehr bis zum 31. Dezember verlängert worden. Tatsächlich bedeutet der 5-Pfennig-Schiedsspruch keine wesentliche Änderung des ursprünglichen Schiedsspruchs, denn durch die verlängerte Laufzeit soll eine Lohnerhöhung im letzten Quartal dieses Jahres verhindert werden. Die Verlängerung der Laufzeit der Tarife ist im Interesse der Stabilisierung der Macht der Bourgeoisie gegenwärtig eine der wichtigsten Forderungen der Industriellen bei den Tarifverhandlungen.

Die Leitung des DMV hat formell den Schiedsspruch abgelehnt, aber zugleich alle Maßnahmen zur Durchführung des Schlichtungsdiktats eingeleitet. Diese Kapitulation vor dem Bürgerblock steht im Zusammenhang mit der Zustimmung der Sozialdemokra-

tischen Partei zur Beratung des Hindenburgprogramms im Reichstag. Eine Weiterführung des Metallarbeiterkampfes hätte zu einer derartigen Verschärfung des Klassenkampfes im ganzen Reiche geführt, daß die parlamentarischen Kombinationen und Koalitionsvorbereitungen der Sozialdemokratie unvermeidlich gestört worden wären.

Diese politischen Konsequenzen des Metallarbeiterkampfes waren es, die den Vorstand des DMV, im Einvernehmen mit der SPD, veranlaßten, mit allen Mitteln den Kampf abzuwürgen. Den mitteldeutschen Metallarbeitern wurde untersagt, in einer Urabstimmung zum Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Nachdem durch diese Kapitulation vor dem Bürgerblock zweifellos die politische Macht der Industriellen gestärkt wurde, ruft die sozialdemokratische Presse die Arbeiter auf, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den „Terror der Scharfmacher zu brechen“. Die Zentralstreikleitung erklärt in ihrer Kundgebung:

„Nur wenige Wochen oder Monate trennen uns von der Wahl zum Reichstag. Wieder hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß in bezug auf das Arbeitsrecht, Tarifrecht und die Schlichtungsordnung, wie auf allen anderen Gebieten, grundlegende Änderungen herbeigeführt werden.“

Erst fügen sich die reformistischen Führer im außerparlamentarischen Kampf dem Diktat des Bürgerblocks, dann wollen sie den Arbeitern einreden, daß die Industriellen vor der Macht des Stimmzettels eher kapitulieren als vor dem Kampfbündnis, dem gemeinsamen Streik der Arbeiter der entscheidenden Industrien.

Die Durchführung der Betriebsrätewahl und die Reichstagswahlkampagne muß dazu benutzt werden, die breitesten Massen der Arbeiter über diese reformistische Niederlagenstrategie aufzuklären und den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der Reformisten zu führen, gegen die Illusion, als ob ohne Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparats, ohne revolutionären Kampf für die Rätewahl eine „grundlegende Änderung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden könne.

„Die Internationale“, Heft 5,  
1. März 1928.

## Lehren der Ortsverwaltungswahlen im DMV Essen

Der Verlauf und das Ergebnis der Kampagne zu den Ortsverwaltungswahlen in der Zahlstelle Essen des DMV geben wichtige Fingerzeige für die Beurteilung der Entwicklungstendenzen der Gewerkschaften. Die Essener Ortsverwaltungswahlen wurden von der Opposition ebenso wie von der reformistischen Ortsverwaltung wochenlang planmäßig unter Einsetzung aller Kräfte vorbereitet. Nicht nur die Metallarbeiter, sondern die gesamte Parteiorganisation der KPD und der SPD in Essen wurde mobilisiert. Das erleichtert die Herausarbeitung der Ursachen unseres Mißerfolges; denn in diesem Falle können die wirklichen Ursachen nicht, wie so oft, durch das Versagen dieser oder jener Leitung oder einzelner Genossen während der Wahlbewegung erklärt werden. Es kommt hinzu, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder fast restlos an der Wahl beteiligt haben.

Die Reformisten beherrschen die Essener Ortsverwaltung seit dem Jahre 1924. Die Ortsverwaltungswahlen ergaben folgendes Stimmenverhältnis:

	1926	Prozent	1927	Prozent	1928	Prozent
Opposition .....	794	47,8	1431	46,5	2112	43,7
Reformisten .....	866	52,2	1668	53,5	2714	56,3
<hr/>						
Abgegebene Stimmen .	1660		3099		4826	
Mitgliederzahl .....	4591		3920		6081	
Wahlbeteiligung .....	36 Prozent		79 Prozent		79 Prozent	

Im Bereich der Zahlstelle Essen sind etwa 26 000 Metallarbeiter beschäftigt. Die übergroße Zahl der Gewerkschaftsmitglieder arbeitet bei Krupp. Das Kräfteverhältnis zwischen Opposition und Reformisten unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und im Funktionärkörper von Krupp ist maßgebend für die Ortsverwaltungswahl. Die Belegschaftsstärke des Krupp-Betriebes stieg von 1925 bis 1928 von 16 000 auf ungefähr 24 000. In der

Gesamtbelegschaft des Krupp-Betriebes sind die Kommunisten zahlenmäßig nur schwach vertreten. Auf 1000 Arbeiter kommen 7,7 Kommunisten.

Von den 24 000 Arbeitern und Angestellten sind etwa 23 Prozent freigewerkschaftlich organisiert. Ungefähr ein Drittel der Belegschaft sind Facharbeiter. Diese sind am besten organisiert. Ein weiteres Drittel sind Feuerarbeiter, die zum Teil mehr verdienen als die Facharbeiter und schlechter organisiert sind, weil sie glauben, die Gewerkschaftsorganisation nicht nötig zu haben, da sie sowieso über dem Durchschnitt verdienen. Das letzte Drittel setzt sich aus ungelernten Arbeitern mit einem niedrigen Lohn zusammen, die fast nicht organisiert sind. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich die Gewerkschaftsorganisation nicht genügend um die Interessen der ungelernten Arbeiter kümmert und weil die Gewerkschaftsbeiträge trotz Staffelung für diese Arbeiter relativ hoch sind.

Die Zusammensetzung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft ist von außerordentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Entwicklungstendenzen der Gewerkschaft und für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Reformisten und Opposition in den Gewerkschaften. Demzufolge ist die Frage zu beantworten: Welche Arbeiterschichten sind im letzten Jahre der Gewerkschaft zugeströmt? Haben sich diese neugewonnenen Mitglieder vorwiegend für die Reformisten entschieden oder für die Opposition? Zur Beantwortung dieser Frage benutzen wir die Mitgliederzahl der Essener Zahlstelle für das Jahr 1927 mit der entsprechenden Gliederung in Beitragsklassen. Die Klassen 1 und 2 werden von den höchstentlohnenden Arbeitern, den gelernten Arbeitern und Feuerarbeitern, bezahlt, die Klassen 3 und 4 vorwiegend von der ungelerten, am niedrigsten entlohnenden Arbeiterschaft. In Klasse 5 zahlen Lehrlinge und Invaliden; diese kommen für unsere Untersuchung nicht in Betracht.

Ogleich gewisse Ungenauigkeiten in der Klasseneinteilung vorhanden sind, weil einerseits die Arbeiter das Bestreben haben, eine niedrige Klasse zu zahlen, während die Gewerkschaftsleitung versucht, die Arbeiter in eine möglichst hohe Klasse zu gruppieren, so gibt die Statistik doch im allgemeinen ein richtiges Bild.

	Kl. 1	Kl. 2	Kl. 3	Kl. 4	Kl. 5	Ausge- steuerte	Zusam- men	Erwerbs- lose
IV. Quart. 1925	3206	1066	148	67	104		4591	
Ende 1926	2002	686	105	103	174	850	3920	294
Ende I. Quart. 1927	2218	833	105	126	225	868	4375	256
II. Quart. 1927	2691	987	134	124	259	605	4800	204
III. Quart. 1927	3271	1184	147	150	241	410	5403	165
IV. Quart. 1927	3842	1294	174	175	263	333	6081	175
Mtgl.-Zunahm. von Ende 1926 bis Ende 1927 in Prozenten	92	88	66	70	51	60	55	

Die Zahl der für die Beitragsklassen 1 und 2 organisationsfähigen Arbeiter des Krupp-Betriebes beträgt etwa 16 000, die Zahl der für Klasse 3 und 4 in Betracht kommenden Arbeiter 8000. Das Organisationsverhältnis der beiden Gruppen ist demnach folgendes:

	Klasse 1 und 2	Klasse 3 und 4
IV. Quartal 1927 .....	5136 (von 16 000)	349 (von 8000)
Organisiert.....	32 Prozent	4,3 Prozent
Mitgliederzunahme 1927 .	91 Prozent	68 Prozent

Die Statistik zeigt, daß die Masse der niedrig entlohten Arbeiter nur zum geringen Teil organisiert ist und daß sich das Organisationsverhältnis dieser Arbeiterschicht im Verhältnis zu den höher entlohten Arbeitern im Jahre 1927 nicht gebessert, sondern verschlechtert hat. Die Zahlen spiegeln insofern die Stabilisierungserscheinungen des deutschen Kapitalismus wider, als die Gewerkschaften immer mehr zu einer Organisation der qualifizierten Arbeiter werden und der Riß zwischen den höher entlohten und den niedrig entlohten Arbeitern größer wird. Ebenso wie die Unternehmer im Interesse der erfolgreicherer Durchführung ihrer imperialistischen Politik die Lohnspanne vergrößern und einen Teil der Arbeiter korrumpieren, um die Arbeiterklasse zu differenzieren und zu spalten, so konzentrieren sich auch die Gewerkschaften immer mehr und mehr auf die

Gewinnung der höher entlohten Arbeiter. Diese soziale Schichtung in den Gewerkschaftsorganisationen, diese Beschränkung auf die Organisation der höher entlohten Arbeiter begünstigt die Durchführung der reformistischen Politik und die Ausschaltung der oppositionellen Elemente.

Der Betriebsrat bei Krupp setzt sich aus 5 KPD, 2 Sympathisierenden, 11 SPD, 10 Christen, 2 Gelben, insgesamt aus 30 Mitgliedern zusammen.

Dem gewerkschaftlichen Funktionärkörper des Krupp-Betriebes gehören 250 Funktionäre an. Die letzte Abstimmung (kurz nach der Ortsverwaltungswahl) zeigte folgendes Kräfteverhältnis:

	Anfang 1928	1927
SPD .....	146	82
Opposition ....	87 (darunter KPD 56)	52
Böhmgruppe ...	—	37
<hr/>		
	zusammen 233	171

Die Böhmgruppe, die eine Art USPD-Ideologie vertrat, löste sich Ende 1927 auf. 13 Anhänger der Böhmgruppe kamen zur KPD, die anderen gingen zur SPD. Die größere Zahl Funktionäre Anfang 1928 zeigt zum Teil, daß die Reformisten planmäßig Funktionäre gemacht haben, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu sichern. Ein Vergleich mit dem Kräfteverhältnis in der Mitgliedschaft ergibt, daß die Opposition im Funktionärkörper schwächer ist als in der Gesamtmitgliedschaft.

Ortsverwaltungswahlen:

Opposition 43,7 Prozent, Reformisten 56,3 Prozent

Funktionärkörper:

Opposition 37,3 Prozent, Reformisten 62,7 Prozent

Trotz der aner kennenswerten Zunahme an Funktionären haben wir doch im Funktionärkörper relativ geringeren Einfluß als unter der Gesamtmitgliedschaft der Zahlstelle. In der Belegschaftsversammlung des Krupp-Betriebes ist unser Einfluß größer als unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern des Betriebes; das erklärt sich hauptsächlich aus der stärkeren Vertretung der ungelerten Arbeiter in der Belegschaftsversammlung.

Die Essener Ortsverwaltungswahlen fanden nach dem großen Verrat der Reformisten in der Hüttenarbeiterbewegung statt. Allgemein war also die Situation für die Opposition zweifellos sehr günstig. Die Wahlbeteiligung von 79 Prozent spiegelt die Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder wider und zeigt, daß die letzten Reserven, sowohl von den Reformisten als auch von der Opposition, herangeholt wurden. Obgleich unsere Stimmenzahl gegenüber dem Vorjahr wesentlich gestiegen ist, so haben doch die Reformisten aus der Reserve der passiven Mitglieder einen größeren Teil für sich gewonnen.

Stimmenzuwachs der Opposition von 1927 bis 1928 ..... 47 Prozent

Stimmenzuwachs der Reformisten von 1927 bis 1928 ..... 62 Prozent

Jene Arbeiter, die sich im allgemeinen an der Gewerkschaftsarbeit nicht beteiligen und auch nur ausnahmsweise die Gewerkschaftsveranstaltungen besuchen, wurden vorwiegend von den Reformisten gewonnen. Es kommt hinzu, daß zweifellos die Mehrheit der 2000 neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder für die reformistische Liste gestimmt hat. Viele der neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder waren lange arbeitslos; sie haben das Bestreben, „erst wieder etwas in Ordnung zu kommen“, und sind deshalb den reformistischen Argumenten eher zugänglich. Die neuen Gewerkschaftsmitglieder aus der Schicht der höher bezahlten Arbeiter haben im allgemeinen geringe gewerkschaftliche Kampferfahrungen, ihr Klassenbewußtsein ist wenig entwickelt, sie gehen nicht sofort den Schritt zur Opposition. Die Opposition kommt an diese Arbeiter in den Gewerkschaftsversammlungen wenig heran. Sie können fast nur im Betrieb beeinflußt werden. Insofern kann man sagen, daß die Reformisten diese Reserven infolge der ungenügenden Tätigkeit unserer Betriebszelle beeinflussen konnten.

Wir wollen damit nicht sagen, daß die Mitglieder der Betriebszelle nicht genügend die Tagesinteressen der Arbeiter vertreten haben; im Gegenteil, unsere Genossen haben wirklich in den einzelnen Betriebsabteilungen den Kampf um zwischentarifliche Lohnerhöhung geführt und haben die Arbeiterinteressen erfolgreich vertreten. Da aber die reformistische Ortsverwaltung gegen solche kleine Teilbewegungen nichts einzuwenden hatte, sich sol-

chen Bewegungen gegenüber loyal verhielt, konnte sie zum Teil die erreichten Lohnerhöhungen auf ihr Konto buchen.

Gerade diese Tatsache zeigt, daß es nicht darauf ankommt, nur die Lohnforderungen der Arbeiter richtig zu formulieren und zu vertreten, sondern daß es notwendig ist, auch eine Teilbewegung im Betriebe zur Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter auszunutzen. Weil von unseren Genossen sehr oft die Lohn- und Arbeitszeitfragen im Betriebe nicht im Rahmen des allgemeinen politischen Kampfes behandelt werden, weil den Arbeitern zum Beispiel nicht gezeigt wird, warum sich der Reallohn der Arbeiter senkt oder warum er durch die Wirtschaftspolitik der Bürgerblockregierung und ihrer sozialdemokratischen Helfer niedrig bleibt, deshalb sehen die Arbeiter nicht den Unterschied zwischen der Lohnpolitik der Reformisten und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Den Reformisten wird die Ausnutzung dieser betriebsweisen zwischentariflichen Lohnregelung dadurch erleichtert, daß sie auf den passiven Stimmungen der Arbeiter reiten und sie direkt nähren.

Charakteristisch dafür ist die Stellungnahme der Mitgliedschaft in den Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Opposition. Während der Hüttenarbeiterbewegung, also kurz vor den Ortsverwaltungswahlen, hatte die Opposition in der allgemeinen gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung der Arbeiter, die zur Nordwestgruppe gehörten, die Mehrheit. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder entschied sich also für den Kampf in der Hüttenindustrie. Danach führte die reformistische Leitung eine namentliche Abstimmung durch mit der Erklärung: „Wer für die Opposition stimmt, muß am 2. Januar streiken.“ Auf der Vorderseite der Stimmkarte waren Name und Adresse des Kollegen angegeben, auf der Rückseite war vermerkt, ob er für die Opposition oder für die Reformisten stimmt. Durch dieses reaktionäre Wahlsystem haben die reformistischen Führer eine Anzahl Arbeiter eingeschüchert und die Mehrheit bekommen. Dieses Beispiel zeigt, zu welchen Mitteln die Reformisten greifen, um den Einfluß der Opposition zu brechen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß im Zusammenhang mit der steigenden *Aktivität des neuen deutschen Imperialismus die Differenzierung und Spaltung der Arbeiterklasse fort-*

schreitet. Die Lohnspanne zwischen den höher entlohten und den niedrig entlohten Arbeitern wird immer größer. Ebenso wird die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiterkategorien völlig verschieden festgelegt. Diese Entwicklung findet in den Gewerkschaften ihren Ausdruck in der stärkeren Gewinnung der höher entlohten Arbeiter für die Gewerkschaften und in der Vergrößerung des Prozentsatzes der Unorganisierten unter den niedrig entlohten Arbeitern im Verhältnis zu den höher entlohten. Diese Spaltung der Arbeiterklasse begünstigt die reformistische Politik in den Gewerkschaften.

Ebenso wie die Bourgeoisie bestrebt ist, Teile der Arbeiterklasse zu korrumpieren und den fortgeschrittensten, revolutionärsten Teil des Proletariats mit allen Mitteln der Gewalt zu unterdrücken, so versuchen auch die reformistischen Gewerkschaftsleitungen, die Gewerkschaftsmitglieder vor den Karren der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu spannen und die revolutionären Elemente, die sich dem reformistischen Terror nicht fügen, aus der Gewerkschaft hinauszuerwerfen. Zugleich sehen wir, daß es der reformistischen Bürokratie vielfach gelingt, mit linken Phrasen und durch Ausnutzung gewisser passiver Tendenzen bei den Arbeitern viele Gewerkschaftsmitglieder, die bisher nicht aktiv an der Gewerkschaftsarbeit teilnahmen, vorübergehend für sich zu gewinnen.

*In dieser Situation der Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder und der weiteren Rechtsschwenkung der reformistischen Führer ist es notwendig, den prinzipiellen Kampf gegen die wirtschaftsfriedliche Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsleitungen zu führen. Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Massenagitation durch Zellen und Fraktionen ist es insbesondere notwendig, die Arbeitermassen gegen die wirtschaftsfriedliche Taktik in den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, gegen das Schlichtungssystem, für den Kampf für die Arbeiterforderungen trotz verbindlich erklärter Schiedssprüche, für die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften, gegen die Ausschluß- und Spaltungspolitik der Reformisten, gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik zu mobilisieren.*

Die Hauptlehren unserer Niederlage bei den Essener Ortsverwaltungswahlen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Arbeit der Betriebszellen muß ständiger und systematisch gestaltet werden. Es hat sich gezeigt, daß zum Teil ältere Parteifunktionäre im Kampf für unsere Forderungen und gegen die Reformisten nachlassen, während die neuen Funktionäre aktiver die Parteilinie durchführen. Also neue Kräfte heranziehen.
2. Die Zellen müssen den Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter als einen Teil des Klassenkampfes führen. Sie müssen lernen, unter Anknüpfung an die täglichen Fragen des Betriebes die Arbeiter von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen. Mehr als bisher müssen die politischen Fragen zum Gegenstand der Betriebsagitation gemacht werden. Die Methoden der Massenagitation der Zellen müssen wesentlich verbessert werden, denn nur auf diese Weise ist es möglich, an die breiten Arbeitermassen der Großbetriebe heranzukommen, die weder in Gewerkschaften noch in öffentlichen Versammlungen von uns beeinflußt werden.
3. Der kommunistische Einfluß im Funktionärkörper der Betriebe muß verstärkt werden.
4. Mehr als bisher gilt es, die Interessen der niedrig bezahlten Arbeiter zu vertreten, und bei der gewerkschaftlichen Werbung die Gewinnung der ungelerten und niedrig entlohn-ten Arbeiter besonders zu beachten. Das ist eine notwendige Maßnahme, um der Spaltung der Arbeiterschaft, wie sie von den Unternehmern und auch von den Reformisten gefördert wird, entgegenzuwirken.
5. Die Betriebszellen müssen dazu übergehen, neue Funktionäre heranzuziehen. Nur wenn die Zellen frische Kräfte zur Parteiarbeit heranziehen, ihnen verantwortliche Funktionen übertragen, ist es möglich, auch die höheren Parteileitungen durch neue Funktionärkräfte zu verstärken.

„Die Internationale“, Heft 7,

1. April 1928.

## Gewerkschaften und Reichstagswahlen

Die diesjährigen Reichstagswahlen haben für die künftige Politik des ADGB insofern große Bedeutung, als die Stimmabgabe der Arbeiter zeigen wird, wie viele Arbeiter mit der bisherigen Wirtschaftspolitik, Schlichtungspolitik, Arbeitslosenversicherungspolitik usw. der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer einverstanden sind und wie viele Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen die Schlichtungsfessel und gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschafts- und Koalitions politik führen wollen. Der Bundesvorstand des ADGB hat offen erklärt, daß die Wahlbewegung im Zeichen der Vorbereitung der Koalitions politik geführt wird. Jeder Gewerkschaftskollege nimmt also bei der Stimmabgabe entweder für eine Klassenkampf politik der Gewerkschaften, das heißt für die Kommunisten, Stellung, oder er wählt sozialdemokratische oder Zentrumsabgeordnete und stärkt damit die Politik der Zusammenarbeit mit dem Trustkapital. Die Fragestellung ist klar:

*Entweder für die einheitliche Klassenfront des Proletariats zum Kampfe gegen die Diktatur des Trustkapitals und der Agrarier, oder für die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitions politik, für die Verständigung mit den Trustmagnaten, mit Volkspartei und Zentrum, mit den Thyssen, Klöckner, Siemens, Dr. Deutsch und Co.*

Jeder Arbeiter muß sich klar sein, daß eine Stimmabgabe für die Koalitions politik gleichbedeutend ist mit der Stellungnahme für eine wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftspolitik. Die Bourgeoisie hat nur dann ein Interesse an einer Koalitionsregierung, wenn es ihr mit deren Hilfe gelingt, die freien Gewerkschaften vom Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen abzuhalten und sie zu Hilfsorganen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu machen. Diese Taktik der Bourgeoisie stimmt mit der

Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer überein. Hilferding erklärte auf dem Kieler Parteitag klar und eindeutig, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die „Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren“. Wer also bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch stimmt, der bringt damit zum Ausdruck, daß er diese wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Führer unterstützt.

Die Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik während des Krieges und ihre Fortsetzung in Form der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitions politik nach 1918 haben zur Genüge bewiesen, daß die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Vertretern der Bourgeoisie stets zum Nutzen der Feinde der Arbeiterklasse war. Jeder Gewerkschaftskollege möge sich selbst die Fragen beantworten:

Wem hat die Arbeitsgemeinschaftspolitik genützt?

Wem hat das Schlichtungssystem genützt, das mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer eingeführt wurde?

Wem hat die von sozialdemokratischen Führern organisierte Technische Nothilfe genützt?

Wem hat das Überzeitabkommen im Bergbau und die Verlängerung der Arbeitszeit in den anderen Industrien genützt? Waren es nicht sozialdemokratische Führer, die „im Interesse der Wirtschaft“ die Arbeitszeitverlängerung unterstützten?

Wurde nicht mit Hilfe sozialdemokratischer Führer der zehnpromzentige Lohnabzug eingeführt?

Wem hat die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung durch die sozialdemokratischen Führer genützt, den Arbeitern oder den Unternehmern?

Wem hat die Einführung der Arbeitslosenversicherung genützt? Bedeutet diese Versicherung nicht einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung und die Abwälzung auf die Arbeiter?

Schon die Beantwortung dieser Fragen zeigt, daß die wirtschaftsfriedliche Politik der Sozialdemokratie nicht der Arbeiterklasse, sondern der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Trustkapitals gedient hat. „Die gemeinsame Arbeit aller Kreise der Bevölkerung“, wie es im Wirtschaftsprogramm des ADGB (Januar 1926) hieß, hat zur Erhöhung der ka-

pitalistischen Profite und zur Verstärkung der Macht der Bourgeoisie geführt.

Auf diese unbequemen Tatsachen werden während der Wahlbewegung die sozialdemokratischen Führer antworten: „Das war einmal.“ Der Tenor ihrer Wahlreden wird sein: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag... Nun wird sich alles, alles wenden (wenn die SPD Ministersitze bekommt)!“ Allerdings, für die sozialdemokratische Bürokratie wird vielleicht eine bessere Zeit anbrechen. Noch mehr als bis jetzt werden sich sozialdemokratische Schlichter, sozialdemokratische Landräte, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, die das freigewerkschaftliche Mitgliedsbuch in der Tasche tragen, als Ordnungsstützen betätigen. Die Bourgeoisie wird es im Interesse ihrer aktiveren imperialistischen Politik vorziehen, die Gewerkschaften durch Einspannung sozialdemokratischer Führer als Schutzwall des Trustkapitals gegen die anstürmenden Arbeitermassen zu benutzen, die von dem elenden sozialdemokratischen Gegreine über Wirtschaftsdemokratie nicht satt werden und die Erhöhung des Reallohnes, Achtstundentag und 45-Stunden-Woche und Beseitigung der Hetzarbeit fordern. Gerade weil das Trustkapital nur dann eine aktive imperialistische Politik durchführen kann, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen des Proletariats niedrig zu halten und große Arbeiterkämpfe zu vermeiden, ist es vielleicht nicht abgeneigt, die sozialdemokratischen und die Gewerkschaftsführer stärker an den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat zu binden, um damit auch die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zur Verhinderung von Arbeiterkämpfen auszunutzen.

Die Bourgeoisie weiß, daß Koalitionspolitik Spaltung der Arbeiterklasse bedeutet. Das heißt aber auch Schwächung der Gewerkschaften und Zerschlagung ganzer Gewerkschaftsorganisationen. Die Ausnutzung der freien Gewerkschaften für die Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ist mit der Mundtotmachung der Opposition, mit der Kommunistenhetze in den Gewerkschaften verbunden. So sehen wir schon heute, wie im Interesse der Sicherung der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer oppositionelle Arbeiter massenweise aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden.

Die Ausnutzung der freien Gewerkschaften zur Organisation der kapitalistischen Wirtschaft ist innig mit der Unterstützung des Kampfes der deutschen Bourgeoisie um neue Absatzmärkte verbunden. Der sozialdemokratische Innenminister von Preußen, *Severing*, erklärte offen, daß im Interesse der Beschäftigung der deutschen Arbeiter der Kampf der deutschen Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützt werden müsse. Deutschland müsse wieder zur „Weltgeltung“ kommen. Erinnert das nicht an die sozialdemokratischen Reden aus den Jahren 1914 bis 1918? Wurde damals der Krieg nicht auch im Interesse der Eroberung neuer Absatzmärkte unterstützt? Wurde nicht 1926, während der englischen Bergarbeiterstreiks, dieselbe Politik getrieben? Im Interesse der Eroberung von Absatzmärkten für die deutsche Kohle wurden in den deutschen Bergbaugebieten Überschichten verfahren und 6 522 322 Tonnen Kohle allein aus Deutschland nach England exportiert. So sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den heldenhaft kämpfenden englischen Bergarbeitern in den Rücken gefallen.

Heute müssen die deutschen Bergarbeiter diese Unterstützung der imperialistischen Politik durch die sozialdemokratischen Führer teuer bezahlen, denn die Niederlage der englischen Bergarbeiter hat den Kampf der deutschen Bergarbeiter für die Siebenstundenschicht unter Tage und die Achtstundenschicht über Tage wesentlich erschwert. Der Bergarbeiterverband hat die Interessen der „Wirtschaft“ wahrgenommen, die Arbeiter müssen die Kosten zahlen.

Der deutsche Imperialismus versucht aber nicht nur in die „englischen Interessensphären“ einzudringen, sondern er will vor allem das Gebiet der Sowjetunion als Absatzgebiet erobern und führt zu diesem Zweck einen zähen Kampf gegen das sowjetrussische staatliche Außenhandelsmonopol. Der Abbruch der deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsverhandlungen, der Kampf der deutschen Industriellen für die Durchbrechung des Außenhandelsmonopols wurde von der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspresse unterstützt. Die Hilferding und Co. haben bei weitem die Hetze der Industriellen gegen die Sowjetunion übertroffen. *Die Industriellen und die Sozialdemokratie wollen aber nicht nur vergrößerte Absatzmöglichkeiten in der Sowjetunion,*

*sondern sie wollen die Schwächung der ökonomischen und politischen Macht des Staates der proletarischen Diktatur.*

Die Feinde des Proletariats wissen, daß die Einführung des Siebensturentages in den Betrieben der Sowjetunion, daß der wirtschaftliche Aufstieg der Sowjetunion und die Hebung der Lage der sowjetischen Arbeiterklasse ein leuchtendes Vorbild für die Arbeiterklasse der ganzen Welt sind.

Deshalb ist die Sowjetunion nicht nur der Bourgeoisie verhaßt, sondern noch mehr der sozialdemokratischen Führerclique, denn die Durchführung des Siebensturentages, die Hebung der Lebenslage der Werktätigen in der Sowjetunion beweisen die Richtigkeit der kommunistischen Politik, während die wirtschaftsfriedliche und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie in den kapitalistischen Ländern zur Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter, zur Festigung der Macht der Bourgeoisie geführt hat. Deshalb darf kein Gewerkschaftskollege sozialdemokratisch wählen. Wer für SPD-Kandidaten stimmt, der entscheidet sich gegen den einzigen Arbeiterstaat und für die Feinde der Sowjetunion.

Um die Politik der sozialdemokratischen Führer nach den Wahlen schon jetzt richtig beurteilen zu können, ist es notwendig, die Bilanz der letzten Wirtschaftskämpfe zu ziehen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß im Interesse der „Sicherung der Konjunktur“ und der „Vermeidung von Wirtschaftsstörungen“ Massenkämpfe verhindert werden müssen. Jeder Arbeiter erinnert sich, wie mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen eine Bewegung nach der anderen abgewürgt wurde. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben sich bemüht, die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen derart zu lokalisieren und zu zersplittern, daß ein einheitlicher Kampf der Arbeiter wichtiger Industrien von vornherein verhindert wurde.

Während das Trustkapital und die Unternehmerorganisationen die Offensive gegen die Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen führten, antworteten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit lokalisierten und zersplitterten Teilbewegungen.

Die Industriellen führten Massenaussperrungen durch und organisierten Betriebsstillegungen zur Abwehr der Arbeiterforderungen. Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der

Parole: Schutz des Staates! Schutz der Gesetze! Während also die Regierung dieser Hindenburgrepublik den Staatsapparat gegen die Arbeiter einsetzt und im Namen der Gesetzlichkeit dieser Republik die Schlichtungsguillotine anwendet, um die Arbeiterkämpfe zu verhindern, stellt sich die Sozialdemokratie schützend vor dieselben Gesetze. In allen diesen Kämpfen sahen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe nicht in der Festigung und Verbreiterung der Arbeiterfront, sondern sie reiheten sich im Namen der „Gesetzlichkeit“ und der „politischen Ordnung“ dieses Staatswesens in die Front der Bourgeoisie ein; denn wer das Schlichtungssystem unterstützt und wer gemeinsam mit dem Arbeitsminister des Bürgerblocks Arbeiterkämpfe abwürgt (zum Beispiel die Hüttenarbeiterbewegung), der steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Der Zweck der Koalitionspolitik besteht darin, in Zukunft noch geschickter als bisher Arbeiterkämpfe zu verhindern. Die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen sollen in Zukunft möglichst durch „freie Vereinbarungen“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaften abgeschlossen werden. Durch Zusammenarbeit von Unternehmern und Sozialdemokraten im Reichswirtschaftsrat, durch Einsetzung sogenannter wissenschaftlicher Untersuchungskommissionen (Schmalenbach-Kommission und andere) sollen die Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit im Dunkel „wissenschaftlicher Untersuchungskommissionen“ geführt werden. Ebenso wie nach Auffassung der SPD in Zukunft der Klassenkampf in der Koalitionsregierung geführt werden soll (Hilferdings Rede in Kiel), so soll auch der Klassenkampf zwischen Arbeiter und Unternehmer in „wissenschaftlichen Untersuchungskommissionen“ ausgetragen werden.

Die Erfahrungen der Unternehmer bei der Zusammenarbeit im Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat, Reichskuratorium für Wirtschaft lehren, daß ihnen der „Ausgleich der Interessen der Arbeiter und Unternehmer“ gut bekommt. Die einstimmigen Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates betreffend Arbeitszeitverlängerung und Beibehaltung des Überzeitabkommens im Bergbau, die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der Förderung der Rationalisierung im Reichskuratorium für Wirtschaft, die aktive Tätigkeit von Sozialdemokraten im Reichskohlenrat, besonders

in der technischen Unterkommission, wo die Rationalisierungsmaßnahmen beraten werden, nützen den Unternehmern. Jeder Gewerkschaftskollege muß sich darüber klar sein, daß jede sozialdemokratische Stimme eine Unterstützung dieser Zusammenarbeit von Unternehmern und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären bedeutet. Wer sozialdemokratisch wählt, bringt damit zum Ausdruck, daß er an gemeinsame Interessen von Arbeitern und Unternehmern glaubt.

Wir Kommunisten sind im Gegensatz dazu der Meinung, daß der Schwindel von den „gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer“ nur ein Mittel ist, die Arbeiter vor den Karren der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik zu spannen und die Arbeiterklasse zu spalten.

Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik, im Gegensatz also zur Politik der Zusammenarbeit der Arbeitervertreter mit den Feinden der Arbeiterklasse sind wir Kommunisten der Auffassung, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen nur erkämpfen kann, wenn sie in einheitlicher Klassenfront den Kampf gegen das Trustkapital und seinen Staatsapparat führt.

Wenn die Arbeiter im Kampfe für die Durchsetzung ihrer elementarsten Lebensforderungen auf die „Wirtschaft“ Rücksicht nehmen — die den Kapitalisten gehört —, dann verhindern sie selbst die Durchsetzung ihrer Forderungen. *Ebensowenig wie die Kapitalisten auf die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter Rücksicht nehmen, ebensowenig dürfen sich die Arbeiter aus Rücksicht auf die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen vom Kampfe abhalten lassen.* Die Arbeiterforderungen können nicht durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften die Bewegungen lokalisiert und zersplittert führen, um der „Wirtschaft“, das heißt den Kapitalisten, nicht wehe zu tun. Umgekehrt. Die Ablehnung der berechtigten Arbeiterforderungen und die Aussperrungsoffensive der Industriellen muß mit dem Gegenschlag der Arbeiter beantwortet werden, und zwar muß dort zugeschlagen werden, wo es die Industriellen am meisten schmerzt, nämlich in den lebenswichtigen Betrieben.

Als die Hüttenarbeiter den Kampf für Achtstundentag und Lohnerhöhung vorbereiteten, haben wir Kommunisten erklärt,

daß die Forderungen der Hüttenarbeiter gegenüber dem gut organisierten Trustkapital nur durchgesetzt werden können, wenn das Kampfbündnis der Hüttenarbeiter, Bergarbeiter und Verkehrsarbeiter geschlossen wird. Demgegenüber erklärten die sozialdemokratischen Führer und ihre Presse, daß die Bewegungen nacheinander geführt werden müßten; erst müsse die Hüttenarbeiterbewegung beendet werden und danach die Bergarbeiterbewegung beginnen. Das Ergebnis dieser Zersplitterung der Arbeiterkämpfe war die Niederlage der Hüttenarbeiter, die sich verhängnisvoll auf die folgenden Kämpfe in anderen Industriezweigen ausgewirkt hat.

Während der mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung gingen die Industriellen zur Aussperrung über und drohten mit der Generalaussperrung der Metallarbeiter in Deutschland. Damals sagten wir, daß die Forderungen der Metallarbeiter mit allen Mitteln durchgesetzt werden müssen, weil der Verlauf dieser Bewegung für die großen Arbeitszeit- und Lohnbewegungen in den kommenden Monaten richtunggebend sei. Wir forderten deshalb, daß die Aussperrungsoffensive der Industriellen mit der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe Mitteldeutschlands beantwortet wird. Was erklärte demgegenüber die Sozialdemokratie und an ihrer Spitze der „Vorwärts“? Sie konzentrierten das Feuer nicht gegen die Aussperrungsoffensive der Industriellen, sondern gegen die Forderung auf Vorbereitung der Kampffront durch Stilllegung wichtiger Betriebe.

Diese Politik hat den Unternehmern genützt und wirkte sich besonders in der Berliner Werkzeugmacherbewegung aus. Auch hier beschränkten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf die Herausziehung der Werkzeugmacher einiger Betriebe. Sie lehnten es ab, den Kampf der Werkzeugmacher zum Kampf für die Lohnerhöhung in der gesamten Berliner Metallindustrie auszunutzen. Die Folge dieser Zersplitterung der Metallarbeiterfront war ein Schandschiedsspruch des Schlichters, des Sozialdemokraten Wissell, der den Werkzeugmachern nicht einen Pfennig Lohnerhöhung brachte.

Die Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe lehren, daß die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Zersplitterung der Arbeiterfront herbeigeführt und damit die Vor-

aussetzungen für die Abwürgung der Bewegungen mit Hilfe des Schlichtungssystems geschaffen hat. Die sozialdemokratische Presse versucht immer wieder zu beweisen, daß das Schlichtungssystem nicht gegen die Arbeiter gerichtet ist. Was lehren aber die Schiedssprüche, was lehrt die Tätigkeit der sozialdemokratischen Schlichter? Die Erfahrungen lehren, daß das Schlichtungssystem ein Mittel zur Knebelung der Arbeiter, die gesetzliche Form des Raubes des Streikrechtes ist.

Jeder Arbeiter muß sich bewußt sein: Wer sozialdemokratisch wählt, der stimmt für das Schlichtungssystem, der stimmt für die Knebelung der Arbeiter.

Die Reichstagswahlen werden nicht über die Lohnhöhe, die Dauer der Arbeitszeit usw. entscheiden, denn die Unternehmer werden auch in Zukunft keine Regierungsanweisungen durchführen, die ihnen nicht passen. Das Mittel der Aussperrung und Entlassung werden sie auch weiter in jedem Fall anwenden, wenn es ihren Interessen entspricht. Das Wahlergebnis wird lediglich zeigen, welche Bilanz die deutschen Arbeiter aus ihren eigenen Kampferfahrungen der letzten Jahre ziehen. Die Frage steht klar:

Für Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit dem Trustkapital, oder für Klassenkampf gegen das Trustkapital.

Für Unterstützung der imperialistischen Politik des Trustkapitals, um „Deutschland zur Weltgeltung zu bringen“, und damit Kampf gegen die Sowjetunion, oder für aktive Solidarität mit dem einzigen Arbeiterstaat der Welt gegen die Imperialisten.

Angesichts der großen Gefahr, daß die freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratischen Partei zur Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ausgenutzt werden sollen, müssen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen in geschlossener Front den Kampf führen:

Gegen die Knebelung der Arbeiterklasse durch das Schlichtungssystem, für Erkämpfung der Arbeiterforderungen trotz Zwangsschiedssprüchen!

Für die Sicherung des Koalitions- und Streikrechtes!

Gegen die wirtschaftsdemokratische Illusionspolitik der Sozialdemokratie!

Gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik!

Gegen die Ausschlußpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!

Für die Stärkung der freien Gewerkschaften!

Für den revolutionären Klassenkampf, gegen die Diktatur des Trustkapitals!

Für die Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion durch energischen Kampf zum Sturze der eigenen Bourgeoisie!

Für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

„Die Rote Fahne“ Nr. 82,  
5. April 1928.

# Gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes

Rede im Sächsischen Landtag

26. April 1928

Der Reichsminister der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Keudell, will durch das Verbot des Roten Frontkämpferbundes eine der aktivsten und für die deutsche Bourgeoisie gefährlichsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse treffen. Diese Maßnahme gegen den Roten Frontkämpferbund ist ein Teil der Maßnahmen, die von der Bürgerblockregierung im Auftrage des Trustkapitals gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse durchgeführt werden. Weil der Rote Frontkämpferbund eine ungeheure Erziehungsarbeit leistet, weil er eine Organisation ist, die es in ausgezeichnete Weise versteht, breite Massen der Arbeiterschaft zur aktiven Solidarität mit der Sowjetunion zu erziehen, aus dem Grunde soll der Rote Frontkämpferbund verboten werden, aus dem Grunde wird die Maßnahme von Herrn Keudell in politischer Übereinstimmung mit allen Bürgerblockparteien durchgeführt. Die Antwort der Arbeiter auf dieses Verbot zeigt, daß die Arbeiter in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den anderen Massenorganisationen der Arbeiter erkannt haben, daß diese Maßnahme nicht allein gegen die Organisation der Roten Frontkämpfer, sondern gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse gerichtet ist, und daß es gegenüber diesem Angriff gilt, in geschlossener Front den Kampf gegen den Bürgerblock und gegen das Trustkapital, das die Führung des Bürgerblocks in den Händen hat, durchzuführen.

Die Maßnahmen gegen den Roten Frontkämpferbund sind von langer Hand vorbereitet worden. Schon seit Monaten ist die Reichsregierung und sind auch die preußische Regierung und andere Regierungen bestrebt, Material gegen den Roten Frontkämpferbund zu sammeln. Das Verbot in dem gegenwärtigen Zeitpunkt hat den Sinn, durch eine plötzliche Maßnahme gegen diese wichtige Massenorganisation der Arbeiterklasse Material zu bekommen, um nicht nur den Roten Frontkämpferbund, son-

den auch die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft mit Hilfe gefälschter Dokumente usw. zu diskreditieren. Es sollen in Deutschland zur Wahlvorbereitung dieselben Maßnahmen angewendet werden, wie sie der Innenminister Sarraut in Frankreich angewendet hat, die ähnlichen Maßnahmen, wie sie in Verbindung mit der Besetzung der anglo-sowjetrussischen Handelsgesellschaft Arcos in England durchgeführt wurden: eine breite Hetze gegen den Roten Frontkämpferbund, gegen die Kommunistische Partei, gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft.

Diese langen Vorbereitungen für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes beweisen am besten, daß es sich hier nicht um eine einzelne Maßnahme irgendeines Ministers handelt, sondern um eine planmäßig vorbereitete Maßnahme der Bürgerblockregierung im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Und nicht nur die Bürgerblockregierung, sondern auch die Länderregierungen haben in derselben Richtung seit Monaten gearbeitet. Das Verbot der RFB-Ortsgruppen in Dortmund, in Hindenburg, Falkenberg usw., Verbote, die mit Unterstützung des preußischen Ministeriums durchgeführt wurden, also einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, liegt in derselben Richtung. Ein sozialdemokratischer Innenminister ist es gewesen, der diese Maßnahmen gegen die RFB-Ortsgruppen unterstützt und mit vorbereitet hat.

Ich erinnere weiter an das Verbot der Demonstrationen des Roten Frontkämpferbundes in Halle und Wittenberg durch Sozialdemokraten. Diese Maßnahmen, die in derselben Richtung, wie sie die Bürgerblockregierung vorbereitet hat, auch von der preußischen Regierung durchgeführt wurden, zeigen die Planmäßigkeit dieses Angriffs gegen eine revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes im gegenwärtigen Augenblick charakterisiert aber zugleich die ganze bürgerliche Demokratie. Es ist charakteristisch, daß in der Zeit der Wahlvorbereitungen die Bourgeoisie eine Massenorganisation der Arbeiter, die imstande ist, breite Massen der Arbeiter im Wahlkampf in Bewegung zu bringen, verbietet, damit sie am 20. Mai nicht gegen die Diktatur des Trustkapitals, gegen die Bürgerblockherrschaft und gegen die Koalitionspolitik demonstriert. Diese Maßnahme zeigt zur Genüge den wahren Sinn der so-

genannten bürgerlichen Demokratie, wie sie in der Weimarer Verfassung verankert ist. Diese bürgerliche Demokratie, die in Deutschland als Mittel zur Unterdrückung, zur Beherrschung der Arbeiterklasse angewendet wird, ist in Deutschland in der letzten Zeit in Verbindung mit den verschiedensten Arbeiterkämpfen schon zur Genüge charakterisiert worden. Ich erinnere nur an die Durchführung der Schlichtungspolitik, an die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche, diese diktatorischen Maßnahmen des Trustkapitals. Ich erinnere daran, daß diese Maßnahmen des Trustkapitals und der Bürgerblockregierung von der Sozialdemokratischen Partei in derselben Weise unterstützt wurden, wie das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die Preußische Regierung mit vorbereitet worden ist.

Aber nicht nur das — das Verbot des Roten Frontkämpferbundes dient auch den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie. Die bürgerliche Presse hat in Verbindung mit diesem Verbot offen ausgesprochen, daß das Verbot notwendig ist, weil nicht geduldet werden könne, daß in Deutschland eine Massenorganisation der Arbeiter besteht, die im Falle eines Krieges offen den „Feind“ — damit ist die Sowjetunion gemeint — unterstützt. In der „Kreuzzeitung“ wird ganz offen gesagt:

„Der Rote Frontkämpferbund ist der Machtfaktor des Bolschewismus in Deutschland, die werdende Rote Armee Moskaus in einem Lande, dessen Revolutionierung noch lange nicht aufgegeben ist, die aber auch im Stadium des Abwartens außer ihrer eigenen ständigen Vervollkommnung noch rein praktischen politischen Zwecken dient; bildet doch der Rote Frontkämpferbund das jederzeit aktiv verwendbare Rückgrat der für Sowjetrußland aus revolutionären Gründen ohne jede nationalistische Überlegung optierenden Massen in Deutschland selbst.“

Also der Rote Frontkämpferbund wird verboten, terroristische Maßnahmen gegen eine Massenorganisation der Arbeiterklasse werden im Namen der Demokratie angewandt, weil sich diese Massenorganisation als Rückgrat der Sowjetunion in Deutschland praktisch betätigt. Das zeigt zur Genüge die außenpolitische Orientierung der deutschen Bourgeoisie; es zeigt uns den Zusammenhang, der zwischen dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes und den Verhandlungen vorhanden ist, die gegenwärtig über Maßnahmen der englischen, französischen und deutschen

Regierungen gegen die Sowjetregierung geführt werden. Ich erinnere nur an die Anwesenheit des Herrn Birkenhead in Deutschland, der zweifellos nicht nach Berlin gekommen ist, um mit irgendwelchen deutschen Ministern Golf zu spielen, sondern der mit einem bestimmten politischen Auftrag gekommen ist, nämlich mit dem Auftrage, Verhandlungen zur Förderung der Angriffsmaßnahmen gegen die Sowjetunion, zur Durchführung der Wirtschaftsmaßnahmen und Wirtschaftsblockade gegenüber der Sowjetunion in Berlin zu führen. Diese Orientierung der deutschen Regierung auf gemeinsame Kriegsmaßnahmen mit dem englischen und französischen Imperialismus gegenüber der Sowjetunion steht im Zusammenhang mit dem geplanten Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Deutschland, steht im Zusammenhang mit den verschärften terroristischen Maßnahmen gegenüber den kommunistischen Parteien in Frankreich, England und den anderen Ländern.

Einzelne Minister in den deutschen Länderregierungen haben Erklärungen abgegeben, daß sie mit der Art der Durchführung der Maßnahmen nicht ganz einverstanden seien. Diese Erklärungen sind keinen Heller wert, weil alle Regierungen die Vorbereitungsmaßnahmen für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchgeführt haben. Sie sind keinen Heller wert, weil alle Minister und alle Parteien dieser Regierungen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes unterstützen und decken. Sie sind nur der Meinung, daß die Durchführung dieses Verbotes vielleicht etwas geschickter gemacht werden müßte.

Das kam auch in der Ausschußsitzung in Berlin zum Ausdruck. Das Zentrum brachte dort einen Antrag ein, in dem gesagt wird, daß das Verbot des Roten Frontkämpferbundes im Augenblick nicht zweckmäßig sei.

Der Einspruch der Preußischen Regierung gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und die nachfolgende Erklärung, daß selbstverständlich die preußische Koalitionsregierung einen Beschluß des Staatsgerichtshofes ohne weiteres durchführen würde, zeigt zur Genüge den Wert dieses Einspruchs der preußischen Koalitionsregierung gegen das Verbot. Dieser Einspruch ist genausoviel wert wie der bekannte Einspruch anlässlich der Beratung der Zollgesetze: Als im Reichstag die Bürgerblockregie-

rung die Zollsätze erhöhen wollte, erklärte die Preußische Regierung: Wir werden unsere ganze Macht einsetzen, um die Erhöhung der Zölle zu verhindern, wir werden durch unseren Einspruch im Reichsrat die Durchführung dieser Zollerhöhungen hintertreiben. Es wurde ein großes Tamtam in der sozialdemokratischen Presse gemacht. Dann kam der Tag, als im Reichsrat die Zollgesetze wieder zur Beratung standen, und am nächsten Tag berichtete die gesamte Presse: Die Zollgesetze wurden vom Reichsrat ohne Einspruch der Regierungen verabschiedet.

Die deutsche Bourgeoisie wendet verschiedene Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterklasse an. Einerseits versucht sie auf dem Wege der Verschärfung der Aussperrungsoffensive, der Betriebsstillegungen usw. die Arbeiter unterzukriegen, sie zu zwingen, unter den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu schuften.

Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes als Maßnahme der Innen- und Außenpolitik des deutschen Trustkapitals stimmt in der großen Linie mit den Maßnahmen der sozialdemokratischen Bürokratie gegen die Opposition in den Arbeiterorganisationen überein. Ich stelle hier zum Beispiel die Frage nach der Verbindung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion mit der Zerschlagung der Königsberger Ortsgruppe des Eisenbahnerverbandes. Die deutsche Bourgeoisie, die Dawes-Direktion der Reichsbahn können es nicht dulden, daß in Königsberg, an einem wichtigen strategischen Punkte, eine kommunistische Ortsverwaltung die Eisenbahnerorganisation beherrscht. Deshalb haben sie sich mit allen Mitteln bemüht, den Einfluß der Kommunisten unter den Königsberger Eisenbahnern zu beseitigen. Es ist charakteristisch, daß in dieser Situation sozialdemokratische Gewerkschaftsführer die Königsberger Ortsgruppe des Eisenbahnerverbandes zerschlagen, daß Sozialdemokraten mit dem Königsberger Polizeipräsidium zusammenarbeiten, die dortige Kommunistische Partei und die Gewerkschaftsorganisationen bespitzeln, Kriminalverbrecher beauftragen, durch Einbrüche in das kommunistische Parteibüro Material gegen die Kommunistische Partei und gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften zu bekommen.

Ich frage: Stimmen nicht diese Maßnahmen, wie sie in Königsberg und anderen Orten durchgeführt wurden, in der Linie voll-

ständig mit den Maßnahmen Grzesinskis gegenüber dem Dortmunder RFB, der Falkenberger RFB-Ortsgruppe, der Hindenburger Ortsgruppe des RFB überein? Liegt dieses Verbot nicht in der Linie der Politik des Herrn von Keudell? Ist nicht diese Übereinstimmung offensichtlich? Deshalb ist es notwendig, daß in der gegenwärtigen Situation, wo in verschärftem Maße die Offensive gegen sie durchgeführt wird, wo die Bourgeoisie nicht nur versucht, den Roten Frontkämpferbund zu unterdrücken, sondern wo sie Vorbereitungen zum Verbot der Kommunistischen Partei trifft, die Arbeiterklasse die revolutionäre Einheitsfront zum Kampfe gegen die Trustherrschaft, gegen die Koalitionspolitik, gegen das Zusammenarbeiten mit dem Trustkapital schafft. Der Angriff des Trustkapitals und des deutschnationalen Innenministers von Keudell gegen den RFB ist ein Signal des verschärften Kampfes des Trustkapitals und der gesamten Bourgeoisie gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Als Antwort auf diese Politik des deutschen Trustkapitals und der gesamten Bourgeoisie gilt es, in breiter Klassenfront in den Betrieben und den Gewerkschaften die Arbeiter zusammenzuschließen und einmütig zu erklären: Kampf gegen die Trustherrschaft und gegen die Koalitionspolitik! Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen! Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen, die von der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe des Staatsapparates angewandt werden! Dem Verbot von Keudells muß der Kampfeswille der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Auf das Verbot muß das millionenfache „Rot Front!“ antworten.

*Verhandlungen des Sächsischen Landtags,  
3. Wahlperiode 1927/28, 77. Sitzung,  
S. 2822—2825.*

# Über die Taktik der Partei

Diskussionsrede auf dem VI. Weltkongreß  
der Kommunistischen Internationale 1928

17. Juli bis 1. September 1928

Die Kämpfe der Arbeiterklasse der letzten Jahre haben der Kommunistischen Partei Deutschlands große Kampferfahrungen gebracht. In diesen Kämpfen wurde zugleich die Aktionskraft der Partei vor der gesamten Arbeiterklasse beleuchtet. Die letzte Exekutivsitung der Komintern und der IV. RGI-Kongreß haben sich mit den wichtigsten Arbeitskämpfen in Deutschland beschäftigt und dabei festgestellt, daß in vielen wichtigen Kämpfen von einem Teil der Parteiorganisationen der Kampfwille der Arbeiter unterschätzt wurde. Es wurde nicht genügend die Aufgabe erkannt, durch Mobilisierung der Arbeiter und Organisierung des Kampfes von den Betrieben aus die Voraussetzungen zu schaffen, damit in breiter Front der Kampf durchgeführt werden kann. Die Partei fähig zu machen, in den gegenwärtigen Arbeitskämpfen ihre revolutionäre Pflicht voll und ganz zu erfüllen, von den Betrieben aus die breiten Massen der Arbeiter dafür zu mobilisieren, auch gegen den Willen der reformistischen Bürokratie Arbeitskämpfe durchzuführen — dies sind hauptsächlich die Probleme, die Anlaß der Auseinandersetzungen sind, die wir hier im Plenum gehört haben und wie sie in der deutschen Kommunistischen Partei geführt wurden.

Es handelt sich darum, daß die Kommunistische Partei sich nicht darauf beschränken darf, allgemeine Agitation zu treiben, sondern daß sie die Mobilisierung der Massen zum Zwecke der Organisierung des revolutionären Kampfes durchführt. Es ist deshalb falsch, wenn der Genosse Ewert erklärte, daß in der Kommunistischen Partei Tendenzen vorhanden sind, alte, überwundene Gruppenstandpunkte wiederaufleben zu lassen. Eine solche Auffassung bedeutet die Verhinderung der Klärung der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten. Es handelt sich darum, daß in der gegenwärtigen Situation, in der wir uns am Anfang einer aufsteigenden Welle der revolutionären Entwicklung

befinden, eine solche Strategie und Taktik ausgearbeitet wird, die die Partei in die Lage versetzt, das Maximum der revolutionären Kampfkraft der breiten Arbeitermassen zu entwickeln.

Bei der Durchführung dieser Aufgaben zeigt es sich, daß eine Gruppe von Genossen, die Anhänger der rechten Fraktion, systematisch versucht, die Partei an der Erfüllung dieser Aufgaben zu hindern, und daß weiterhin eine Strömung, die wir als die „Duldsamen“ bezeichnen, eine versöhnlerische Strömung, vorhanden ist, die die Überwindung dieser rechten Fraktionsarbeit behindert.

Die Diskussionen in der KPD über die Beschlüsse des RGI-Kongresses zeigen, daß von den Vertretern der rechten Gruppe die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland überschätzt wird, die Widersprüche des Kapitalismus und die Steigerung der Aktionskraft der Arbeiter aber unterschätzt werden. Es ist kein Zufall, daß in diesem Zusammenhang ein Anhänger der Rechten in Breslau erklärte: „In der gegenwärtigen Zeit ist es unmöglich, Arbeitskämpfe in wichtigen Industrien gegen den Willen der reformistischen Bürokratie durchzuführen.“

Wir haben auch aus den Ausführungen des Genossen Ewert gehört, daß er besonders die Stabilisierungserscheinungen hervorhebt. Er erklärte, daß in England der Kapitalismus „fest und stark“ sei. Wir unterschätzen nicht die Bestrebungen des englischen Kapitalismus, die Rationalisierung mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates durchzuführen. Wir unterschätzen nicht die Niederlage, die die englischen Arbeiter im letzten großen Kampf erlitten haben. Aber die Tatsache steht fest, daß in England eine chronische Massenerwerbslosigkeit vorhanden ist, daß die Krise in der englischen Exportindustrie fort dauert und daß die Krise in der Kohlenindustrie ebenfalls anhält.

Auch bei der Einschätzung der Sozialdemokratie übertreibt Genosse Ewert die Stärke der Sozialdemokratie und hebt nicht genügend hervor, wie gerade infolge der gegenwärtigen Koalitions politik und der Verwachsung des Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat der Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter, auch der sozialdemokratischen Arbeiter, und denen der sozialdemokratischen oberen Funktionäre ein immer tieferer wird und günstige Mög-

lichkeiten für die Entwicklung und Organisierung der Arbeiteropposition und für die Loslösung großer Teile von Arbeitern von der Sozialdemokratie geschaffen werden.

Ebenso unterstrich Genosse Ewert besonders die Schwierigkeiten in der Sowjetunion. Wir haben in Deutschland die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zur Genüge hervorgehoben. Besonders in Europa müssen wir jetzt stärker als bisher die positiven Seiten des fortschreitenden sozialistischen Aufbaus hervorheben. Das ist auch gerade gegenüber jener Hetze, die die Reformisten und Sozialdemokraten in den letzten Wochen systematisch durchführen, notwendig.

Die verschiedene Beurteilung der gegenwärtigen Situation hat sich auch in den Diskussionen über das deutsche Wahlergebnis gezeigt. Es ist charakteristisch, daß dieselben Genossen, die bei der Beurteilung des Wahlergebnisses in Deutschland den Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie überschätzen, den Qualitätserfolg der Kommunistischen Partei nicht genügend hervorheben. Es ist Tatsache, daß die Kommunistische Partei Deutschlands vor allem in den Industriegebieten an Stimmen gewonnen, das heißt ihren Einfluß in den entscheidenden Schichten der Arbeiter wesentlich verstärkt hat. Freunde des Genossen Ewert sprachen aber im Politbüro davon, daß das Wahlergebnis einen Sieg der Bourgeoisie darstellt. Später ist diese Auffassung korrigiert worden. Nichtsdestoweniger ist diese Beurteilung charakteristisch für die Auffassung dieser Genossen.

Genosse Thälmann ist bereits auf das Bestreben der deutschen Gewerkschaftsbürokratie eingegangen, die freien Gewerkschaften zu Organen des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus zu machen, sie zu Hilfsorganen des neuen deutschen Imperialismus zu entwickeln. Im Interesse der Durchsetzung dieser Linie versucht sie erstens, systematisch die Opposition zu zersetzen, und zweitens, die Opposition entweder aus den Gewerkschaften zu entfernen oder wenigstens ihrer Funktionen zu entheben.

Aber was sagten die Vertreter der rechten Fraktion in bezug auf den Kampf gegen diese Ausschlüsse? Ein Genosse erklärte, solange wir noch nicht stark genug sind, die Ausschlüsse zu verhindern, dürfen wir nicht so offen das Gesicht der Opposition zeigen und während der Kämpfe nicht so offen unsere revolutio-

näre Linie vertreten. Das ist die Politik der Kapitulation vor der reformistischen Bürokratie.

Ebenso wie es bei uns taktische Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Kampfes gegen die Ausschlußmaßnahmen der Bürokratie gab, so auch in den Fragen der Streikstrategie.

Ich will hier zwei charakteristische Beispiele anführen.

In Berlin haben jetzt die Bauarbeiter trotz des Widerstandes der Bürokratie eine zwischentarifliche Lohnbewegung eingeleitet. Unsere Genossen haben die Losung ausgegeben: Arbeiter, nehmt in den Betrieben Stellung, fordert die Bürokratie auf, in den Betriebsversammlungen Farbe zu bekennen, wie sie zu den Forderungen der Arbeiter steht. Diese Taktik der Einheitsfront ist die revolutionäre Taktik in den Arbeiterkämpfen.

Wir haben auch gesehen, daß in wichtigen Bewegungen, wie in der sächsischen Metallarbeiterbewegung, andere Auffassungen vorhanden waren. In der sächsischen Metallarbeiterbewegung ist von einem Teil der Parteigenossen nicht das Schwergewicht auf diese Einheitsfronttaktik von unten gelegt worden, sondern sie legten das Schwergewicht auf den Appell an die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Von Genossen und in der Presse wurden diese Auffassungen so formuliert:

„Es gilt vor allen Dingen die Instanzen in Bewegung zu setzen, da eine Fortsetzung des Kampfes nur durch den Druck auf die Gewerkschaftsleitungen möglich ist.“

Es wurde weiter gesagt:

„Die Leitung des DMV muß gezwungen werden, ihre Niederlagenstrategie preiszugeben.“

Wir sehen hier, daß ein Teil der Genossen eine falsche Entlarvungspolitik treibt; sie lenken das Augenmerk der Arbeiter auf die Gewerkschaftsbürokratie ab.

In der Berliner Metallindustrie haben wir ein ähnliches Beispiel. Als während der Berliner Metallarbeiterbewegung die Bürokratie, entsprechend den Interessen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Lohnbewegung mit allen Mitteln abwürgen wollte, legten unsere Genossen in der entscheidenden Funktionärversammlung folgende Resolution vor:

„Die heutige DMV-Konferenz lehnt den Spruch als völlig ungenügend ab, da er in seiner Auswirkung einen Lohn- und Akkordabbau bedeutet.“

Die Konferenz beauftragt das Metallkartell, alle Maßnahmen für die sofortige Durchführung des Streiks zu treffen."

In dieser Situation der offenen Abwürgung der Bewegung wäre es notwendig gewesen, in der Resolution klar und eindeutig die Politik der Bürokratie konkret zu verurteilen. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, in der Resolution klar zu sagen, was die Arbeiter in den Betrieben tun müssen, so daß die Bürokratie gezwungen gewesen wäre, zu diesen positiven Forderungen Stellung zu nehmen, oder wenn der Kampf in der konkreten Situation absolut unmöglich gewesen wäre, dann hätten wir klar und eindeutig sagen müssen, warum in der jetzigen Situation dieser Kampf nicht möglich ist, damit dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden, daß in kommenden Bewegungen die Arbeiter mit größeren Erfahrungen den Kampf vorbereiten und entgegen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie durchführen. Bei der Beurteilung dieser Resolution darf man nicht vergessen, daß der Tarifvertrag nach anderthalbjähriger Kampagne abgeschlossen wurde.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß der Genosse Ewert besonders die Rolle der Arbeiteraristokratie hervorgehoben hat. Er hat die Ausführungen des Genossen Heckert falsch interpretiert und gesagt, daß die Unorganisierten den Kampf nicht allein führen können. So steht die Frage nicht. Wir haben umgekehrt die Tendenz, daß die höher entlohnnten Arbeiter unter ihrem Branchengesichtspunkt die Bewegung allein für sich, für die Brancheninteressen, führen und nicht genügend Wert legen auf die Verbindung des Kampfes der Arbeiter bestimmter qualifizierter Gruppen mit dem Kampf der niedrig entlohnnten beziehungsweise ungelernten Arbeiter. Sie vernachlässigen die Organisierung des Kampfes aller Arbeiter der betreffenden Industrie. Das sind unter anderem auch Schwächen in der Berliner Metallarbeiterbewegung. Diese Schwächen soll man hier im Plenum nicht verschleiern, wie es Genosse Ewert tat.

Nun zur Frage des innerparteilichen Kurses in der KPD. Genosse Ewert hat erklärt, daß die „Gefahr der Herausbildung einer Gruppenideologie bei der Mehrheit“ vorhanden sei. Diese Behauptung erinnert an den Ruf „Haltet den Dieb!“ Es ist notwendig, auf diese Andeutungen des Genossen Ewert mit Tat-

sachen zu antworten. Nach dem Essener Parteitag hat eine Anzahl Genossen versucht, die Linie des Parteitages auf kaltem Wege zu korrigieren. Das Zentralkomitee hat nach dem Essener Parteitag mit allen Kräften versucht, die Konzentrierung der Kräfte der Partei vorzunehmen, und hat fast alle Genossen, die früher zur rechten Gruppe gehörten, in verantwortlichen Funktionen beschäftigt. Aber einige dieser Genossen haben systematisch versucht, diese Funktionen auszunutzen, um ihren falschen politischen Standpunkt zum Standpunkt der Kommunistischen Partei zu machen. Das nennt man auf deutsch Fraktionsarbeit. Und diese Fraktionsarbeit der rechten Gruppe wurde mehr oder weniger von den Genossen der Gruppe um Gerhart ausgenutzt, damit sie ihre Positionen ausbauen können.

Ich führe Tatsachen an:

Das Juniplenum der Partei wurde benutzt, um den Essener Beschluß in der Frage der linken SPD zu korrigieren.

Bei der Auseinandersetzung über das Aktionsprogramm von Brandler waren die Genossen dagegen, daß im Schlußabschnitt gesagt wird: „Wenn Genossen das Aktionsprogramm zur Plattform einer Gruppe machen, so muß man sie entschieden bekämpfen.“ Dieses Signal mußte der Partei gegeben werden. Die Freunde des Genossen Ewert waren ursprünglich dagegen, daß der Partei diese Gefahr signalisiert wird.

Es ist eine Tatsache, daß in Verbindung mit dem Berliner Bezirksparteitag versucht wurde, aus der engeren Bezirksleitung bestimmte Genossen auszuschalten, um den Einfluß der versöhnlerischen Strömung in der Berliner Leitung zu stärken.

Es wurde versucht, durch Erweiterung des Politsekretariats des ZK eine Mehrheit von Genossen zu schaffen, die der Gruppe Gerhart-Ewert angehörten.

Es wurde vorgeschlagen, daß nicht nur Walcher in die Leitung der Gewerkschaftsabteilung kommt, sondern auch andere Genossen der gleichen Richtung leitende Funktionen erhalten.

Vor der letzten Exekutive erklärten die Genossen: Die Hauptgefahr ist die Linke. Und das geschah in einer Situation, als die Rechte, die die Mehrheit in der Gewerkschaftsabteilung hatte, mit allen Mitteln die Durchführung der Beschlüsse der Kommunistischen Partei und ihres Zentralkomitees sabotierte und offen

den Kampf dagegen führte. Also in einer Situation, wo die Rechten offen in Erscheinung traten, erklärten die Genossen, nicht die Rechten, sondern die Linken seien die Hauptgefahr. Der Kampf müsse nicht gegen die rechte Fraktion, sondern gegen die Genossen von Chemnitz geführt werden.

In der Kandidatenfrage versuchten die Genossen, nicht nur Brandler und Thalheimer, sondern eine ganze Reihe anderer Genossen in das Parlament zu bringen, um auf diesem Wege das Kräfteverhältnis im Funktionärkörper zu ändern.

Es ist eine Tatsache, daß die Genossen der Gerhart-Gruppe versuchen, vor allen Dingen den Berliner Gewerkschaftsapparat zur Beeinflussung der Berliner Parteimitgliedschaft in der Richtung dieser versöhnlerischen Strömung auszunutzen. Noch heute wird die wichtigste Berliner Gewerkschaftsfraktion von einem Gegner der RGI-Beschlüsse geleitet. In anderen Fraktionsleitungen sind diese Genossen stark vertreten. Es werden nicht genügend neue Funktionäre zur Arbeit herangezogen.

Es ist eine Tatsache, daß bei der Diskussion über den RGI-Kongreß die Genossen versuchten, die Differenzen mit der rechten Gruppe mehr oder weniger zu verschleiern.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß die Behauptung des Genossen Ewert, das Politbüro wolle bestimmte Genossen abstempeln, absolut falsch ist. Sowohl die Rechten wie auch die Genossen der versöhnlerischen Strömung haben sich durch ihre Handlungen selbst abgestempelt, und sie können diesen Stempel nur wegwischen, wenn sie durch Handlungen beweisen, daß sie gewillt sind, Schulter an Schulter mit der Mehrheit des Politbüros die Beschlüsse des VI. Weltkongresses durchzuführen.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zu den letzten Ausführungen des Genossen Ewert über die Vorschläge der russischen Delegation. Die russische Delegation hat festgestellt, daß die Hauptgefahr die rechte Gefahr ist, daß es aber notwendig ist, die versöhnlerische Strömung entschieden zu bekämpfen. Es wird in den Ergänzungsvorschlägen weiter gesagt, daß es notwendig ist, die besten Kräfte der Partei zur Arbeit heranzuziehen und einen entschiedenen Kurs auf die Konsolidierung der Partei durchzuführen.

Genosse Thälmann hat weiter klar und eindeutig darauf gesagt:

Wir sind einverstanden, die rechte Gefahr ist die Hauptgefahr. Aber gegen die Anhänger der versöhnlerischen Strömung, die mehr oder weniger diese Rechten für sich auszunutzen suchen und umgekehrt von den Rechten ausgenutzt werden und die Partei hindern, die Rechten so zu bekämpfen, wie es notwendig ist, muß ebenfalls der Kampf mit ideologischen Mitteln, aber auch durch organisatorische Maßnahmen geführt werden.

Genosse Thälmann hat klar gesagt: Wenn die Genossen um Ewert sich vollkommen auf den Boden des Vorschlags der russischen Delegation stellen, dann wird es möglich sein, die Differenzen in der Partei ohne Schwierigkeiten zu überwinden. Was antwortet Genosse Ewert? Er sagt: „Auch die Mehrheit einer Führung kann zur Gruppe entarten.“ (Zwischenruf Thälmanns: „Das hat Trotzki auch gesagt.“) Genosse Thälmann ruft ganz richtig dazwischen: Das hat Trotzki auch gesagt. Das erinnert an die Organisationsauffassung des Trotzkiismus.

Genosse Ewert hat zwar dann seine Ausführungen etwas abgeschwächt, indem er erklärte, daß die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten möglich ist, aber „sie erfordert den wirklichen Willen zur Durchführung auf allen Seiten“. Genosse Thälmann hat klar und deutlich erklärt, daß beim Zentralkomitee und bei der Delegation dieser Wille vorhanden ist. Aber Genosse Ewert antwortet: Ja, aber hier besteht die Gefahr, daß die Mehrheit, die den Willen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten hat, „entartet“.

Das ist eine unerhörte Beleidigung der Parteimehrheit; Genosse Ewert zeigt einen sehr eigenartigen Willen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten. Das ist die Zustimmung mit Vorbehalt, das heißt, wenn Genosse Ewert es in einer Situation für zweckmäßig hält, eine andere Politik zu vertreten, dann wird er sagen: Ich bin nicht an die Disziplin gebunden, denn die Mehrheit ist auf dem Wege der Entartung. So hat Trotzki gegenüber der großen Mehrheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auch gesagt. Genosse Ewert muß sich darüber klar sein, daß er entweder den Weg geht, den das russische Politbüro vorschlägt und der sich vollständig mit der Auffassung der deutschen Delegation und des Politbüros deckt, oder wenn er diesen Weg nicht geht, wenn er nicht Schulter an Schulter mit den Ge-

nossen des Zentralkomitees diszipliniert die Beschlüsse durchführt, dann kann Genosse Ewert zum Sammelpunkt für alle diejenigen werden, die eine von der Partei abweichende Meinung vertreten.

Über diese Konsequenz muß sich Genosse Ewert klar sein. Das ist der Sinn der Warnung, die auch in der deutschen Delegation gegenüber dem Genossen Ewert ausgesprochen wurde.

Wir sagen: Es ist eine Notwendigkeit, die Selbstkritik in den Parteiorganisationen zu beleben; es ist notwendig, in der ganzen Partei, das heißt auch in den unteren Parteiorganisationen, die Selbstkritik zu beleben, damit in Verbindung mit der richtigen Auswertung der Erfahrungen der Partei nicht nur eine richtige politische Orientierung erfolgt, sondern damit auf Grund der Selbstkritik auch die unteren Organisationen dazu übergehen, die Leitungen so zusammzusetzen und solche organisatorischen Sicherungen zu schaffen, daß die Beschlüsse des VI. Weltkongresses diszipliniert und einheitlich von der Partei verwirklicht werden können. Wir glauben, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses sind die Basis, von der aus die maximale Einheit der Partei und die größte Aktionskraft der Partei entwickelt werden können.

*Protokoll des VI. Weltkongresses  
der Kommunistischen Internationale,  
17. Juli bis 1. September 1928,  
S. 409—415.*

## Die Lage in der KPD

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse aller Länder verbreitet die unmöglichsten Lügenmeldungen gegen die KPD und die Komintern. Es wird berichtet, daß in der KPD ein Dreimännerdirektorium eingesetzt sei, daß die Zusammensetzung des ZK und auch des Politbüros geändert worden wäre usw. Wir stellen demgegenüber fest, daß in der Zusammensetzung des ZK keinerlei Änderung vorgenommen wurde; es wurde lediglich gegen zwei Kandidaten des ZK, die einen offenen liquidatorischen Standpunkt vertraten und jetzt bereits dazu übergegangen sind, für Offenbach eine eigene Zeitung herauszugeben, das Untersuchungsverfahren eingeleitet, und es wurde beim EKKI die Funktionsenthebung als ZK-Kandidaten beantragt. Die Zusammensetzung des Politbüros ist ebenfalls dieselbe geblieben. Lediglich ein Kandidat des Politbüros wurde vom ZK abberufen. Soweit in Parteizeitungen in Hamburg, Essen und Chemnitz Änderungen in der Chefredaktion vorgenommen wurden, geschah das auf Antrag der betreffenden Bezirksleitungen, denn es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein Chefredakteur die Zeitung zur Vertretung seiner persönlichen Auffassungen benutzt, die der Auffassung der übergroßen Mehrheit der Mitgliedschaft entgegenstehen.

Es ist auch falsch, wenn behauptet wird, daß es in der KPD eine Krise gebe. Die Stellungnahme der Bezirksleitungen und der Mitgliedschaft für den Beschluß des EKKI und des ZK <sup>[11]</sup> zeigt, daß es sich nur um die Krise einer kleinen Gruppe von Funktionären handelt, die sich auf dem Weg zur Sozialdemokratie befindet.

Es ist offensichtlich, daß es sich bei den gegenwärtigen Differenzen zwischen der übergroßen Mehrheit der Partei und der kleinen Liquidatorengruppe nicht um irgendwelche persönliche Fragen oder um die Stellungnahme zum Korruptionsfall Wittorf handelt, sondern um Meinungsverschiedenheiten über den poli-

tischen und innerparteilichen Kurs der Partei. Die Politik der liquidatorischen Gruppe um Thalheimer, Brandler, Walcher, Schreiner, Köhler, Enderle und Paul Frölich bedeutet den offenen Kampf gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses. Deshalb haben die Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands große Bedeutung für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Seit Mitte vorigen Jahres ist eine allmähliche Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland festzustellen. Das kommt besonders in den Massenbewegungen gegen die kapitalistische Schlichtungspolitik und in der Opposition gegen die wirtschaftsfriedliche Politik der reformistischen Führer zum Ausdruck. Diese Verschärfung des Klassenkampfes hängt mit der zunehmenden Aktivität des neuen deutschen Imperialismus zusammen. Die selbständige Rolle des neudeutschen Imperialismus erfordert die verstärkte Kapitalbildung im Lande, das heißt den verschärften ökonomischen und politischen Druck auf die Arbeiterklasse. Im Interesse dieser imperialistischen Politik versucht die Bourgeoisie mit Erfolg, den reformistischen Apparat für ihre Interessen auszunutzen, ihn stärker als bisher in den Dienst des neuen deutschen Imperialismus zu stellen. Die letzten Wirtschaftskämpfe lehren, wie die Koalitionsregierung und insbesondere ihr sozialdemokratischer Arbeitsminister Wissell den Gewerkschaften befiehlt, unter allen Umständen Kämpfe zu vermeiden. In Fällen wie in Hamburg, wo die Arbeiter trotzdem den Kampf aufnahmen, unterstützten die Sozialdemokraten und insbesondere das Reichsbanner direkt die Polizei, schützten die Streikbrecher und versuchten, Schulter an Schulter mit der Polizei die Arbeiter in die Betriebe zu treiben.

In dieser Situation kommen die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie nicht mehr mit der Anwendung der demokratischen Methoden zur Niederhaltung der Arbeiter aus. Sie kombinieren deshalb die „demokratischen“ und die faschistischen Unterdrückungsmethoden. Ein Bestandteil dieser Offensive gegen die Arbeiterklasse ist die reformistische Spaltungspolitik in den Gewerkschaften. Um die KPD von den Arbeitern zu isolieren und es ihr zu erschweren, die Arbeitermassen auch gegen den Willen der reformistischen Bürokratie in Bewegung zu bringen, versucht

die reformistische Bürokratie, entsprechend den Interessen des neudeutschen Imperialismus, die Kommunisten aus den Massenorganisationen der Arbeiter hinauszuerwerfen und sogar diese Organisationen zu spalten.

In dieser Situation war es notwendig, entsprechend den Beschlüssen des neunten Plenums der Exekutive und auf Grund der Beschlüsse des VI. Weltkongresses unsere Taktik den veränderten Verhältnissen anzupassen, indem der Kampf gegen die sozialdemokratische Führung verschärft und die Einheitsfronttaktik von unten angewandt wird und die Partei in den ökonomischen und politischen Kämpfen als die Führerin der Arbeiterklasse auftritt. In dieser Situation geben einige Funktionäre der Partei dem Drucke der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nach und lehnen es ab, die Taktik der Partei entsprechend den Beschlüssen des VI. Weltkongresses durchzuführen. Das sind die Wurzeln der gegenwärtigen Differenzen. Der formelle Anlaß zur Verschärfung der Auseinandersetzungen war die Unterschlagung von 1850 Mark durch den Hamburger Sekretär Wittorf. Als die Partei ihre Kampagne gegen die imperialistische Kriegspolitik verstärkte, antwortete die ganze Front, vom Trustkapital bis zur SPD, mit einer wüsten Verleumdungsoffensive gegen die KPD und die Komintern. Diesem Druck des Klassenfeindes gaben einige Funktionäre nach und benutzten die „Argumente“ des „Vorwärts“ gegen unsere Partei.

Nach dem Essener Parteitag der KPD propagierte die rechte Fraktion das bekannte Aktionsprogramm Brandlers als Gegenplattform gegen die Essener Parteitagsbeschlüsse. Das war der Auftakt zum fraktionellen Kampf gegen die vom Essener Parteitag beschlossene politische Linie der Partei. Im einzelnen zeigten sich die Differenzen in folgenden Hauptfragen:

1. Die Genossen der rechten Gruppe, die eine kleine Führergruppe ohne Massenanhänger ist, sahen nicht genügend die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland und begünstigten alle passiven und pessimistischen Stimmungen in der Partei. In den Wirtschaftskämpfen entlarvten sich diese passiven Stimmungen offen als opportunistische Auffassungen in der Richtung der Annäherung an die sozialdemokratische Politik.

2. Die Rechten versuchten insbesondere den Essener Parteitagbeschuß über die Taktik gegenüber der linken Sozialdemokratie zu liquidieren. Sie verlangten, daß wir die rechten Sozialdemokraten mit den Argumenten der „linken“ sozialdemokratischen Führer (also nicht mit den kommunistischen) schlagen sollen. Die Orientierung dieser Genossen war nicht auf die Entwicklung der Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie gerichtet, sondern auf die Gewinnung der „linken“ sozialdemokratischen Führer.

Diese falsche Beurteilung der „Linken“ wurzelte in einer falschen Stellung zum Reformismus überhaupt. Walcher und seine Freunde bezeichnen die revolutionäre Politik als „unzulänglich“, sie behaupten, daß die „linken“ reformistischen Führer nur objektiv, aber nicht subjektiv Verrat üben. Damit bringen sie zum Ausdruck, daß die Politik der Reformisten im Wesen richtig ist, daß man sie aber verbessern muß. Hätte die Partei eine solche Politik verfolgt, so wäre unter anderem bei den Reichstagswahlen am 20. Mai nicht ein Sieg, sondern eine katastrophale Niederlage das Ergebnis gewesen. Gegenwärtig behaupten dieselben Genossen, daß das zahlenmäßige Ergebnis des Volksbegehrens deshalb ungenügend sei, weil wir zu scharf gegen die SPD gekämpft hätten. In Wirklichkeit ist das Gegenteil richtig.

3. In der Frage der Streiktaktik wollten die Rechten auf den Kampf um die Streikführung in der Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe verzichten. Statt Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, statt die Forderungen und taktischen Maßnahmen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den Forderungen der Massen zu machen, an die Massen zu appellieren, appellierten sie an die reformistischen Führer. Das kommt am klarsten zum Ausdruck in der Auffassung „Zwingt die Bonzen!“ sowie „Der ADGB muß“. Zugleich versuchten diese Genossen von der konkreten Organisation des Kampfes durch Propagierung der Losung „Produktionskontrolle“ als einer konkreten Aktionsaufgabe abzulenken.

Ebenso wandten sich die Rechten gegen eine offene Politik gegenüber der Ausschluß- und Spaltungskampagne der Re-

formisten. Sie verlangten, daß die Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition „sich im Rahmen der Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaften bewegen müsse“. Das bedeutet Unterordnung unter das Diktat der reformistischen Bürokratie.

4. In bezug auf den innerparteilichen Kurs verlangten die Genossen der rechten Gruppe an Stelle der Konzentration der Kräfte auf dem Boden der Essener Parteitagsbeschlüsse einen prinzipienlosen Block zwischen den Vertretern der Essener Parteitagsbeschlüsse und denen, die sie „ergänzen“ wollten.
5. Die Genossen der versöhnlerischen Strömung begingen den Fehler, daß sie die rechten Gefahren in der Partei nicht rechtzeitig und richtig einschätzten. Vor dem neunten Plenum der Exekutive waren sie gegen eine Verschärfung des Kampfes gegen die rechten Gefahren. Sie sprachen davon, daß man die rechten Gefahren konkret bekämpfen müsse, und sahen nicht, daß die rechte Gruppe bereits ein System von Abweichungen entwickelt hatte und daß der Gesamtpartei dieses opportunistische System zum Bewußtsein gebracht werden mußte.

In der Personalpolitik verlangten die Anhänger der versöhnlerischen Strömung, daß auf die Vertreter der rechten Fraktion durch „pädagogische Mittel“ und nicht durch organisatorische Maßnahmen eingewirkt werden sollte. In einer Situation, in der die Rechten den fraktionellen Kampf gegen die Linie der Partei organisierten, forderten die Versöhnler die Besetzung von wichtigen Funktionen mit Rechten. Sie verlangten die Rückkehr von Brandler und Thalheimer und die Wahl von Brandler, Thalheimer und anderen rechten Führern zu Reichs- und Landtagsabgeordneten. Während also die Rechten offen ihre opportunistische Plattform entwickelten, versuchten die Versöhnler durch eine entsprechende Personalpolitik die Voraussetzungen für eine Änderung des innerparteilichen und damit auch des politischen Kurses zu schaffen.

Nur auf Grund einer richtigen Einschätzung dieser Entwicklung ist zu verstehen, wie es kommt, daß das ZK in seinem Beschluß

vom 26. September in der Frage des Genossen Thälmann dem Druck der Rechten und der Versöhner nachgegeben hat. Nach dem Essener Parteitag hat das ZK mit allen Mitteln versucht, die Konzentration der Kräfte der Partei entsprechend den Essener Beschlüssen vorzunehmen. Dabei sind insofern Fehler gemacht worden, als der ideologische Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen nicht immer in der notwendigen Weise durchgeführt wurde. Das hat den opportunistischen Elementen einen stärkeren Einfluß auf Teile des Parteiapparates ermöglicht. Im Zusammenhang mit dem Korruptionsfall Wittorf in Hamburg organisierte die rechte Fraktion offen den Kampf gegen die Partei. Der Kandidat des ZK Hausen, der schon früher das Brandlersche Aktionsprogramm in der Partei propagierte, führte nunmehr den Kampf mit allen organisatorischen Konsequenzen.

Diese Elemente reden vom Kampf gegen die Korruption, in Wirklichkeit sind sie die typischen Vertreter der politischen Korruption, das heißt die Vertreter der sozialdemokratischen Auffassungen innerhalb der Partei.

Ihre Argumente stimmen vollständig mit jener Politik überein, wie sie von Stampfer und Co. täglich im „Vorwärts“ vertreten wird. Die Liquidatoren unterschieben der Partei die Aufhebung der Einheitsfronttaktik, während sie in Wirklichkeit die Einheitsfronttaktik als ein Zusammengehen mit den „linken“ sozialdemokratischen Führern auffassen. Sie reden ganz im Sinne von Leipart über eine Begünstigung der Spaltungspolitik der Reformisten durch die Politik der KPD und unterstützen in Wirklichkeit die reformistische Politik, indem sie die Massenmobilisierung gegen die reformistischen Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen sabotieren.

Sie reden über einen Maslow-Ruth-Fischer-Kurs und wollen in Wirklichkeit einen innerparteilichen Kurs, bei dem sie die Führung der Partei in die Hände bekommen, damit sie die Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses verhindern können.

Der Beschluß des VI. Weltkongresses über den Kampf gegen die rechten Abweichungen und gegen die versöhnlerische Strömung ist eine wichtige Voraussetzung zur Durchführung der politischen Beschlüsse des Kongresses. Wer gegen den vom VI. Welt-

kongreß beschlossenen innerparteilichen Kurs ist, der will auch die Durchführung der politischen Beschlüsse des VI. Weltkongresses verhindern. Wenn Genossen mit opportunistischen Auffassungen, mit einer falschen Stellungnahme zur Sozialdemokratie die Führung der Partei bekommen, so ist die unvermeidliche Konsequenz eine Annäherung der Politik der Partei an die Sozialdemokratie, was den Zusammenbruch der KPD bedeuten würde.

### *Die Antwort der Parteimitglieder*

Auf Grund des Beschlusses der Exekutive vom 6. Oktober und auf Grund des Beschlusses des ZK vom 19. Oktober haben die Bezirksleitungen und auch breite Kreise der Parteimitgliedschaft Stellung genommen. Das Urteil der Parteifunktionäre und der Parteimitgliedschaft ist sowohl für die Liquidatoren wie auch für die Anhänger der versöhnlerischen Strömung vernichtend. Von 28 Parteibezirken haben sich nur die Bezirksleitungen von zwei Bezirken (Thüringen und Halle-Merseburg) mit Mehrheit gegen den Beschluß der Exekutive ausgesprochen. Im Bezirk Thüringen steht aber offensichtlich die Mehrheit der Mitglieder, im Gegensatz zur Bezirksleitung, auf dem Boden des EKKI-Beschlusses. In Halle-Merseburg führt zwar die Bezirksleitung den Kampf gegen die Liquidatoren, aber sie übt gegenüber jenen Parteimitgliedern, die Zersetzungsarbeit leisten und die Politik der Rechten begünstigen, eine gewisse Duldsamkeit. Im Bezirk Westsachsen wurde bis jetzt noch nicht Stellung genommen.

Auf Grund der Notwendigkeit, die gesamte Parteimitgliedschaft über die Beschlüsse des VI. Weltkongresses gründlich zu informieren und die konkrete Anwendung seiner Beschlüsse in Deutschland zu diskutieren, wird in der deutschen Partei eine breite Kampagne über die Beschlüsse des VI. Weltkongresses durchgeführt werden. Jedes Parteimitglied hat die Möglichkeit, seine Auffassung zu vertreten und durch Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. Diese breite ideologische Kampagne ist zur Überwindung der opportunistischen Abweichungen in der Partei und zur Überwindung versöhnlerischer Stimmungen notwendig. Sie ist zugleich die Voraussetzung dafür, daß die Partei in den

kommenden Kämpfen ihre Pflicht als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse erfüllen kann. In der Situation der Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland, der Verschärfung der Wirtschaftskämpfe, der aktiven Rolle des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion bedeuten opportunistische Abweichungen nicht nur die größte Gefahr für die gesamte Partei, sondern für die Kommunistische Internationale.

Schon die bisherige Stellungnahme der Parteimitgliedschaft zeigt, daß der Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen in der Partei einig und geschlossen geführt wird. Mögen einige Liquidatoren den Weg des Verrats gehen, die KPD wird auf der Grundlage der Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ihre revolutionären Aufgaben durchführen und mit größerem Erfolg als bisher ihre Pflicht als revolutionäre Vorhut erfüllen.

*„Internationale Pressekorrespondenz“ Nr. 122,  
30. Oktober 1928.*

# Gegen die Aussperrung der Ruhrarbeiter

Rede im Reichstag

14. November 1928

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Ruhrkampf zeigt völlige Übereinstimmung in dem Versuch, diese wichtige Frage des Klassenkampfes als eine untergeordnete Rechtsangelegenheit zu behandeln. Den Arbeitern soll verheimlicht werden, daß die Offensive des Trustkapitals zum Zwecke der Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland geführt wird. SPD und bürgerliche Parteien wollen die politischen Fragen nach alter Geheimratsmethode in der Dunkelkammer erledigen. Diese Übereinstimmung ist eine Folge der prinzipiell gleichen Auffassung dieser Parteien in den Fragen der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatspolitik. Das Trustkapital ist nur deshalb in der Lage, die Aussperrungsoffensive durchzuführen, weil die Reformisten und die Sozialdemokratie systematisch die Macht des Trustkapitals gestärkt haben.

Die sozialdemokratischen Führer haben die Arbeitszeitverlängerung in der Schwerindustrie mit eingeführt, sie haben gegen die Rückzahlung der 715 Millionen Ruhrkorruptionsgelder gestimmt, sie haben die Einführung der Lohnsteuer unterstützt, sie haben die Rationalisierung unterstützt und sind dadurch mitverantwortlich für die mörderischen Arbeitsverhältnisse; mit ihrer Hilfe wurde das Schlichtungswesen eingeführt und im Unternehmerinteresse angewandt, und Severing war es, der die Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter mobilisierte.

Von dem gegenwärtigen schamlosen Verrat an den Arbeitern wollen die Reformisten durch ihr Gerede über die „Rechtslage“ ablenken. Die Arbeiter sollen den Arbeitsgerichten vertrauen. Aber hat nicht das Duisburger Arbeitsgericht sich offen auf die Seite der Unternehmer gestellt? Hat das Reichsarbeitsgericht nicht erst gestern den sächsischen Hüttenschiedsspruch für gültig erklärt, so daß die Arbeiter ab Sonnabend 57 Stunden schufteten

sollen? Ebenso hat die Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung die Unterstützung der Ausgesperrten abgelehnt. Ebenso hat die Reichsregierung es abgelehnt, die Ausgesperrten zu unterstützen.

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell hat in seiner Bußpredigt den Unternehmern nachgewiesen, daß er einwandfrei nach ihren Gesetzen gehandelt hat. Das stimmt. Er hat aber nicht genügend beachtet, daß das Finanzkapital sich nicht mit dem jetzigen Stand des Kräfteverhältnisses der Klassen zufriedengibt, sondern höhere imperialistische Machtansprüche schon längst angemeldet hat.

In dieser Situation können die kleinsten Manöver der sozialdemokratischen Führer, die kleinsten Konzessionen, wie zum Beispiel der Panzerkreuzerantrag der SPD und der 2-Pfennig-Schiedsspruch, Massenbewegungen der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderung begünstigen. Deshalb verlangt das Trustkapital von den sozialdemokratischen Führern die bedingungslose Unterwerfung unter die imperialistische Politik.

Die Unternehmer erklären, die Aussperrung richte sich nicht gegen den Grundgedanken der Schlichtung. Das stimmt. Die reformistischen Führer sollen nur veranlaßt werden, noch gefügiger als bisher die Unternehmerinteressen zu vertreten. Die Unternehmer sagen, der Kampf richte sich nicht gegen die Institutionen der Gewerkschaften. Das stimmt. Der Gewerkschaftsapparat soll lediglich noch besser in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaftspolitik gestellt werden.

Offen erklärte der Vorsitzende des Langnamvereins <sup>[12]</sup>, Herr Schlenker: Wir kämpfen für die Interessen der Banken! Was aber antwortet der Sozialdemokrat Wissell, dieser Unternehmerminister? Er beweist, daß er die Termine richtig eingehalten hat, und daß nach seinem Kalender alles in Ordnung ist. Er sagt weiter, daß seine Aufgabe darin bestanden habe, einen „friedlichen Ausgleich der Interessen der Arbeiter und Unternehmer“ herbeizuführen und daß er „nicht etwa einseitig Interessen vertreten“, sondern als ehrlicher Mittler gehandelt habe. Bekanntlich forderten die Arbeiter 15 Pfennig Lohnerhöhung, im Schiedsspruch wurden aber nur 2 Pfennig festgelegt. Und das soll nicht einmal einseitig den Unternehmerinteressen dienen? Aber nach

dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ hat Herr Wissell in den Berliner Nachverhandlungen vom 30. und 31. Oktober alles aufgeboten, um die Gewerkschaftsvertreter zu bewegen, sich mit einer geringeren Lohnerhöhung zufriedenzugeben, als in diesem Hungerschiedsspruch vorgesehen ist. Und der „Vorwärts“ vom 4. November 1928 erklärt obendrein, daß dieser Schiedsspruch den „möglichen Lohn“ festsetzt. Damit werden die berechtigten Forderungen der Arbeiter auf 15 Pfennig Lohnerhöhung offen verhöhnt. Bei einer solchen sozialdemokratischen Politik ist es kein Wunder, daß Herr Siemens, einer der größten Scharfmacher, erst vor wenigen Tagen dem Arbeitsministerium „die volle Zufriedenheit und Anerkennung“ der Unternehmer aussprach.

Der Sinn der Unternehmeroffensive besteht gerade darin, daß in der gegenwärtigen Situation, wo sich die Grenzen des deutschen Innenmarktes zeigen, die Bourgeoisie gezwungen ist, im Interesse der Verstärkung der Kapitalakkumulation die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen und im Interesse einer noch größeren Rentabilität des Kapitals den Warenexport zu steigern, was nur durch Niedrighaltung der Löhne, durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Knebelung der Arbeiter mit Hilfe des Schlichtungswesens usw. möglich ist.

Die Herren von den Deutschnationalen haben hier offen gesagt, was los ist. Herr Lindeiner hat erklärt, daß die Lohnerhöhung beweisen würde, daß es der deutschen Wirtschaft gut geht. Im Interesse der Reparationsverhandlungen sei es aber notwendig, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen, um die „Notlage“ des deutschen Kapitalismus zu demonstrieren.

Diese Verschärfung der Offensive des internationalen Kapitals gegen die Arbeiterklasse, die mit der Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt in Zusammenhang steht, hat zur Folge, daß die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern zur Gegenoffensive gegen die schärfere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse übergehen. Das ist der Sinn jener riesigen Streikwelle, wie wir sie heute in Polen, in Frankreich und in Deutschland sehen. Die Bedeutung des Ruhrkampfes besteht darin, daß nicht nur 200 000 oder mehr Arbeiter kämpfen, sondern daß dieser Kampf den deutschen Arbeitern die Einleitung einer neuen, höheren Phase des Klassenkampfes in Deutschland, des

geschlossenen Kampfes der Arbeiter gegen das Trustkapital und seine Koalitionsregierung signalisiert.

Der Landgerichtsrat Dennecke hat in der „Kölnischen Zeitung“ vom 6. November die Linie der bürgerlichen Parteien in der Schlichtungsfrage entwickelt. Die Sozialdemokraten wandten sich nur dagegen, daß jetzt diese Frage offen gestellt wird, weil das den Arbeitern zeigen würde, daß es im Ruhrkampf um die verschärfte Knebelung der Arbeiter durch Staat und Unternehmertum geht. Herr Dennecke verlangt, daß in Zukunft nicht dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses die Verantwortung allein überlassen wird, sondern daß die Tarifparteien selbst die Verantwortung übernehmen. Die Gewerkschaftsführer sollen selbst den radikalen Forderungen ihrer Mitglieder entgegentreten, damit nicht die Empörung der Arbeiter sich gegen die Schlichtungsorgane des kapitalistischen Staates richte. Das heißt also, in Zukunft soll der reformistische Gewerkschaftsapparat rücksichtsloser gegen die Arbeiterforderungen eingesetzt werden. Auf diese provokatorische Stellungnahme der bürgerlichen Parteien antwortet Wissell, daß zur Beratung dieser Frage der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungünstig sei, und Herr Brandes erklärt, daß man „in ruhiger Stunde“ darüber sprechen könne. Die Bourgeoisie verlangt, daß die Sozialdemokraten kuschen, noch tiefer kuschen als bisher. Und sie antworten: Jawohl, aber wir können das doch nicht in der jetzigen Situation so offen machen.

Klar und eindeutig erklärte Herr Wissell im Namen dieser Regierung: „Die Arbeiter müssen wieder in die Betriebe, die Wirtschaft muß wieder in Gang kommen.“ Dementsprechend verlangen die sozialdemokratischen Redner die bedingungslose Kapitulation der Arbeiter vor den Industriellen und empfehlen den Arbeitern, „die strittige Rechtsfrage vor dem zuständigen Arbeitsgericht“ auszutragen. Herr Moldenhauer von der Volkspartei antwortet darauf: Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund des Arbeitsgerichtsurteils von Duisburg. Die Sozialdemokraten aber sagen: Vertraut auf die Arbeitsgerichte und die Minister. Das sagen sie im gleichen Augenblick, wo das Reichsarbeitsgericht den sächsischen Hüttenarbeitern die 57-Stunden-Woche diktiert. Ebenso wie im Jahre 1927 versuchen sie die Arbeiter darüber zu täuschen, daß nicht nur die Staatsmacht, sondern auch

die sozialdemokratischen Führer auf der Seite der Unternehmer stehen.

Heute sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dabei, die bestehende lange Arbeitszeit in der rheinischen Metallindustrie noch für weitere Jahre festzulegen. Was kümmert es sie, daß in der rheinischen Metallindustrie 60 000 Arbeiter 60 Stunden in der Woche arbeiten, 75 000 noch 57 Stunden, 90 000 noch 54 Stunden, 84 000 noch 56 Stunden?

Sowohl Herr Brandes wie Herr Schmidt haben heute ganz vergessen, zu beweisen, wie die Offensive der Unternehmer ein Beweis für die Entwicklung zur „Wirtschaftsdemokratie“ ist. Herr Brandes ist aber so radikal, daß er die „Enteignung der Industrielien“ mit Hilfe irgendwelcher Paragraphen der Reichsverfassung und wahrscheinlich mit Hilfe der deutschnationalen Justiz und des Polizeiapparates dieser Republik durchführen will.

Enteignung! Jawohl! Aber der nächste Schritt auf diesem Wege ist der revolutionäre Massenstreik, ist die geschlossene Kampffront der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen, für den Kampf gegen das Schlichtungssystem, ist der politische Kampf der Arbeiter unter der Losung: Nieder mit der Koalitionsregierung des Trustkapitals! Alle Macht der Arbeiterklasse! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung! Das sind die Losungen, unter denen die Arbeiter für die Enteignung kämpfen würden.

Es zeigt sich gegenwärtig im Ruhrgebiet und in Deutschland überhaupt eine ganz klare Frontenstellung: auf der einen Seite die Unternehmer, der Staatsapparat und die reformistische Bürokratie; auf der anderen Seite die Arbeiter, die gegen den Hungerschiedsspruch sind, für die 15 Pfennig Lohnerhöhung, für den Achtstundentag, gegen das Schlichtungssystem, gegen diese Koalitionsregierung und für den Kampf um eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung.

Das sind die zwei Fronten, und im Zusammenhang mit dieser Frontenstellung zeigen sich zwei Strategien und zwei Taktiken: auf der einen Seite die Politik der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, die die Arbeiter aussperren, den Ausgespernten die Unterstützung verweigern, die Polizei ins Ruhrgebiet schicken, die Versammlungen verbieten, die Schlichtungsknebel noch schärfer anziehen und verhindern wollen, daß die Arbeiter einheitliche

Streikleitungen bilden, und die Arbeiter auf Rechtsfragen in den Arbeitsgerichten ablenken wollen. Auf der anderen Seite stehen jene Arbeitermassen, die hinter den gewählten Streikleitungen und zum größten Teil hinter der Kommunistischen Partei stehen, die für die einheitliche Kampffront, für die Wahl von einheitlichen Streikleitungen durch die Arbeiter der Betriebe sind, die von unten aus entgegen allen Verwirrungsversuchen den Kampf führen und gezeigt haben, daß es der Bourgeoisie wohl möglich war, die reformistische Bürokratie zu korrumpieren, nicht aber die Arbeiter.

Die deutsche Bourgeoisie hat geglaubt, daß es ihr gelingen würde, durch die Koalitionsregierung einen solchen Einfluß auf die Gewerkschaften zu bekommen, daß Arbeitskämpfe verhindert werden können. Die Bildung der Streikleitungen gegen den Willen der Reformisten, der Hinauswurf der sozialdemokratischen Führer aus den Arbeiterversammlungen beweist, daß die Bourgeoisie es nur fertiggebracht hat, diese führende Schicht der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für sich zu gewinnen, nicht aber die Arbeiter.

Die Arbeiter, die für das Kampfbündnis der Metallarbeiter, Bergarbeiter und Transportarbeiter, für ihre geschlossene Kampffront eintreten, die Arbeiter, die gegen die schamlose Kapitulation sind, die hier von den Rednern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie verlangt wurde, werden erst recht die Kampffront ausbauen, um ihre Forderungen siegreich zu erkämpfen. Herr Wissell, Herr Brandes, Herr Schmidt, sie alle haben erklärt: Abbruch des Kampfes, hinein in die Betriebe, bedingungslose Öffnung der Betriebe; mag das Arbeitsgericht die Geschichte erledigen!

Die Ruhrarbeiter werden diese schamlose Aufforderung zur Kapitulation mit der Losung beantworten: Führung des Kampfes für die Durchsetzung der bereits genannten Forderungen, trotz der geschlossenen Front der Industriellen, des Staatsapparates und der sozialdemokratischen Führer! Die Arbeiter werden auf diese Provokation mit der Bildung neuer Streikleitungen, mit der Organisierung des Selbstschutzes antworten. Sie werden damit antworten, daß noch besser als bisher Streikposten gestellt wer-

den, damit kein Arbeiter als Streikbrecher in die Betriebe gehen kann.

Die Arbeiter werden auf diese schamlose Provokation der Sozialdemokraten und Reformisten mit der Losung antworten: Solidarität der Arbeiter im ganzen Reich! Es lebe der einheitliche Kampf der Hüttenarbeiter! Und sie werden im ganzen Reich den Arbeitern sagen: Seht, wie in diesem Kampf diese Zentrumsleute und Sozialdemokraten und diese Regierung gestanden haben; seht, wie dieser Panzerkreuzerminister Müller sich verhalten hat; seht, wie dieser Groener, der bekannte Hundsfott-Groener, Stellung genommen hat!

Seht, wie die übrigen Minister, jene Minister wie Severing, die die Reichswehr usw. nach dem Ruhrgebiet schickten und die damit die Voraussetzung für jene Macht schufen, die heute das Trustkapital hat, sich verhalten haben! Und sie werden auf den Minister Wissell zeigen, diesen Schlichtungsminister, dessen ganze Aufgabe darin besteht, im Interesse des Trustkapitals die Arbeiter zu knebeln. Sie werden hinzeigen auf jenen Hilferding, der die Lohnsteuer usw. einführte, und sie werden einmütig in den Ruf ausbrechen: Nieder mit dieser Regierung des Trustkapitals! Nieder mit dieser Regierung, deren Minister nichts anderes sind als Knechte des deutschen Finanzkapitals!

*Protokoll des Reichstags,  
IV. Wahlperiode, 13. Sitzung,  
S. 313—319.*

## Die Reichsparteiarbeiterkonferenz

Die Reichsparteiarbeiterkonferenz war durch die einmütige Beschlußfassung über die nächsten Aufgaben der Partei in den ökonomischen und politischen Kämpfen und durch die klare Erkenntnis fast sämtlicher Delegierten gekennzeichnet, daß der Kampf gegen die opportunistische Gefahr in unseren Reihen die Voraussetzung für die richtige Durchführung der politischen Aufgaben ist. Entsprechend den Beschlüssen des VI. Weltkongresses stand die Konferenz im Zeichen der Herausarbeitung einer solchen Politik, die die führende Rolle unserer Partei im Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiter mit dem nächsten strategischen Ziel der Diktatur des Proletariats gewährleistet.

Im Bericht des Genossen Thälmann über den VI. Weltkongreß wurde besonders auf die zunehmende Aktivität des neuen deutschen Imperialismus und die im Zusammenhang damit stehende Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland eingegangen. Ausgehend vom Programm der Kommunistischen Internationale und den politischen Thesen, wurden besonders die Fragen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die Fragen der Taktik in den Arbeitskämpfen behandelt. Unter dem Gesichtspunkt der Durchführung der im Programm und in den politischen Thesen gestellten Aufgaben zeigte Genosse Thälmann, wie besonders die Erfahrungen der deutschen Partei in den letzten Wochen die Notwendigkeit der Beschlüsse des VI. Weltkongresses in der Frage des Kampfes gegen die Rechten und Versöhnler beweisen.

Die Reden der Delegierten aus den Bezirken bewiesen, wie stark der Wille der Parteimitgliedschaft ist, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses unter Einsetzung aller Kräfte gegen den Widerstand der Rechten und Versöhnler durchzuführen. Die Stellungnahme der Redner zu den Fragen der Streikstrategie und -taktik auf Grund der Erfahrungen des Hamburger Hafentarbeiterkampfes und des gegenwärtigen Kampfes der Hüttenarbeiter im

Ruhrgebiet und der Textilarbeiter ließ erkennen, daß die Parteifunktionäre ernstlich ringen, um in dieser Zeit der aufsteigenden Welle der revolutionären Bewegung die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der Vorbereitung und Durchführung der Massenbewegung zu erkämpfen.

Angesichts des festen Willens der Konferenzteilnehmer, die Linie des VI. Weltkongresses zu verwirklichen, blieben die Reden der Rechten, wie Tittel, Böttcher, Luft, ohne irgendwelchen Einfluß auf die Konferenzen.

Sie erklären, daß die Partei eine ultralinke Gewerkschaftspolitik durchführe und daß unserem Tageskampf die revolutionäre Perspektive genommen wird, weil die Partei keine revolutionären Übergangslösungen propagiere.

Die bisherigen Auseinandersetzungen über die Frage der „Produktionskontrolle“, wie sie die Liquidatoren verstehen, haben zur Genüge bewiesen, daß die rechte Gruppe in der jetzigen Situation in opportunistischer Weise die Losung „Produktionskontrolle“ aufstellen will und sich damit in der Richtung der reformistischen „Wirtschaftsdemokratie“ orientiert. Das bedeutet Verzicht auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats.

Im Arbeitszeitkampf in der Hüttenindustrie vor einem Jahre wollten die Rechten unter der Losung „Produktionskontrolle“ die Massen in Bewegung bringen, statt die Arbeiter zum Kampf um den Achtstundentag aufzurufen.

Das nennen die Rechten „revolutionäre Gewerkschaftspolitik“, und wer damit nicht einverstanden ist, hat „ultralinke Abweichungen“. Aber es kommt noch besser. In den Vorschlägen der Rechten für den Ruhrkampf heißt es:

„Bildung von Aktionskomitees zur Kontrolle der Schwindelangaben der Trustmagnaten über die angebliche Konkurrenzunfähigkeit... Beschlagnahme aller Geschäftspapiere und Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses.“

Offenbar ist das Elend der Ruhrarbeiter nach Meinung der Rechten noch nicht groß genug, sondern man muß die Berechtigung der Arbeiterforderungen aus den Geschäftspapieren der Thyssen und Co. beweisen. Statt der Bildung von Betriebs- und Gebietskampforganen, die die Geschlossenheit der revolutionären

Kampffront sichern, die Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen mobilisieren, die Sabotage der christlichen und reformistischen Führer brechen, den Streikbruch verhindern und die Hilfe für die besonders notleidenden Klassengenossen organisieren, wollen die Rechten das Augenmerk der Arbeiter auf eine Diskussion über die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses ablenken und in den Papierchen der Geschäftsleitungen herumkramen. Zugleich wenden sich die Rechten dagegen, daß die Unorganisierten zusammengefaßt werden. Sie vertraten auf der Konferenz die Auffassung, daß die Streikleitungen im Rahmen der Gewerkschaften gebildet werden sollen, während die Erfahrung lehrt, daß in einem einheitlichen, geschlossenen Kampf die Streikleitungen als einheitliche Kampfleitungen der Arbeiter aus gewerkschaftlich organisierten, christlichen und unorganisierten Arbeitern gewählt werden müssen. Entscheidend ist, daß revolutionäre Arbeiterelemente in die Streikleitungen gewählt werden.

Während die Vertreter der Rechten prinzipiell gegen die Linie der Komintern und der Partei kämpfen, entwickelten die Versöhnler abweichende taktische Auffassungen. Genosse Ewert erläuterte wiederum seine Stabilisierungstheorie. Er erklärte, daß es unangebracht sei, den Begriff „Stabilisierung“ durch die verschiedenen Eigenschaftswörter abzuschwächen; eine solche Einschätzung der Stabilisierung bedeute jedoch nicht eine Abschwächung der kapitalistischen Widersprüche und des Klassenkampfes. Das sagt Genosse Ewert in einer Situation, wo jeder Arbeiter die Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland und im internationalen Maßstabe erkennt. Genosse Ewert vertrat die gleiche Auffassung in den Kommissionsberatungen in Moskau, wo er auf die Frage: „Was ist denn das Neue in der Situation?“ antwortete: „Die größeren Schwierigkeiten des Kampfes.“

Während in den Fragen der politischen Linie Differenzen zwischen der Auffassung der Rechten und Versöhnler bestehen, so stimmen doch die Auffassungen beider Gruppen in den Fragen des innerparteilichen Kurses überein, wodurch die Versöhnler auch die prinzipiellen Abweichungen der Rechten begünstigen. Das geht klar aus den Abänderungsanträgen der Versöhnler zu der von der Parteikonferenz beschlossenen Resolution hervor.

Genosse Ewert verlangte die Streichung folgender Formulierungen:

„Die Parteikonferenz billigt die Stellungnahme der deutschen Delegation auf dem Kongreß und verurteilt die falsche, opportunistische Haltung der rechten und versöhnlerischen Delegationsminderheit.“

Zum Punkt 12, Absatz h dieser Resolution stellte Genosse Ewert einen Abänderungsantrag, der nur allgemein von rechten Gefahren spricht und sich damit gegen die klare Formulierung der Resolution, die das Bestehen einer rechten Fraktion feststellt, wendet. Zugleich wollte er jene Formulierungen entfernt wissen, die den systematischen Kampf für die restlose Überwindung der versöhnlerischen Gruppierungen in der Partei als eine innerparteiliche Aufgabe stellt. Genosse Ewert hat auf der Parteikonferenz offen den gruppenmäßigen Kampf gegen den Kurs der Partei angekündigt und damit am klarsten zum Ausdruck gebracht, daß die Versöhnler auch in Zukunft ihre Rolle als Wegbereiter der Rechten durchzuführen versuchen. Auch ihre formelle Zustimmung zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses auf der Parteikonferenz kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sie mit wesentlichen Beschlüssen des Kongresses nicht einverstanden sind.

Die Parteiarbeiterkonferenz hat erklärt, daß die Durchführung der politischen Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des Zentralkomitees eine gründliche Berichterstattung über die Kongreßbeschlüsse erfordern. Jedes Parteimitglied muß in seiner Zelle zu diesen Fragen Stellung nehmen. Auf der Grundlage des Programms und vor allem der politischen Thesen müssen bei der Berichterstattung vor allem folgende Fragen durchgearbeitet werden: Einschätzung der Lage, imperialistische Kriegsgefahr, Einheitsfronttaktik, Beurteilung der SPD-Politik im Zusammenhang mit den Erfahrungen des Volksbegehrens und der Wirtschaftskämpfe, Streikstrategie und -taktik, dabei besonders die Frage der Beurteilung des Reformismus, Frage der Streikleitungen, Frage der Unorganisierten, Ausschlüsse und Spaltungspolitik der Reformisten, Taktik bei den Betriebsrätewahlen. Weiterhin muß zur Lage in den Sektionen der Kommunistischen Internationale und zur Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Stellung genommen werden.

Die Behandlung all dieser Fragen muß unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der revolutionären Aktivität der Partei und der besseren Herausarbeitung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei geschehen. Es darf also nicht allgemein diskutiert werden, sondern bei jeder einzelnen Frage muß gesagt werden, welche Konsequenzen sich aus der betreffenden Analyse und Aufgabenstellung durch den VI. Weltkongreß für die konkrete praktische Arbeit ergeben.

In diesem Sinne muß in der Partei die Selbstkritik gefördert werden: nicht nur im Reichsmaßstab, sondern auch in den Bezirken, Orten und Zellen müssen konkret die bisherigen Fehler und Schwächen aufgedeckt werden. Wenn der Mitgliedschaft diese Erfahrungen ins Bewußtsein gehämmert werden, so ist das die wichtigste Voraussetzung zur Durchführung einer richtigen bolschewistischen Linie. Auf diese Art erarbeiten sich die Genossen die richtige Linie und werden befähigt, aus eigener Initiative die Beschlüsse des VI. Weltkongresses in der Tagesarbeit anzuwenden. Eine solche Entwicklung der Selbstkritik bedeutet Schulung der Parteimitgliedschaft, wirkt sich aus in der Aktivierung der Partei, dient der Überwindung opportunistischer Abweichungen und wird zur Folge haben, daß Parteifunktionäre, die nicht imstande sind, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses in die Praxis umzusetzen, die eine andere politische Auffassung haben, vor der Mitgliedschaft entlarvt und durch andere, aktive Parteifunktionäre ersetzt werden. In diesem Sinne wird die Entwicklung der Selbstkritik die Initiative von unten fördern und die Autorität der Leitungen stärken.

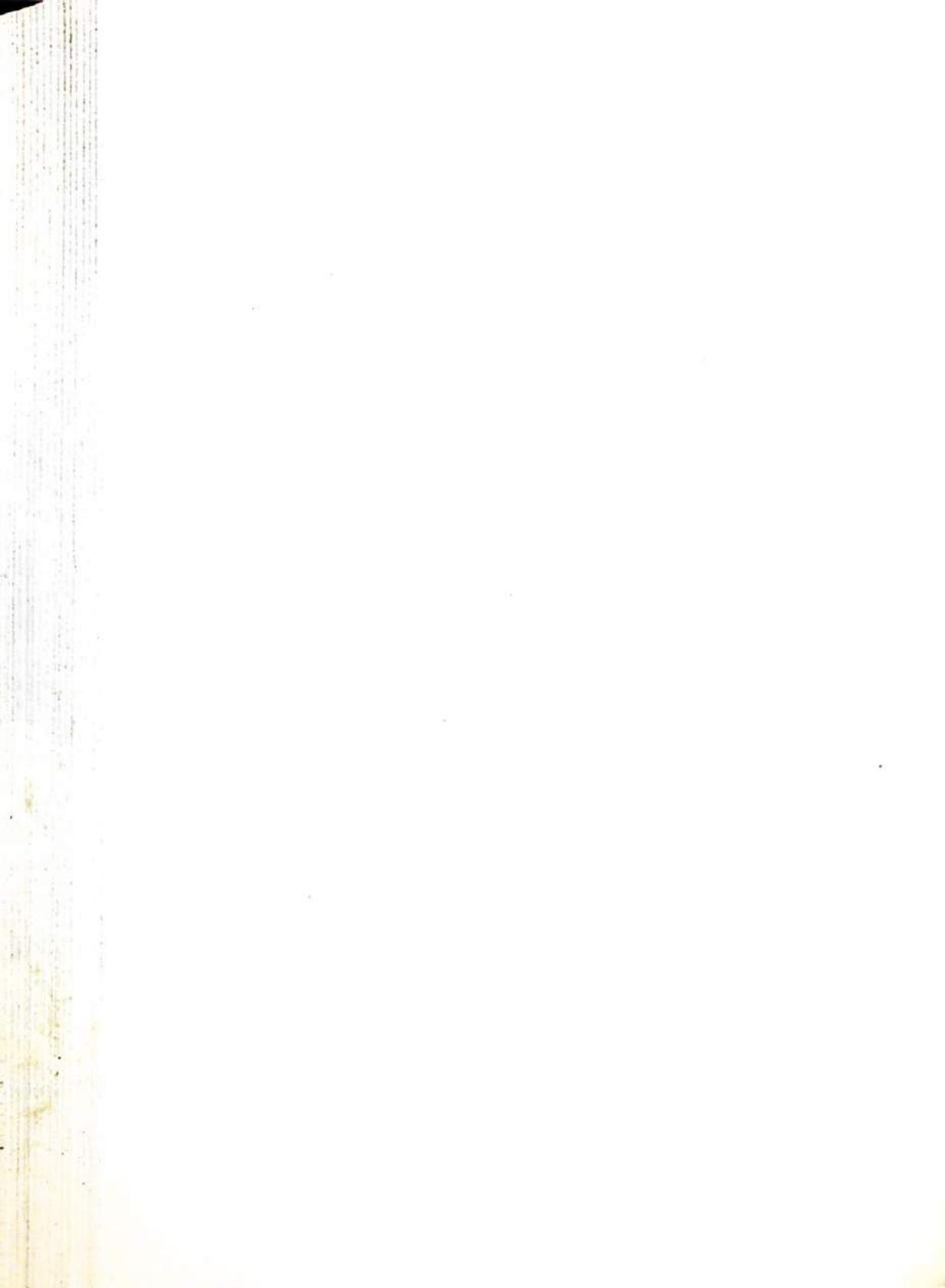
Bei dieser Berichterstattung über die Beschlüsse des VI. Weltkongresses müssen sich sowohl die Rechten wie die Versöhnler klar entscheiden. Wer auf dem Standpunkt der rechten Fraktion steht, kann keine leitende Funktion in der Partei ausüben. Auch jene Genossen, die einen versöhnlerischen Standpunkt eingenommen haben, müssen offen erklären, ob sie ihre Fehler anerkennen oder ob sie auf diesen Fehlern bestehen. Diese klare Fragestellung ist notwendig, damit im Verlauf der Berichterstattung eine möglichst weitgehende Klärung der Fragen erfolgt und auch die notwendigen organisatorischen Sicherungen getroffen werden. Denn das schleichende Gift des Opportunismus mußte sich in der

Zeit revolutionärer Aktionen katastrophal auf die Politik der Partei auswirken.

In der Periode der aufsteigenden Welle der revolutionären Bewegung und der Verstärkung der imperialistischen Kriegsrüstungen ist die Überwindung der opportunistischen Auffassungen in der Partei eine besonders wichtige Voraussetzung dafür, daß die Partei eine revolutionäre Massenpolitik durchführt und als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse ihre Aufgaben erfüllt. Das ist der Sinn der Beratungen und Beschlüsse der Reichsparteiarbeiterkonferenz.

*„Die Internationale“, Heft 22,  
15. November 1928*

Die politische und ökonomische Krise  
und der Kampf der KPD um die Aktionseinheit  
der Arbeiterklasse gegen den Faschismus  
1929–1933



## Wozu brauchen wir Selbstkritik?

Im ZK und auch auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz wurde die Anwendung der Selbstkritik im Zusammenhange mit der Berichterstattung über die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und mit den Kampferfahrungen der letzten Monate als eine wichtige Aufgabe der Parteiorganisation festgelegt. Sowohl die Presse wie die Funktionärorgane zeigen aber, daß die Massen der Funktionäre und der Parteimitglieder sowie die sympathisierenden Arbeitermassen zur Erfüllung dieser Aufgabe noch nicht in der notwendigen Weise herangezogen wurden.

Die Förderung der Selbstkritik ist besonders jetzt in der Zeit der Aktivierung der Arbeiterbewegung notwendig.

*Die Selbstkritik muß als ein Mittel angewandt werden, um die entsprechend der Veränderung der gesamten Situation notwendige Wendung in der Taktik der Partei zum Gemeingut der Massen der Parteimitglieder und der sympathisierenden Arbeiter zu machen.*

Die Erfahrungen des Ruhrkampfes haben die Konsequenzen der Koalitions- und wirtschaftsdemokratischen Politik der Sozialdemokratie besonders offenbar gemacht. Breiten Arbeitermassen ist in diesem Zusammenhang klargeworden, daß die zentrale Frage die Organisierung der proletarischen Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist. Es ist im Zusammenhang mit der prinzipiellen Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus jene Einstellung zu überwinden, die immer wieder hoffnungsvoll auf die reformistischen Führer sieht, anstatt die Massen zum Kampfe zu mobilisieren und zu organisieren.

In dieser Situation schwenken einige Parteimitglieder offen zur Sozialdemokratie über. Damit ist aber die opportunistische Gefahr in der Partei noch nicht überwunden, sondern es wurden lediglich die Führer dieser linkssozialdemokratischen Auffassung

gen aus der Partei entfernt. Diese Elemente werden auch weiterhin von außen her den Kampf gegen die Politik der Partei unter Ausnutzung der sozialdemokratischen Presse und durch Herausgabe eigener Organe führen und versuchen, die Parteimitglieder, die sich nicht durch eigene Kampferfahrungen von der Richtigkeit der Politik der Partei überzeugt haben, ins Schwanken zu bringen.

Die Selbstkritik muß also als ein Mittel angewendet werden, um die Massen der Parteimitglieder auf Grund ihrer konkreten Erfahrungen zu befähigen, aus eigener Initiative die Beschlüsse der Komintern und der Partei und die Direktive der Parteiorgane richtig anzuwenden.

Wie wenig die Gesamtpartei auf die großen Aufgaben in der gegenwärtigen Situation eingestellt ist, zeigt die ungenügende Durchführung der Solidaritätskampagne während des Ruhrkampfes. Wohl wurden die Geldsammlungen verhältnismäßig gut durchgeführt, aber die politische Massenarbeit war noch schwach.

Die Selbstkritik muß als ein Mittel zur Überwindung der Passivität und der opportunistischen Einstellungen in der Partei angewendet werden, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß viele Genossen opportunistische Auffassungen in verschiedenen Fragen vertreten, ohne sich dessen selbst bewußt zu sein. Deshalb muß die Selbstkritik konkret und positiv sein, das heißt, es muß an die konkreten Erfahrungen im Tätigkeitsbereich der Genossen angeknüpft und gesagt werden, wie die Aufgaben hätten durchgeführt werden müssen und in Zukunft durchgeführt werden sollen.

Die Erfahrungen des Ruhrkampfes, die Fragen der Schlichtungspolitik, der Tariftreue, der Bedeutung der Kampfleitungen und der Methoden zur Herstellung der proletarischen Klassenfront, der Taktik bei den Betriebsrätewahlen usw. müssen mit den Erfahrungen der Arbeiter in ihrem eigenen Tätigkeitsbereiche in Zusammenhang gebracht werden. Es ist klar, daß der größte Teil der taktischen Fehler infolge einer falschen Einschätzung des Reformismus, ungenügender Informationen über die Beschlüsse des RGI-Kongresses in der Frage der Streikstrategie usw. geschieht. Deshalb ist es wichtig, daß von der prinzipiellen Einschätzung des Reformismus und der Aufgabenstellung für die Einheitsfront-

taktik ausgegangen wird, wie sie vom VI. Weltkongreß und vom IV. RGI-Kongreß (Kampf um die Streikführung, Schlichtungswesen, Tariftreue, Frage der Unorganisierten usw.) festgelegt wurden. Den Arbeitern muß der Zusammenhang zwischen der Politik des neuen deutschen Imperialismus, der Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage und der wirtschaftsdemokratischen Propaganda der Reformisten vor Augen geführt werden, damit die Genossen in der Lage sind, im konkreten Kampfe den Arbeitern diese Zusammenhänge zu zeigen, und die Tagesagitation auf dieser prinzipiellen Basis durchzuführen.

Indem die Selbstkritik als Mittel zur Aktivierung der Partei angewendet wird, ist sie eine wichtige Voraussetzung für die Heranziehung neuer Funktionäre, für die Verbreiterung des Funktionärkörpers.

In dem Maße, wie die Initiative der unteren Organe wächst, ist es auch möglich, den Funktionärkörper zu verbreitern und immer mehr Parteimitglieder zur ständigen aktiven Parteiarbeit heranzuziehen. In manchen Städten wird es zweckmäßig sein, in diesem Zusammenhang die Zusammensetzung des Funktionärkörpers zu überprüfen und festzustellen, ob die Betriebsarbeiter entsprechend ihrer Bedeutung bei der Beratung und Durchführung der Parteaufgaben vertreten sind. Ebenso notwendig ist es, bei der Neuwahl der unteren Leitungen, die im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Weltkongreß durchgeführt werden soll, auf jeden Fall die Leitungen durch neue, aktive Funktionäre zu ergänzen.

Die Erfahrungen der letzten Kämpfe lehren, wie notwendig die lebendige Verbindung zwischen Parteileitung und Mitgliedschaft ist. Wenn die Parteileitungen dazu übergehen, den einzelnen Ortsgruppen und Zellen praktisch zu helfen, die Lehren aus der bisherigen Arbeit zu ziehen und die nächsten Aufgaben herauszuarbeiten, und wenn im Zusammenhang damit die Leitungen aufmerksam hören, wie die Zellenmitglieder über die Direktiven der Parteileitungen urteilen, dann wird auf diesem Wege nicht nur die Aktivität der Organisationen erhöht, sondern auch die Autorität der Leitungen gestärkt. Es ist zum Beispiel zweckmäßig, daß Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsgruppenleitungen Kommissionen von etwa drei Genossen bestimmen, die systema-

tisch eine Zelle nach der anderen besuchen, um mit den Genossen die Erfahrungen und Aufgaben zu besprechen.

Außer dieser konkreten innerparteilichen Entwicklung der Selbstkritik ist es notwendig, in der Öffentlichkeit diese Selbstkritik zu üben. Zum Beispiel ist es nützlich, Parteimitglieder und auch Parteilose zu veranlassen, sich in unserer Tagespresse über die Taktik der Partei im Ruhrkampf zu äußern. Das kann durch persönliche Aufforderung, aber noch besser durch öffentliche Fragestellung in der Tagespresse eingeleitet werden. Eine solche öffentliche Erörterung dieser Frage ist ein wichtiges Mittel zur Massenerziehung und damit zur Verstärkung des Einflusses der Partei. Diese Kritik der Arbeiter im positiven Sinne braucht die Partei. Diese Kritik aber hat nichts mit den Argumenten jener Kritikaster zu tun, die behaupten, daß die Partei die Gewerkschaftsarbeit vernachlässigt, und die, wenn man Beweise fordert, allgemeine Phrasen erzählen. Diese Kritik hat auch nichts mit der „Kritik“ zu tun, die behauptet, daß die Partei sich im Ruhrgebiet nicht genügend um die Gewerkschaftsarbeit gekümmert habe; denn die Betreffenden beweisen dann nur, daß sie keine Ahnung davon haben, daß gerade die Massenmobilisierung und Organisation in den Betrieben die Basis für die Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen ist. Zweifellos werden die Rechten und Versöhnler versuchen, unter der Losung der Selbstkritik ihre Plattform zu propagieren. Das wird die Partei nicht zulassen.

Die Kritik der Arbeiter, die den Zweck hat, der Partei zu helfen, Fehler zu vermeiden und die Aufgaben noch besser als bisher zu erfüllen, muß in weitestem Maße gefordert werden: die fraktions- oder gruppenmäßige Kritik bestimmter Richtungen in der Partei muß ebenso rücksichtslos bekämpft werden. Durch die Vorstöße der Rechten und Versöhnler darf sich die Partei nicht hindern lassen, jene gesunde Selbstkritik zu fördern, die ein wichtiges Mittel zur Überwindung der opportunistischen Gefahr in der Partei ist.

*„Der Parteiarbeiter“ Nr. 1,  
Januar 1929.*

## Fragen der Gewerkschaftspolitik in der KPD

Im Vordergrund der Auseinandersetzungen in der KPD über die Fragen der Strategie und Taktik steht die Frage der führenden Rolle der KPD in den Wirtschaftskämpfen. In den letzten Wirtschaftskämpfen hat die Partei mit Erfolg die Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses und des VI. Weltkongresses angewandt und in allgemein richtiger Weise neue Methoden der Massenmobilisierung und -organisation herauskristallisiert. Aber im Feuer dieser Kämpfe wurden auch die opportunistischen Abweichungen, die in unserer Partei vorhanden sind, grell beleuchtet. Im Ruhrkampf führte der Kampf der rechten Fraktion zur direkten Unterstützung der Reformisten. Die Auseinandersetzungen in der KPD, die während und nach diesem Kampf stattfanden, sind von großer Bedeutung für alle Sektionen in den Komintern, weil die Fragen der Beurteilung des Reformismus, der Einheitsfronttaktik, des Schlichtungssystems, der Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften, der Kampf um die Streikführung und die Fragen des Kampfes um das Endziel den Hauptinhalt der Auseinandersetzungen bilden.

### *Die Entwicklung der Differenzen*

Im Zusammenhang mit der rückläufigen Entwicklung des Einflusses der Partei auf die Massen und des Absinkens der Aktivität der Arbeiterklasse nach 1923 wurden die in der Partei vorhandenen opportunistischen Auffassungen vielfach durch Passivität oder auch durch scheinradikales Gerede verschleiert. Erst nach dem Essener Parteitag verschärften sich wieder offen die Auseinandersetzungen mit den Vertretern opportunistischer Abweichungen. Am klarsten kamen im Jahre 1927 die Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit der Taktik in den Wirtschaftskämpfen zum Ausdruck. In diesem Jahre der Hochkonjunktur, wo die Bourgeoisie den Arbeitern im Interesse der Lei-

stungssteigerung einige Lohnkonzessionen machte, war die Manövrierfähigkeit der Reformisten relativ größer als vordem und nachdem. Die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie waren zu dieser Zeit verhältnismäßig gering. In unserer Partei vertraten die Rechten demzufolge konsequenter als vordem ihre falschen Auffassungen über den Kampfeswillen der Reformisten und glaubten, die „linken“ sozialdemokratischen Führer gewinnen zu können. Einige Genossen in unserer Partei gaben dem Druck des Trustkapitals und des Reformismus so weit nach, daß sie sich in den Wirtschaftskämpfen oftmals mit der Politik der Reformisten solidarisierten.

Diese Genossen sahen nicht die Veränderungen in der Arbeiterbewegung, die einerseits in dem Verwachsen des reformistischen und sozialdemokratischen Apparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat und andererseits in der allmählich ansteigenden Aktivität der Arbeiterklasse ihren Ausdruck fanden. Sie sahen wohl die Steigerung der Produktion, aber sie erkannten nicht die Bedeutung der Erhöhung der Streikziffern. Einem Teil dieser Genossen sind die Kampferfahrungen der Partei in den letzten Jahren nicht bewußt geworden. Sie sind faktisch auf einer früheren Stufe der Entwicklung der Partei stehengeblieben und können nicht verstehen, daß im Zusammenhang mit der Veränderung der Lage auch eine taktische Wendung notwendig ist. In dem Maße, wie die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland vor sich ging, in dem Maße, wie unsere Partei als die führende Kraft in den Wirtschaftskämpfen in Erscheinung trat, neue Kampfmethoden ausarbeitete und als organisierende Kraft der Arbeiterklasse die proletarische Klassenfront von den Betrieben aus zusammenschweißte, wuchs auch der Widerstand der opportunistischen Elemente in der Partei bis zu den Formen der Bildung einer feindlichen Organisation innerhalb der KPD.

#### *Zur Beurteilung des Reformismus*

Schon bei der Berichterstattung über den IV. RGI-Kongreß behaupteten die Rechten, in der Arbeiterbewegung habe sich

nichts geändert. Jetzt ist in Nr. 3 von „Gegen den Strom“ (Fraktionsorgan der Rechten) dieser Gedanke folgendermaßen formuliert:

„War vielleicht der ‚oberste Gewerkschaftsapparat‘ während des Krieges und nachher bei den Spartakuskämpfen, beim Kapp-Putsch, beim großen Eisenbahnerstreik 1922 weniger als heute ‚in den Apparat des bürgerlichen Staates hineingewachsen‘?

War er bei Abschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft am 15. November 1918 weniger ‚verwachsen mit den Unternehmerorganisationen‘ als heute?

Wurden nicht 1923 von SPD- und Gewerkschaftsführern Reichswehrbanditen im ganzen Reiche gegen Arbeiter und Arbeiterregierungen eingesetzt?“

Was ist der Unterschied zwischen der Politik der Reformisten von 1914 und der von 1928? Niemand wird behaupten wollen, daß die Reformisten vor 1914 systematisch den Krieg vorbereitet haben. Ihre opportunistische Politik mußte aber unvermeidlich zur Unterstützung des Krieges führen. Die Gewerkschaften waren noch selbständige Organisationen. 1928 aber sehen wir, daß die Reformisten im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus bewußt und planmäßig die imperialistische Kriegspolitik unterstützen und den Gewerkschaftsapparat schon jetzt in den Dienst der Vorbereitung des Krieges stellen. Die opportunistische Politik ist wieder zur offenen sozialimperialistischen Politik geworden. Nicht nur Paul-Boncour und seine französischen Freunde, sondern auch die reformistischen Führer in Deutschland treffen schon heute politische und organisatorische Vorbereitungen, damit der Gewerkschaftsapparat bei Kriegsausbruch diese Rolle erfüllen kann.

Die Genossen stellen weiter die Frage des Unterschiedes zwischen der zentralen Arbeitsgemeinschaft von 1918 und der Arbeitsgemeinschaftspolitik von heute. Zweifellos haben wir es heute mit einer viel höheren Form der Kollaborationspolitik zu tun als 1918. Das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften 1918 war eine Spitzenvereinbarung von zwei Vertragskontrahenten. Die Selbständigkeit der Organisation der Gewerkschaften wurde dadurch noch nicht direkt beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit der Festigung der Macht der Bourgeoisie löste der Arbeitgeberverband

diese Vereinbarung, weil eine weitere Durchsetzung der Unternehmerforderungen mit Hilfe der Spitzenvereinbarungen nicht möglich war. Für weitergehende wirtschaftsfriedliche Vereinbarungen waren in den unteren Gewerkschaftsorganisationen noch nicht die genügenden Voraussetzungen geschaffen. Trotz konsequenter wirtschaftsfriedlicher Orientierung reichte die Kraft der reformistischen Führer noch nicht aus, die weitergehenden Forderungen des Trustkapitals in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit usw. in den unteren Gewerkschaftsorganisationen durchzusetzen.

Mit der Festigung des kapitalistischen Staatsapparates ging die Bourgeoisie zur verschärften Offensive in den Betrieben über (Aussperrungen, Differenzierung der Arbeiterklasse, Schaffung von Betriebsorganisationen — wie Betriebssport- und Betriebskonsumvereine usw. — und Korrumpierung der Betriebsräte). Zugleich war die Bourgeoisie bestrebt, alle Teile des Gewerkschaftsapparates — also nicht nur die oberen Spitzen — an den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat zu ketten. Während früher die Reformisten die Verantwortung für die Schiedssprüche dem Schlichter oder dem Arbeitsminister zuschoben und vor den Arbeitermassen ein scheinradikales Gesicht zeigten, sind sie jetzt gezwungen, die volle Verantwortung für die Hungerschiedssprüche vor der Gesamtarbeiterschaft zu übernehmen. Noch mehr als bisher werden demzufolge die Reformisten die Kündigung der Tarifverträge verhindern und als Werkzeuge der Unternehmer gegen die Arbeiterforderungen auftreten. Der Charakter der Mitarbeit der Reformisten im kapitalistischen Staatsapparat und das Wesen der wirtschaftsdemokratischen Politik kommen am klarsten in einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 20. Juni 1928 zum Ausdruck, das sich mit der Frage des Betriebsrisikos beschäftigt. Dort heißt es:

„Der Arbeitnehmer ist nicht mehr ein bloßes Werkzeug des Arbeitgebers, sondern ein lebendiges Glied der zwischen diesem und der Arbeitnehmerschaft bestehenden Arbeitsgemeinschaft... Wer aber für den Betrieb mit einzustehen hat, muß selbstverständlich auch für die Nachteile eintreten, die sich aus ihm ergeben.“

Hier wird klar und deutlich gesagt, daß die Arbeiter im Namen der Wirtschaftsdemokratie die „Nachteile“, die im Betriebe ein-

treten, mittragen müssen, das heißt, es entspricht der „demokratischen Ordnung“, daß die Ausbeutung gesteigert wird, denn der Arbeiter ist angeblich nicht mehr ein „Werkzeug des Arbeitgebers“, sondern er darf mit dem Unternehmer zusammen beraten, wie er am besten ausgebeutet wird.

Wir sehen also, daß sich in den letzten zehn Jahren insofern eine Veränderung innerhalb des Reformismus vollzogen hat, als nicht nur die oberen Spitzen arbeitsgemeinschaftliche Politik treiben, sondern im Zeichen der „Demokratie“ auch der reformistische Apparat zu einem Bestandteil des kapitalistischen Machtapparates geworden ist. Daraus ergeben sich Konsequenzen für unsere Gewerkschaftspolitik. Wenn die Möglichkeit der Kampfführung durch die reformistischen Gewerkschaften immer geringer wird, dann ist es um so nötiger, daß die Opposition selbständig die Kämpfe vorbereitet und führt und ihre Arbeit in den Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel der Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für diese revolutionäre Kampfführung leistet.

Wenn die Rechten weiter sagen, zwischen der sozialdemokratischen Politik von 1918, 1919 und jetzt bestehe kein Unterschied, so ist das auch ein Irrtum. Im Gegensatz zu 1918, wo die Zeitfreiwilligen und ähnliche Truppen die Hauptstützen der Noske-Politik waren, sind jetzt vor allem Arbeiterorganisationen die Träger dieser Politik (Gewerkschaften, Sportorganisationen). Ebenso wie die reformistischen Führer offen Streikbruch betreiben, so geht das Reichsbanner dazu über, Schulter an Schulter mit der Schutzpolizei die Streikbrecher zu schützen und mit Gummiknüppel und Revolver gegen demonstrierende Arbeiter zu kämpfen. Der sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsapparat ebenso wie das Reichsbanner werden jetzt bewußt und planmäßig in inniger Zusammenarbeit mit den Staatsorganen gegen die kämpfenden Arbeiter eingesetzt. Wer dies nicht sieht, kann weder den Hamburger Gewerkschaftskongreß noch den Kieler Parteitag der Sozialdemokratie richtig beurteilen. Das Charakteristische dieser Kongresse besteht eben darin, daß offen ausgesprochen und programmatisch festgelegt wurde, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unentbehr-

liche Bestandteile des kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparates sind. Durch das „Eindringen“, also durch das Verwachsen mit dem kapitalistischen Wirtschaftsapparat, glauben die Reformisten die Arbeiterforderungen durchsetzen zu können, während in Wirklichkeit die früheren Klassenorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, zu einem Bestandteil der kapitalistischen Staatsmacht werden.

Einige Genossen der Versöhnlergruppe geben gewisse Veränderungen im Reformismus zu, bestreiten aber die Veränderungen in der Gesamtlage in Deutschland. Diese Genossen sehen fast nur die Steigerung der Produktionsziffern, sie sehen aber nicht die Erhöhung der Streikziffern in den letzten zwei Jahren und die unerhörte Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter. Gerade im Zusammenhang mit der Erhöhung der Produktionsziffern und der Notwendigkeit des deutschen Kapitalismus, im Kampf um den Weltmarkt seine imperialistische Aktivität zu steigern, ist die Offensive der Bourgeoisie verschärft gegen die Arbeiter durchgeführt worden. Es ist eine Veränderung der Klassenkräfte in Deutschland zu verzeichnen, die in der schärferen Herausbildung der Klassenfronten ihren Ausdruck findet: auf der einen Seite der „Dreibund“ Bourgeoisie — Staatsmacht — reformistische Bürokratie und auf der anderen Seite die klassenbewußten Arbeiter. An Stelle der Passivität der Arbeiter im Jahre 1926 ist in den Jahren 1927 bis 1928 die steigende Aktivität der Arbeiter getreten, der Widerstand gegen die Offensive der Unternehmer wurde immer größer und entwickelte sich im Ruhrkampf bis zu einer teilweisen Entfaltung der Gegenoffensive der Arbeiter gegenüber der Aussperrungsoffensive der Unternehmer. Diese Tatsache fand in der Bildung von Kampfleitungen während des Ruhrkampfes ihren Ausdruck. Dieser Übergang zur selbständigen Kampfführung unter Leitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition charakterisiert die gegenwärtige Phase der Entwicklung in Deutschland.

Wer alle diese Veränderungen nicht sieht, muß notwendigerweise zu einer falschen Anwendung der Einheitsfronttaktik und zu einer falschen Taktik im Kampfe gegen die Spaltungspolitik der Reformisten kommen.

## *Die Anwendung der Einheitsfronttaktik*

In den politischen Thesen des IV. RGI-Kongresses wird im Absatz XI gesagt:

„Somit tritt in den Vordergrund die Einheitsfront von unten her ... Die Hauptsache ist, daß wir, je stärker die revolutionären Verbände und Minderheiten sind, je mehr Arbeiter sie zu organisieren verstehen, desto rascher der Verwirklichung der Einheit näher kommen.“<sup>1</sup>

In dem oben angeführten Zitat aus den RGI-Thesen wird klar gesagt, daß in den Ländern mit gespaltener Gewerkschaftsbewegung die revolutionären Verbände gestärkt werden müssen, selbstverständlich muß aber auch in den freien, christlichen oder faschistischen Gewerkschaften, soweit sie Arbeitermassen umfassen, die Opposition organisiert werden, um auf diesem Wege die Voraussetzungen für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zu schaffen. Es ist eine lächerliche Unterstellung, wenn von den Rechten behauptet wird, daß die Beschlüsse des RGI-Kongresses den Verzicht auf eine erfolgreiche Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften bedeuten. Durch ein solches demagogisches Manöver wollen diese Leute nur verschleiern, daß sie gegen die führende Rolle der Roten Gewerkschaftsinternationale sind. In dieser Formulierung kommt zugleich zum Ausdruck, daß nach Meinung der betreffenden Genossen die internationale Gewerkschaftseinheit auch auf einer anderen Basis hergestellt werden könne als auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie glauben also entweder, daß die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auf dem Verhandlungswege von der Notwendigkeit der internationalen Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes überzeugt werden können, oder sie wollen, daß die Gewerkschaften der UdSSR und die Roten Gewerkschaften bedingungslos (also ohne internationalen Gewerkschaftskongreß) unter vorheriger Liquidierung der Roten Gewerkschaftsinternationale der Amsterdamer Internationale beitreten.

<sup>1</sup> „Protokoll über den IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale“, Berlin 1928, S. 531.

In den Wirtschaftskämpfen kommt die falsche Stellung zur Einheitsfronttaktik in der Losung „Zwingt die Bonzen!“ zum Ausdruck. An die Stelle des Appells an die Massen und der Kampfvorbereitung in den Betrieben unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition setzten diese Anhänger der rechten Fraktion den leeren Appell an die reformistischen Führer. Sowohl die Rechten wie auch die Versöhnler wollten auf dem VI. Weltkongreß verhindern, daß die Losung „Zwingt die Bonzen!“ verurteilt wird. Während die Rechten positiv für diese Losung eintraten, waren die Versöhnler der Meinung, daß man diese Losung von Fall zu Fall in „richtiger Weise“ anwenden müsse. In der Praxis wenden sie diese falsche Losung ebenso an wie die Rechten, indem sie in Situationen des offenkundigen Verrates der Reformisten diese Leute auffordern, den Streik vorzubereiten.

Das Wesen dieser rechten und versöhnlerischen „Einheitsfronttaktik“ besteht darin, Forderungen an die Reformisten zu stellen und abzuwarten, bis die Reformisten sie verraten und die Arbeiterfront zersetzt haben, um nachher diesen Verrat festnageln zu können. Die Taktik der Gewerkschaftsopposition wird also in entscheidendem Maße von den Maßnahmen des Gegners abhängig gemacht. Durch diese Methode gelingt es wohl, den Verrat der Reformisten jedesmal zu registrieren, aber es gelingt nicht, die Forderungen zu erkämpfen. Deswegen werden die Arbeiter bei einer solchen falschen Anwendung der Einheitsfronttaktik erklären: Ihr Kommunisten protestiert zwar richtig gegen die reformistische Niederlagenstrategie, aber praktisch tut ihr auch nichts anderes.

Gegenüber den Illusionen der Rechten, durch Resolutionen die Reformisten zur Änderung ihrer Taktik zu zwingen, muß die Partei eine solche Politik durchführen, daß die Losungen und die Taktik der Partei zu den Losungen und zur Taktik der Arbeitermassen werden. Die Hauptaufgabe ist also die Organisation der geschlossenen Kampffront der Arbeiter. In Situationen, wo die Reformisten durch Manöver die Arbeiter irreführen wollen, ist es zuweilen nützlich, daß Belegschaftsversammlungen oder Gewerkschaftsorganisationen oder Kampfleitungen in Briefen an die Gewerkschaftsleitungen offen gegen diese Politik Stellung nehmen, sagen, was die Arbeiter tun müssen, und bestimmte

Forderungen an die Gewerkschaften stellen. Nur wenn die Vorschläge mit der Kritik der reformistischen Politik verbunden sind, wird der Eindruck vermieden, als ob die Körperschaft, welche den Brief verfaßt hat, Illusionen über die reformistische Politik propagiert. Niemals dürfen solche Briefe in Situationen geschrieben werden, wo die Reformisten für jeden Arbeiter sichtbar Verrat üben, wo es also gilt, die Arbeiter auf Grund dieser Erfahrungen zu bestimmten Schlußfolgerungen zu veranlassen (Weiterführung des Kampfes gegen die Gewerkschaften, Austritt aus der SPD usw.). Ebenso ist es unzulässig, in solchen Briefen Forderungen an die Reformisten zu stellen, die prinzipiell im Widerspruch zur reformistischen Linie stehen. (Es war deshalb falsch, gegen Ende des Ruhrkampfes in einem Brief der Kampfleitungen an die Gewerkschaftsleitung die Forderung des Generalstreiks zu stellen.) Das würde die Illusion erwecken, als ob bei entsprechendem Druck der Arbeiter die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsführer doch Führer des Klassenkampfes werden können.

Die Reformisten versuchen alles, um die Arbeiterfront zu zersetzen, weil das die Voraussetzung für die Anerkennung der Schiedssprüche, für die Verhinderung und Abwürgung von Streikbewegungen ist. Dabei sind die Reformisten bestrebt, die christlichen, freigewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Das muß durch Mobilisierung und organisatorische Erfassung der Unorganisierten, durch die Entfaltung der Kampfkraft der Unorganisierten verhindert werden, damit auch von dieser Seite ein Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Richtung der Herstellung der einheitlichen Kampffront ausgeübt wird.

In der jetzigen Phase der Entwicklung muß also die Einheitsfronttaktik in der Weise angewendet werden, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition an die Massen der organisierten und unorganisierten Arbeiter appelliert und von den Betrieben aus Einheitsfrontorgane in Form von Kampfleitungen, Streikleitungen usw. organisiert, die, gebietsweise zusammengefaßt, die Klassenfront der Arbeiter gegen den Dreibund von Trustkapital, reformistischer Bürokratie und Staatsmacht bilden und den Kampf führen.

## *Zum Kampf gegen das Schlichtungssystem*

Der Kampf gegen das Schlichtungssystem richtet sich gegen die kapitalistische Staatsgewalt; er gibt die Möglichkeit der Überleitung des ökonomischen Kampfes zum politischen Kampf. In der Periode der relativen Stabilisierung muß die Partei den Kampf gegen das Schlichtungssystem als Mittel zur Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt führen und auf Grund der Erfahrungen der Schlichtungspolitik den Arbeitern das Wesen der kapitalistischen Staatsmacht und der Koalitionspolitik zum Bewußtsein bringen.

Durch das Schlichtungssystem sollen die Arbeiter daran gehindert werden, das Kräfteverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten zu ändern und günstige Kampfsituationen auszunützen. Die Anerkennung des Schlichtungssystems und der Schiedssprüche bedeutet den Verzicht auf jede offensive Politik gegen die Unternehmer. Durch Unterordnung unter das Schlichtungssystem werden die Maßnahmen der Gewerkschaften von der Politik der Schlichtungsinstanzen abhängig gemacht, die nur ausführende Organe der Politik der Regierung und des Finanzkapitals sind. Wer das Schlichtungssystem unterstützt oder den Kampf dagegen abschwächt, indem er in illusionärer Weise versucht, dieses System „auszunützen“, der ist gegen die Rolle der Gewerkschaften als Klassenkampforgane.

Die Bourgeoisie wendet das Schlichtungssystem an, um mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik durchzusetzen und dabei zugleich die Gewerkschaften gerade durch ihre Mitverantwortung für die Hungerschiedssprüche vor den Massen zu diskreditieren. Die Anwendung des Schlichtungssystems zur Schwächung der Gewerkschaften hat für die Unternehmer ähnliche Bedeutung wie die Schaffung von gelben Betriebsorganisationen oder der Abschluß von Betriebsvereinbarungen zur Zersetzung der Arbeiterfront. Während die Arbeiter bei Anerkennung der Schiedssprüche im Namen der Gesetzlichkeit und der Tariftreue geknebelt sind, haben die Unternehmer, die Besitzer der Produktionsmittel, jederzeit die Möglichkeit, durch Änderung der Akkordbedingungen usw. die Bestimmungen der Tarifverträge tatsächlich zu durchbrechen. Die

größte Bedeutung hat das Schlichtungssystem für die Arbeiter der entscheidenden Industrien. Um Bewegungen in diesen Industrien zu verhindern, hat bei den Tarifverhandlungen die kapitalistische Staatsmacht am schärfsten und offensichtlichsten das Schlichtungssystem im Interesse der Unternehmer angewandt.

Die „linken“ Sozialdemokraten glauben, das Schlichtungssystem „ausnützen“ zu können. In Wirklichkeit stellen sie sich durch die Mitarbeit in den Schlichtungsinstanzen in den Dienst der kapitalistischen Hungerpolitik gegen die Arbeiter. Mag der Schiedsspruch eine noch so hohe Lohnzulage enthalten, er wird stets unterhalb des wirklichen Kräfteverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern bleiben. Wenn ein Schiedsspruch gefällt würde, der dem konkreten Kräfteverhältnis entspricht, so würden die Unternehmer gegen diesen Schiedsspruch trotz aller gesetzlichen Bestimmungen kämpfen, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu ändern. Es ist also unmöglich, in den Verhandlungen der Schlichtungsinstanzen etwas für die Arbeiter herauszuholen.

Die Teilnahme an den Schlichtungsverhandlungen gibt auch nicht die Möglichkeit, die Arbeitermassen zu mobilisieren. Nur durch Entfaltung der Kampfkraft der Arbeiter können die Forderungen durchgesetzt werden. In den Fällen, wo unter dem Druck der Arbeiter von den Schlichtern Konzessionen gemacht werden müssen, kann zumindest derselbe Erfolg — meistens aber ein größerer — auch in direkten Verhandlungen zwischen Vertretern der Streikleitung und der Unternehmer erreicht werden. *Wir kämpfen also prinzipiell gegen das Schlichtungssystem, weil jede Schlichtungsverhandlung eine direkte Unterstützung der Unternehmer durch die Organe des Staates bedeutet und die Schiedssprüche in allen Fällen gegen die Arbeiterinteressen gerichtet sind.*

Wir Kommunisten kämpfen prinzipiell gegen das Schlichtungssystem, indem wir die Massen für die Nichtanerkennung der Schiedssprüche, gegen die Tariftreue, für die Weiterführung der Bewegungen trotz Schlichtungsdiktat und trotz Schlichtungsvereinbarung zwischen Unternehmern und Reformisten mobilisieren. Wir nutzen alle Mittel aus, um dieses Schlichtungssystem zu

diskreditieren und die Arbeiter dafür zu gewinnen, daß sie sich für die Nichtbeteiligung an den Schlichtungsverhandlungen und für die Nichtanerkennung der Verhandlungsergebnisse entscheiden. Es kann nur insofern ein Ausnahmefall eintreten, als bei einer kommunistischen Mehrheit in einer Gewerkschaftsorganisation entgegen dem Willen der revolutionären Führung nach langer Kampfdauer die Mehrheit der Arbeiter die Teilnahme an den Schlichtungsverhandlungen beschließt. Aber auch in einem solchen Ausnahmefall würde die eventuelle Teilnahme nur geschehen, um dieses Schlichtungssystem zu diskreditieren und sein Wesen vor den Arbeitern zu enthüllen. Niemals dürfen Kommunisten von sich aus einem Schiedsspruch zustimmen.

Die rechte Gruppe in der Partei ist mit dieser Taktik nicht einverstanden. Sie glaubt, ebenso wie die Reformisten, das Schlichtungssystem „ausnützen“ zu können. Die Genossen haben also offensichtlich Illusionen über die Möglichkeit der Beeinflussung der Organe des kapitalistischen Staates im Interesse der Arbeiter. Sie sehen nicht, daß durch eine solche Orientierung die reformistische Agitation unterstützt und unser prinzipieller Kampf gegen den kapitalistischen Staat zumindest verschleiert wird. Während die Anhänger der Brandler-Gruppe offen für die Ausnützung des Schlichtungswesens eintraten, eröffneten die Genossen von Galm bis Ewert nach dem RGI-Kongreß eine Offensive gegen die prinzipiell und taktisch richtige Stellungnahme der Gewerkschaftsabteilung des ZK zur Schlichtungsfrage. Das geschah zu derselben Zeit, wo die Gewerkschaftsabteilung den Kampf gegen die opportunistische Politik leitender kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre in der Schlichtungsfrage führen mußte. Die Genossen erklärten, daß unser Kampf gegen das Schlichtungssystem überspitzt und mechanisch geführt werde. In Wirklichkeit wollten die Genossen durch Hervorhebung der Ausnahmefälle, in denen sich Kommunisten an Schlichtungsverhandlungen über Gesamtstreitigkeiten beteiligen können, zur Regel machen und damit unsere prinzipielle Stellungnahme zumindest abschwächen. Diese Vorstöße der Genossen um Ewert im ZK der KPD waren der Ausdruck für den Einfluß der Rechten unter den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären.

## *Zur Arbeit in den Gewerkschaften*

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Berichterstattung über den RGI-Kongreß enthüllten die Rechten am klarsten ihre Stabilisierungsideologie und ihren Organisationsfetischismus gegenüber dem reformistischen Apparat. In einer Zeit, wo es notwendig war, die führende Rolle der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der Vorbereitung und Führung der Arbeiterkämpfe herauszuarbeiten, stellten die Rechten die Frage in den Vordergrund: „Wann soll man nicht kämpfen?“ Die Rechten traten als Repräsentanten der passivsten Stimmungen in Teilen der Arbeiterschaft auf. Wenn die Rechten vorstoßen, können die „Duldsamen“ nicht schweigen. Während sich die Partei bemühte, neue Kampfmethoden zu entwickeln, philosophierten die Anhänger der Ewert-Gruppe über „Tendenzen zur falschen Durchführung der RGI-Beschlüsse“. Den Beweis für diese Behauptung blieben sie schuldig. Tatsächlich unterstützten sie aber die falsche Gewerkschaftslinie der Rechten, indem sie die Beschlüsse des RGI-Kongresses verschleierten, bei der Berichterstattung die Hauptfrage, die Methoden des Kampfes um die Streikführung, nicht herausarbeiteten und nicht den Kampf gegen die rechte Gefahr als Hauptgefahr führten.

Die ganze Tiefe der Differenzen zwischen der rechten Fraktion und der Partei in der Gewerkschaftsfrage kommt im Leitartikel des Fraktionsorgans der Rechten, „Gegen den Strom“ Nr. 3, zum Ausdruck.

In einer Situation, wo die reformistischen Gewerkschaften gehorsam die Direktiven des sozialdemokratischen Parteivorstandes durchführen, wo sie als Wahlapparat der SPD tätig sind und eine der wichtigsten Stützen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik bilden, erklären die Rechten, daß die Gewerkschaften durch die KPD nicht bevormundet werden dürfen. Da wir nicht die Mehrheit in den Gewerkschaften haben, bedeutet dieses ganze Gerede, die Partei solle sich nicht in einer solchen Weise um die Führung der Wirtschaftskämpfe kümmern, wie sie das jetzt, und nach unserer Meinung sogar nicht genügend, tut. Eine solche „kommunistische“ Gewerkschaftsarbeit könnte den Reformisten sehr gefallen.

Diese Auffassung über die Rolle der Partei in den Wirtschaftskämpfen wurzelt in einer falschen Einschätzung des Reformismus und der Rolle der Partei. Die Rechten glauben noch immer, daß der reformistische Gewerkschaftsapparat Kämpfe führen kann. In Wirklichkeit stellen sich die Reformisten höchstens an die Spitze einer Bewegung, um sie abzuwürgen. Im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Koalitionspolitik weigern sich die Reformisten, Tarife zu kündigen, oder wenn das doch unter dem Druck der Arbeiter geschieht, so stellen sie Forderungen auf, die nicht den Interessen der Arbeiter entsprechen. Gewerkschaftsversammlungen finden nur selten statt, und oftmals wird in den Gewerkschaftsveranstaltungen die Diskussion verhindert, die Verlesung und Abstimmung der oppositionellen Resolutionen verweigert, die Kommunisten werden ihrer Funktionen enthoben oder ausgeschlossen. Was ist dagegen zu tun?

Darauf antworten die Rechten in dem genannten Aufsatz, die Streikführung solle auch künftighin Sache der Gewerkschaftskörperschaften sein. Diese Körperschaften sind in allen wichtigen Bewegungen Hauptvorstand und Bezirksleitung. Wir sollen also abwarten, bis entweder diese reformistischen Bonzen gewillt sind, Kämpfe zu führen, oder bis sie verjagt sind. Den Rechten kann aber nicht unbekannt sein, daß die reformistischen Führer eher die Gewerkschaften zerspalten und zerschlagen, als daß sie ihre Positionen aufgeben.

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß die wichtigsten Leitungen der großen Gewerkschaften auf anderem Wege als mit den Mitteln der revolutionären Gewalt verjagt werden können. Deshalb ist es notwendig, daß angesichts des immer festeren Verwachsens des reformistischen Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen Organisationsapparat zur Vorbereitung und Führung der Wirtschaftskämpfe schafft. Das bedeutet nicht etwa Verzicht auf die Arbeit in den Gewerkschaften, sondern im Gegenteil, gerade diese selbständige Führung von Kämpfen entgegen den Gewerkschaften erfordert eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften, unter den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben, um diese Arbeiter für die revolutionäre Kampf Stimmung zu gewinnen.

Ihre falsche Politik versuchen die Rechten mit den Richtlinien der zweiten Orgberatung des EKKI zu begründen. Dort wird gesagt:

„Die kommunistischen Fraktionen arbeiten mit aller Energie dafür, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder unter ihren Einfluß zu bringen. Diese kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollzieht sich im Rahmen des Statuts und der Beschlüsse der betreffenden Gewerkschaften.“

Der erste Satz ist eine Selbstverständlichkeit. Der Inhalt des zweiten Satzes wird von den Rechten im Sinne des primitivsten reformistischen Organisationsfetischismus interpretiert. Durch diese Formulierung der Richtlinien sollte der Auffassung von Genossen, die zur Zeit der Ruth-Fischer-Zentrale die Anerkennung der Gewerkschaftsstatuten ablehnten, entgegengewirkt werden. Es ist selbstverständlich, daß wir die Statuten der Gewerkschaften anerkennen, uns aber dadurch in keinem Falle an der Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter hindern lassen dürfen.

Wir Kommunisten arbeiten in den Gewerkschaften, um im Interesse des proletarischen Klassenkampfes für die Diktatur des Proletariats die Masse der Gewerkschaftsmitglieder unter unseren Einfluß zu bringen. Die Gewerkschaften sollen Schulen des Klassenkampfes sein. Die Kommunisten müssen demzufolge nicht nur in den Gewerkschaften Agitation treiben, sondern müssen im Kampf gegen die Tagesnöte der Arbeiter als aktive Vorhut ihre revolutionäre Pflicht erfüllen. Nur dadurch ist es möglich, den Einfluß der Opposition zu stärken.

Dem setzen die Reformisten aktiven Widerstand entgegen, so daß entgegen den Gewerkschaftsstatuten und entgegen den Beschlüssen der reformistischen Instanzen die Kommunisten die Arbeiterkämpfe organisieren und führen müssen. Wenn die revolutionäre Opposition das nicht tut, so unterscheidet sie sich nicht von den Reformisten und würde sich selbst liquidieren. Es ist eine Tatsache, daß die Gewerkschaften heute Schulen des Reformismus sind. Wir können deshalb nicht eine allgemeine Werbearbeit für die Gewerkschaften durchführen, sondern müssen für die Opposition in den Gewerkschaften werben. Genosse Ewert erklärte demgegenüber in der Diskussion in Moskau:

„Jede Stärkung der Gewerkschaften ist ein Fortschritt in der Organisiertheit der Arbeiter und damit im Klassenkampf.“

Genosse Ewert meint, daß schon die größere Organisiertheit der Arbeiter, die zahlenmäßige Stärkung der Gewerkschaften, ein Fortschritt sei. Das ist eine mechanische Organisationsauffassung. Eine zahlenmäßige Stärkung der Gewerkschaften zeigt wohl eine Aktivierung der Arbeiter, bedeutet aber unter den jetzigen Verhältnissen der reformistischen Diktatur noch keine Förderung des Klassenkampfes. In diesem Falle schlägt eben die Quantität nicht zwangsläufig in Qualität um, weil die Demokratie in den Gewerkschaften eingeschränkt und beseitigt ist.

Wir sind deshalb nicht für eine zahlenmäßige Stärkung des gewerkschaftlichen Organisationskörpers an sich, sondern für die Stärkung der Gewerkschaften als Klassenkampforgane, das heißt, wir sind für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Viele Arbeiter werden nur in die Gewerkschaften eintreten, wenn man ihnen beweist, wie notwendig es ist, in der Gewerkschaftsorganisation die Opposition zu unterstützen, damit auch die übrigen Arbeiter für die Opposition gewonnen und möglichst viele Funktionen der unteren Organisation durch revolutionäre Arbeiter besetzt werden.

*Die Kommunistische Partei wird die Arbeit in den Gewerkschaften noch verstärken müssen, aber nicht etwa deshalb, weil der ADGB eine Klassenkampforganisation ist, sondern weil in den Gewerkschaften Arbeitermassen organisiert sind, die im Interesse der Durchführung unserer revolutionären Aufgaben für unsere Klassenkampfpolitik gewonnen werden müssen.*

#### *Durch List zur Macht?*

Die oben geschilderten prinzipiellen Auffassungen der Anhänger der rechten Fraktion stimmen in ihrem Wesen mit den Fehlern im Jahre 1923 überein. Der Ausgangspunkt der damaligen opportunistischen Politik war die falsche Einschätzung der Sozialdemokratie, die Blockpolitik mit den sozialdemokratischen Führern, der Verzicht auf die führende Rolle der Kommunistischen Partei und der Glaube, durch eine „Arbeiter- und Bauern-

regierung", die eine Koalition von Sozialdemokraten und Kommunisten darstellt und die sich nicht auf die politischen Arbeiterräte stützt, den Kampf um die Macht führen zu können.

Die gleichen falschen Auffassungen hat Brandler in seinem Aktionsprogramm wiederholt. In diesem Aktionsprogramm ersetzt Brandler den Kampf um die Diktatur des Proletariats durch „Übergangslösungen“ wie: Kontrolle der Produktion (ohne diese Lösung mit der Bewaffnung des Proletariats und der Schaffung politischer Arbeiterräte zu verbinden), Schaffung der Miliz und anderes. Das Wesen dieses Aktionsprogramms besteht darin, durch Verschleierung des kommunistischen Endziels, mit den Mitteln der List die Arbeiter zum Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bewegung zu bringen. Diese Methode der Überlistung der Arbeiter zeigte sich auch in der Art, wie die Rechten im Ruhrkampf die „Fortzahlung der Löhne“ als Übergangslösung zum politischen Machtkampf stellten.

Die Erfahrungen des Ruhrkampfes lehren, daß die Partei durch ihre klare und zielbewußte Politik breite Arbeitermassen im Kampfe führte, während die Losungen und taktischen Maßnahmen der Rechten mit denen der Reformisten übereinstimmten. Indem die Rechten im Ruhrkampf versuchten, die Prinzipien und die Politik, insbesondere aber die leninistische Linie unserer Gewerkschaftsarbeit zu liquidieren, haben sie sich selbst außerhalb der Reihen der KPD gestellt.

*„Die Kommunistische Internationale“, Heft 3,  
16. Januar 1929.*

## Zehn Jahre Kampferfahrungen der KPD

Wie die Komintern, so blickt die KPD, eine ihrer stärksten Sektionen, auf zehnjährige Kampferfahrungen zurück. Unter Führung der Kommunistischen Internationale haben zehn Jahre der Anwendung der Grundsätze und der Taktik des Leninismus unsere Partei zu einer revolutionären Massenpartei gemacht.

Die Gründung der KPD am 30. Dezember 1918 war das wichtigste Ereignis der bisherigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es wurde der Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen. Damit war der Grundstein zu einer revolutionären Massenpartei gelegt, die kraft ihrer Prinzipien und ihrer revolutionären Taktik die Fähigkeit entwickelt, Millionenmassen des Proletariats im Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen.

Die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgte viel zu spät. Obwohl schon in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie infolge ihrer ungleichen sozialen Basis und der starken kleinbürgerlichen Einflüsse unmöglich die Arbeitermassen zum Kampf für den Sturz der Bourgeoisie führen konnte, bewegte sich die damalige Opposition im Rahmen der Partei. Als die Interessen der kleinbürgerlichen Elemente in der Partei über die der proletarischen die Oberhand bekamen, was sich im Sieg des Revisionismus und in der Politik des 4. August 1914 ausdrückte, zeigte sich besonders verhängnisvoll die Schwäche des linken Flügels, der nicht rechtzeitig die Notwendigkeit der Spaltung der SPD erkannte. Als Lenin 1914 den ersten Bericht über die Lage in Deutschland erhielt, war seine erste Frage, ob der organisatorische Bruch mit dem Menschewismus vollzogen und die Spaltung der Partei nunmehr durchgeführt werde. Aber erst Jahre später, nach dem Verrat von SPD und USPD, konstituierte sich die Spartakusgruppe als selbständige Partei.

Ebenso wie die Entwicklung der Kommunistischen Internationale im ganzen, so vollzog sich auch die Entwicklung unserer

Partei im Kampf gegen zwei Hauptabweichungen: erstens im Kampf gegen die Kapitulationspolitik der Sozialdemokratie und zweitens gegen die Isolierung der Kommunistischen Partei von den Massen, gegen die sektiererische Politik. Der Kampf gegen diese Abweichungen, gegen die eine oder die andere Gefahr, hatte, je nach den objektiven Verhältnissen und den Kampferfahrungen der Partei, größere oder geringere Bedeutung. Diese Abweichungen wurzeln in der verschiedenen sozialen Lage und den verschiedenen Erfahrungen der Arbeiter. Die Entwicklung einer arbeitervaristokratischen Schicht, die Differenzierung in der Arbeiterklasse infolge der Differenzierung der Arbeitsbedingungen, die Einbeziehung kleinbürgerlicher Schichten in den Klassenkampf, der Zuzug vom Lande sowie der ständige Druck der bürgerlichen Ideologie, wie er besonders im Reformismus zum Ausdruck kommt, all das muß sich notwendigerweise in der Kommunistischen Partei auswirken. An Wendepunkten im Klassenkampf wirken sich diese Ursachen in fraktionellen Gruppierungen aus, die versuchen, die Politik der Partei in kleinbürgerlicher Richtung zu ändern.

Das Charakteristische aller dieser Strömungen war ihre Kapitulationspolitik. 1921 verurteilten die Levi und Co. den heldenhaften Kampf der mitteldeutschen Arbeiter. Sie wollten, daß die Kommunistische Partei und die Arbeitermassen vor den Hörsing und Co. und der SPD zu Kreuze kriechen sollten. 1923 beschloß die Parteiführung unter Brandler und Radek den Verzicht auf den Kampf, weil die sozialdemokratische Parteiführung gegen den Kampf Stellung nahm. 1925/26 führte die Ruth-Fischer-Zentrale eine Politik der Isolierung von den Arbeitermassen durch, weil sie jedweden Glauben an den Kampfwillen der Arbeitermassen verloren hatte und, von tiefstem Pessimismus durchdrungen, vor den Schwierigkeiten der revolutionären Massenmobilisierung kapitulierte. 1928/29 zogen die Rechten die praktischen Konsequenzen aus ihren opportunistischen Auffassungen, indem sie während des Ruhrkampfes und während anderer Wirtschaftskämpfe den Reformismus unterstützten und auf der anderen Seite der Barrikade kämpften. Das Charakteristische aller dieser rechten Abweichungen und Absplitterungen ist das Bestreben der

Blockbildung mit dem Reformismus und damit die Aufgabe der Grundsätze des Kommunismus.

Während die rechten Abweichungen vor allem eine Folge der arbeiteraristokratischen und kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Einflüsse sind, wurzelt die ultralinke sektiererische Abweichung hauptsächlich in den untersten verelendetsten Schichten des Proletariats, unter den Erwerbslosen, deklassierten Mittelschichten, wurzellosen Intellektuellen und dergleichen. Die ultralinke Abweichung, die in den Jahren 1924/25 starken Einfluß in unserer Partei gewann, war die Auswirkung der ungeheuren opportunistischen Fehler im Jahre 1923 und wurde objektiv durch den Niedergang der Arbeiterbewegung, durch die Schwächung der Aktivität der Arbeiter in der schlimmsten Zeit der kapitalistischen Rationalisierung begünstigt. In erster Linie zeigte sich diese Abweichung in der Ablehnung der Einheitsfronttaktik und in der Vernachlässigung der Arbeit in den Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften.

*Was sind die Haupterfahrungen der KPD?* In den Jahren 1919 und 1920 sammelte die Partei durch eine breite Massenpropaganda die Arbeiter um das Banner des Kampfes für die Diktatur des Proletariats. Damit schuf sie die Voraussetzung für die Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei im Jahre 1920. Die Kommunistische Partei wurde zu einer Massenpartei, aber ihre Kampferfahrungen und ihre Organisation befähigten sie noch nicht, die breiten Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Anfang 1921 wandte die Partei die Methode des offenen Briefes an, indem sie durch die Massen bestimmte Kampfforderungen an ADGB und SPD stellen ließ.

Diese Taktik wurde durch die Märzaktion jäh unterbrochen. Durch militärische Besetzung des Mansfelder Gebietes provozierten die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfer die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Die Partei antwortete mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die Hörsing-Garden. Annähernd 200 000 Arbeiter standen im Kampf. So richtig es war, daß die Partei sich sofort an die Spitze der Aktion gegen die militärische Unterdrückung der Mansfelder Arbeiter stellte, so falsch war es, diesen revolutionären Verteidigungskampf als einen Offensivkampf führen zu wollen und dazu eine Offensiv-

theorie zu entwickeln, die im Widerspruch zu den realen Verhältnissen stand. Der III. Weltkongreß der Komintern hat unserer Partei geholfen, diese Fehler zu überwinden. Die Levi und Co., die den heldenhaften Kampf der mitteldeutschen Arbeiter als Putsch diskreditieren wollten, wurden ausgeschlossen. *Lenin* sagte damals in seiner Rede auf dem Weltkongreß:

„Jeden, der gegen diesen Kampf auftritt, muß man sofort ausschließen.“<sup>1</sup>

Gleichzeitig gab der Weltkongreß der Partei die Direktive: Heran an die Massen!

Auf die Niederlage der mitteldeutschen Arbeiter folgten Teilkämpfe in anderen Gebieten des Reiches für die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften. Im Zusammenhang mit der Veränderung der Lage, mit der Stärkung der Macht der Bourgeoisie und der vorübergehenden Schwächung der Kampfkraft der Arbeitermassen glaubte die Partei verschiedenfach, durch harmlos klingende Forderungen die Arbeitermassen in Bewegung bringen zu können. Manche Losungen aus der akut revolutionären Zeit (wie zum Beispiel „Produktionskontrolle“) wurden mechanisch weiter angewandt und opportunistisch entstellt. Man „vergaß“, daß die Losung „Produktionskontrolle“ im Zusammenhang mit dem Kampf der politischen Arbeiterräte als Aktionslosung aufgestellt worden war. Indem man diese Losung weiter anwandte, erweckte man die Illusion, als ob auch mit Hilfe anderer „Räte“, wie zum Beispiel der Betriebsräte, und ohne den revolutionären Sturz der Bourgeoisie die Produktionskontrolle durchgeführt werden könne. Ähnlich ist es mit der Losung der „Preiskontrolle“, die damals propagiert wurde. Das opportunistische Wesen aller dieser „Übergangslösungen“ kommt am klarsten in der Forderung der 51prozentigen Sachwerterfassung zum Ausdruck. Die Forderung: 51 Prozent der Sachwerte in den Besitz des Staates überzuführen, bedeutet tatsächlich die Liquidierung der leninistischen Staatstheorie und stimmt ihrem Wesen nach mit der sozialdemokratischen Übergangsforderung der „Kontrolle der Wirtschaft“ und dem Ausbau der staatlichen wirtschaftlichen Unternehmungen überein. Diese Politik führte zwangsläufig zur Kapitulationspolitik von 1923.

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, S. 555.

Im Oktober 1923 wurden zwei Linien der Politik sichtbar: die sächsische Kapitulationspolitik und der Hamburger Aufstand. Mögen die Hamburger Arbeiter ohne genügende Vorbereitung und ohne genügende Verbindung mit den Massen gekämpft haben, sie haben aber versucht, unter Einsetzung aller ihrer Kräfte die revolutionären Aufgaben durchzuführen. In Sachsen dagegen, wo breitere Arbeitermassen mobilisiert waren, verzichtete die Parteiführung mit Rücksicht auf das Verhalten des „sozialdemokratischen Bruders“ auf den Kampf. Faktisch wurde die Politik unserer Partei nicht von unserem Zentralkomitee, sondern von den sozialdemokratischen Führern bestimmt. Die Hauptfehler bestanden darin, daß die Partei die Sozialdemokratie und insbesondere die „linken“ Sozialdemokraten falsch einschätzte. Sie glaubte an die Kampffähigkeit der „linken“ Führer und machte die Durchführung des Kampfes von dem Bündnis mit den „linken“ Sozialdemokraten abhängig. Diese Blockpolitik steht mit dem Versuch einer westeuropäischen „Verbesserung“ der Arbeiterräte in Zusammenhang. Man hatte mit einem Male entdeckt, daß die Betriebsräte in Deutschland die Rolle der politischen Arbeiterräte spielen könnten. Praktisch bedeutete das, den revolutionären Klassenkampf zu einem ökonomischen Kampf zu degradieren, denn die Betriebsräte sind nur imstande, den Kampf der Arbeiter im Betrieb, und zwar vorwiegend den ökonomischen Kampf, zu führen.

Unter diesen Verhältnissen traten die Kommunisten in die sächsische Regierung ein. Dieser Ministersozialismus stellte den klassischen Versuch dar, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Arbeiterforderungen durchzusetzen. Die sächsische „Arbeiterregierung“ war nichts anderes als eine Koalitionsregierung, zustande gekommen durch Spitzenkombinationen von KPD und SPD. Es war unter diesen Verhältnissen für die Bourgeoisie nicht schwer, die Minister zum Teufel zu jagen und ein Terrorregime in Sachsen zu errichten. Aber selbst nach diesen teuren Lehren der Oktoberniederlage redeten die Rechten von dem „Sieg des Faschismus über die SPD“ und sahen nicht, daß der Faschismus und auch die SPD Hilfstruppen der Bourgeoisie sind. Wer behauptet, daß die SPD durch den Faschismus besiegt worden sei,

hat die Illusion, als ob die Sozialdemokratie gegen den Faschismus gekämpft habe.

Die großen Fehler der Parteiführung, die ihren Gipfelpunkt im Oktober 1923 erreichten, führten zu einer tiefen Krise in der Partei, in deren Verlauf die opportunistischen Fehler von der Masse der Mitgliedschaft verurteilt wurden. Gleichzeitig, teilweise als direkte Reaktion auf die opportunistischen Fehler, fanden die ultralinken Abweichungen einen günstigen Nährboden. Die Arbeit in den Gewerkschaften wurde vernachlässigt, viele Parteimitglieder verließen die Gewerkschaften, die Einheitsfronttaktik wurde faktisch von der Ruth-Fischer-Zentrale abgelehnt, und die Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen wurde sabotiert. Der innerparteiliche Kurs wurde durch die Ausschaltung der Mitberatung und Mitverantwortung der breiten Massen der Mitgliedschaft charakterisiert. Der tiefe Pessimismus der Führung, ihr Unglaube an die Kampffähigkeit der Arbeiter führte zum Verzicht auf die Entwicklung der Initiative der Parteimitgliedschaft und der Arbeitermassen. Erst nach dem offenen Brief des EKKI gewann die Partei wieder Schritt für Schritt Boden in den Betrieben, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen.

Der Essener Parteitag 1927 fand im Zeichen der Konsolidierung der Partei statt. Die trotzkistische Gefahr in der Partei wurde im wesentlichen überwunden. Auf dem Boden der Beschlüsse des Essener Parteitages wurden alle revolutionären Kräfte der Partei zusammengefaßt. Die Beratungen des Essener Parteitages fanden in der Zeit allmählich zunehmender Aktivität der Arbeitermassen statt. Die Hauptaufgabe des Parteitages bestand in der Herausarbeitung der führenden Rolle unserer Partei im Kampfe gegen Sozialdemokratie und Reformismus und insbesondere im Kampf gegen die „linken“ Sozialdemokraten. Schon auf dem Parteitag wandte sich die rechte Gruppe unter der Führung von Böttcher dagegen, daß die „linken“ Führer als die gefährlicheren Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung bezeichnet werden, und sie verlangten, daß die Partei als zusammenfassende Losung die Forderung der „Produktionskontrolle“ beschließen sollte.

Die Vorstöße der Rechten verschärfen sich im Laufe des Jahres 1927 und im folgenden Jahre. Die allmähliche Zunahme der

opportunistischen Gefahr hatte hauptsächlich folgende Ursache: Die Rechten unterschätzten die Veränderungen in der Lage, die in der zunehmenden Aktivität der Arbeitermassen, in der ansteigenden Streikbewegung ihren Ausdruck fanden. Gleichzeitig beurteilten sie die Politik des Reformismus als „unzulänglich“.

Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Linie trat die „rechte“ Gefahr in unserer Partei in ihrer ganzen Größe in Erscheinung. Im Zusammenhang mit der Verschärfung des Klassenkampfes verschärfte sich auch der fraktionelle Kampf der Rechten gegen die Politik der Partei und der Komintern, während die führenden Funktionäre der Versöhnlergruppe näher zu den Rechten schwenkten. Es ist kein Zufall, daß gerade im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf, wo die Partei zum ersten Male die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des IV. RGI-Kongresses allgemein richtig anwandte, die Funktionäre der rechten Fraktion aus der Partei ausgeschlossen werden mußten, weil sie durch ihre Politik während des Ruhrkampfes bewiesen haben, daß sie Verbündete des Reformismus sind. Gleichzeitig arbeiteten die Versöhnler ihre Plattform aus, deren Wesen der Kampf gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses ist.

Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei werden durch die Losung „Klasse gegen Klasse“ gekennzeichnet. Vergleichen wir die jetzige Lage mit der Situation vor zehn Jahren, so sehen wir folgende charakteristische Merkmale: Damals versuchten die verschiedenen Interessengruppen auf eigene Faust zu retten, was zu retten ist. Heute sehen wir eine Konzentration der Kräfte der Bourgeoisie unter Führung des Finanzkapitals. Auch organisatorisch findet diese Entwicklung in der strafferen Zentralisation der Unternehmerorganisationen unter Führung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ihren Ausdruck.

In der Arbeiterbewegung führten vor zehn Jahren drei Parteien den Kampf um die Massen: SPD, USPD und KPD. Die Kommunistische Partei war zu dieser Zeit eine verhältnismäßig schwache Organisation, während die Arbeitermassen in der USPD und in der SPD organisiert waren. In diesen zehn Jahren hat sich der Klärungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung soweit entwickelt, daß die Kommunistische Partei zu einer revolutionären Massen-

partei wurde, während die Sozialdemokratie zu einem „unentbehrlichen Bestandteil des kapitalistischen Staates“ geworden ist.

In den gegenwärtigen Klassenkämpfen in Deutschland zeigen sich diese Veränderungen der Klassenkräfte in der scharfen Herausbildung der zwei Fronten: Trustkapital, Reformismus und Staatsmacht auf der einen Seite, die klassenbewußten Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei auf der anderen Seite. Viele Arbeiter, die der Sozialdemokratie angehören oder mit ihr sympathisieren, nehmen gegenwärtig gegen die Wehrpolitik, die Schlichtungs- und Erwerbslosenpolitik der sozialdemokratischen Führer Stellung, aber sie haben sich noch nicht von der Sozialdemokratie losgelöst und in die proletarische Klassenfront eingliedert.

Die Aufgabe der KPD besteht darin, nicht nur durch allgemeine Agitation die Politik der Sozialdemokratie als bürgerlich-reaktionär zu kennzeichnen, sondern es kommt auch darauf an, die Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Im Prozeß des Kampfes für die Elementarforderungen wird die organisatorische Lösung der sozialdemokratischen und der christlichen Arbeiter von der Sozialdemokratischen und der Zentrumspartei gelingen; im Kampfe wird sich die proletarische Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei verbreitern und festigen. Die Bedeutung solcher Organe wie Kampfleitungen, Streikleitungen, Betriebsratswahlausschüsse besteht in der Mobilisierung und organisatorischen Erfassung aller Arbeiter, der organisierten und der unorganisierten, der Kommunisten, Parteilosen, Sozialdemokraten und Christen. Politisch stehen folgende Fragen im Vordergrund: 1. Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik, für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion; 2. Kampf für Achtbeziehungsweise Siebenstundentag und Lohnerhöhung, gegen das Schlichtungssystem; 3. Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen, gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Steuerpolitik und Zollpolitik, gegen die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse; 4. Kampf gegen die Herrschaft des Trustkapitals, gegen Koalitionspolitik, Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Die Organisierung des Massenkampfes für diese Forderungen macht eine Verstärkung der kommunistischen Arbeit in den Massenorganisationen der Arbeiter und in den Reihen der Un-

organisierten notwendig. In dem Maße, wie es der Partei gelingt, die Massen der organisierten Arbeiter gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie Schulter an Schulter mit den Unorganisierten in Bewegung zu bringen, wird sich der Terror der reformistischen Führer verschärfen. Ebenso wie die Bourgeoisie und ihre Polizeisozialisten in Zeiten der Verschärfung des Klassenkampfes die Anwendung demokratischer und faschistischer Methoden zur Unterdrückung der Arbeiter kombinieren, so geschieht es auch seitens der Reformisten in den Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. Die Methoden der Zörgiebel, Grzesinski und Co. werden in zunehmendem Maße in den Massenorganisationen der Arbeiter angewendet. Die reformistischen Führer des Metallarbeiterverbandes drohen bereits mit dem Ausschluß Tausender und Zehntausender revolutionärer Arbeiter. In diesen Drohungen zeigt sich die ganze Wut der Koalitionspolitiker, die nicht mehr imstande sind, mit anderen Mitteln als mit Polizeimethoden die reformistischen Gewerkschaften als Stützen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik zu sichern.

Auf diese Maßnahmen der Bourgeoisie und der reformistischen Führer wird die Kommunistische Partei mit der Verstärkung des Kampfes um die Bildung der einheitlichen proletarischen Klassenfront antworten.

Der Ruhrkampf und die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen in Deutschland lehren, daß viele Mitglieder unserer Parteileitungen diesen Aufgaben verständnislos gegenüberstehen und passiven Widerstand leisten. Durch eine positive Selbstkritik müssen die Fehler und Hemmungen aufgedeckt und beseitigt werden. Die Neuwahl der Parteileitungen muß eine Auffrischung der führenden Kader der Partei von den Zellen bis zum Zentralkomitee bringen. Parteimitglieder, die sich in den letzten Kämpfen bewährt haben, müssen in die Parteileitungen gewählt werden. Vielleicht werden viele dieser Funktionäre anfangs Fehler machen, sich nur langsam einarbeiten oder wenig technische Erfahrungen besitzen. Das ist von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist die politische Orientierung, die revolutionäre Aktivität der Genossen. Die großen politischen Aufgaben, die von der Partei erfüllt werden müssen, erfordern, daß im Zusammen-

hang mit der Auswertung der Kampferfahrungen eine gründliche Überprüfung der Kampffähigkeit des Parteiapparates erfolgt.

Die ganze vielseitige praktische Kleinarbeit soll und wird durch eine Idee vereinigt: die Notwendigkeit der Vorbereitung auf die sich immer mehr nähernden entscheidenden revolutionären Kämpfe. Zu diesem Zweck streckt die Partei ihre vielseitigen Fühler in die Dichte der proletarischen Massen; dazu ist sie bestrebt, sich an die Spitze jeder Massenbewegung zu stellen; dazu durchdringt sie das Proletariat mit dem Bewußtsein der großen Aufgabe, die jetzt vor ihm steht; dazu kämpft sie rücksichtslos mit allen kleinbürgerlichen Schwankungen in ihren Reihen; dazu stählt sie ihre Reihen mit eiserner Disziplin.

Im Feuer des Kampfes wurde die KPD zur revolutionären Massenpartei. Die führende Rolle unserer Partei in den letzten Wirtschaftskämpfen, im Kampf für die Erwerbslosenforderungen und im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik des bürgerlich-sozialdemokratischen Blockes zeigt, daß die Partei unter Führung der Kommunistischen Internationale die richtigen Lehren aus den internationalen und aus den deutschen Kampferfahrungen gezogen hat und daß sie sich zur eisernen Kohorte der Revolution entwickelt, die fähig ist, die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Diktatur des Proletariats zu leiten und unter Leitung der Exekutive der Komintern den Kampf zur revolutionären Unterstützung der Sowjetunion zu führen.

*„Die Kommunistische Internationale“, Heft 9/10/11,  
13. März 1929.*

# Zur Frage der Unorganisierten

Aus der

Rede in der Gewerkschaftskommission des EKKI  
März 1929

Auf dem VI. Weltkongreß wurde eine Analyse der dritten Periode gegeben, wobei besonders die Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und des Klassenkampfes im Weltmaßstab hervorgehoben wurde. Die Erfahrungen der Sektionen der Komintern reichten aber noch nicht aus, um jene Probleme der Streikstrategie, die im Zusammenhang mit der Verschärfung des Klassenkampfes gegenwärtig vor uns stehen, ausführlich zu behandeln. Aufgabe des EKKI-Plenums ist es, diesen Teil der Beschlüsse des VI. Weltkongresses auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate zu konkretisieren und die Hauptideen den Massen der Parteimitglieder zum Bewußtsein zu bringen.

Unsere Aufgabe besteht gegenwärtig vor allem darin, die Klasseneinheit des Proletariats im Kampfe herzustellen. Wir müssen die von den Reformisten herbeigeführte und geförderte Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden und unter unserer Führung die organisierten *und* die unorganisierten Arbeiter zum Kampfe führen. Unter Verwirklichung der breitesten Arbeiterdemokratie müssen wir die Kampfkraft der Arbeiter entfalten und alle Kräfte einsetzen, damit im Zusammenhang mit den einzelnen Bewegungen Kampforgane in den verschiedensten Formen gebildet werden.

Die Frage der Unorganisierten hat also gegenwärtig eine große Bedeutung. Wenn aber Genosse Losowski in seinem Artikel in der „Kommunistischen Internationale“ sagt, das Problem der Unorganisierten sei das wichtigste Problem der Epoche, so ist das nicht richtig. Das wichtigste Problem dieser Periode ist der Kampf um die führende Rolle der Kommunistischen Partei in den Arbeiterkämpfen. Ob wir bei der Mobilisierung der Arbeitermassen das Schwergewicht auf die Organisierten oder die Unorganisierten konzentrieren, hängt von der konkreten Lage ab.

Genosse Losowski stellt die Frage: Was wird mit den Unorganisierten, die wir während des Ruhrkampfes registriert haben? Er zieht die Schlußfolgerung: Wir müssen neue Organisationen gründen. Genosse Losowski überschätzt offensichtlich die Organisationsfähigkeit der Arbeiter unter den kapitalistischen Verhältnissen. Der Vorschlag läuft auf eine Trennung der Organisierten und der Unorganisierten hinaus. Die Organisierten sollen in den Gewerkschaften bleiben, und die Unorganisierten sollen zu Unterstützungsvereinen zusammengefaßt werden. Dieser Vorschlag steht in Widerspruch zu unserer allgemeinen Taktik. Das Charakteristische unserer Strategie und Taktik in der gegenwärtigen Periode ist die Herstellung der Klassenfront der Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Gesetze der Gewerkschaften und des Staates.

Es gibt zwei Formen zur Erfassung der Organisierten und der Unorganisierten. Die eine Form sind die zeitweiligen Klassenkampforgane, wie zum Beispiel Kampfleitungen, Streikleitungen, Arbeiterdelegiertenkonferenzen usw. Die andere Form sind die Massenorganisationen der Arbeiter, wie Gewerkschaften, IAH, RFB usw. Im Interesse der selbständigen Kampfführung und gegen die Versuche der Reformisten, uns zu isolieren, müssen wir gerade die Opposition in den Massenorganisationen und die Mitgliederwerbung für die sympathisierenden Organisationen verstärken und dieselben organisatorisch festigen. Wir wissen, daß unter den kapitalistischen Verhältnissen eine hundertprozentige Organisation der Arbeiter nie möglich sein wird. Gerade deshalb ist die Verwirklichung der proletarischen Demokratie, die Heranziehung der organisierten und der unorganisierten Arbeiter zur Beratung und Beschlußfassung, die Entwicklung der Kampfkraft aller Arbeiter unter Herausbildung zeitweiliger organisatorischer Formen (Kampfleitungen usw.) gegenwärtig das wichtigste Problem. Durch die Stärkung der Opposition in den Gewerkschaften müssen wir den Einfluß auf die Schwankenden und reformistisch orientierten Arbeiter verstärken, aber gleichzeitig durch Zusammenarbeit der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder mit den Unorganisierten alle Kräfte zur Sprengung des Gewerkschaftslegalismus und zur Herstellung der Klassenfront der Arbeiter unter kommunistischer Führung ausnutzen. Die

Organisationsfähigkeit der Unorganisierten, die Möglichkeit ihrer Hereinziehung in die Massenorganisationen wird in dem Maße größer, wie es uns gelingt, die Masse der Unorganisierten im Prozeß der selbständigen Kampfführung zu aktivieren und zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen. Das ist die Hauptfrage.

Genosse Losowski entwickelt demgegenüber einen umgekehrten Organisationsfetischismus. Er erklärte, und das ist sozusagen der § 1 des Statuts der neuen Organisation:

„Wenn ihr zu einem unorganisierten Durchschnittsarbeiter kommt und sagt: Es hat eine Aussperrung gegeben, du bist aus dem Betrieb geflogen, dir hat keiner geholfen, laß uns einen Verein organisieren, du wirst Beiträge leisten und wirst im Kampf Unterstützung haben — ich glaube, daß die Arbeiter darauf eingehen.“

Diese Losung bedeutet praktisch die Forderung auf Gründung neuer Gewerkschaften. Die Folge muß sein, daß kein Arbeiter mehr zur Stärkung der Opposition in die Gewerkschaften geht und viele Arbeiter austreten. Meines Erachtens ist die Entwicklung in Deutschland nicht so, daß wir neue Organisationen auf einer Massenbasis gründen können.

Es steht in Widerspruch zu den bisherigen Beschlüssen der Komintern, wenn Genossen glauben, durch Schaffung von gewerkschaftsähnlichen Organisationen günstigere Bedingungen für eine solche Situation der Gewerkschaftsspaltung schaffen zu können. Solche Vereinsgründungen können gegenwärtig nur zur Schwächung unseres Einflusses auf die Gewerkschaftsmitglieder führen. Das ist um so gefährlicher, weil auch dann, wenn die Mehrheit der Arbeiter aus Unorganisierten besteht und kampfgewillt ist, die Gewerkschaftsmitglieder zumindest eine große Rolle bei der Verhinderung und beim Abbruch von Streikbewegungen spielen.

Aus diesen Gründen können gegenwärtig die Unorganisierten nur durch zeitweilige Kampforgane und in den bestehenden Massenorganisationen (Gewerkschaften und sympathisierende Organisationen, IAH, RFB) zusammengefaßt werden. Einsetzung aller Kräfte für die Mobilisierung der Unorganisierten und der Organisierten zur Schaffung selbständiger Kampfführungen, innige Zusammenarbeit der oppositionellen Arbeiter in den Ge-

werkschaften mit den Unorganisierten zur Sprengung der reformistischen Gewerkschaftsgesetze — das ist der nächste Schritt.

Ich fasse zusammen. In der Resolution, die dem zehnten Plenum des EKKI vorgelegt wird, müssen meines Erachtens drei Hauptfragen behandelt werden: Im ersten Teil der Resolution müssen die besonderen Kampfbedingungen in der dritten Periode, die Veränderungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sowie die Rolle der Unorganisierten analysiert werden. Im zweiten Teil sind die Fragen der Streikstrategie und -taktik zu behandeln. Dabei ist das Hauptproblem die selbständige Führung des Massenkampfes und die Herausbildung entsprechender organisatorischer Formen, wie Kampfleitungen, Streikleitungen, Selbstschutzorgane, Aktionsausschüsse, Arbeiterdelegiertenkonferenzen und ähnlicher zeitweiliger Organe. Im dritten Teil der Resolution müßte auf die Arbeit in den Gewerkschaften und auf die Frage der Mobilisierung und Organisierung der Unorganisierten speziell eingegangen werden, wobei besonders die Fragen des Kampfes gegen die reformistische Säuberungs- und Spaltungspolitik zu erörtern sind. Dabei ist auch die Frage der organisatorischen Form der Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition zu beantworten. Das müßten meines Erachtens die Hauptpunkte des Resolutionsentwurfes sein.

*„Die Kommunistische Internationale“, Heft 16,  
17. April 1929.*

## Zum zwölften Parteitag der KPD

Die Beratungen und Beschlüsse des bevorstehenden Parteitages der KPD haben für die Komintern große Bedeutung, weil infolge der besonderen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland (hochentwickelte Industrie mit begrenzten Absatzmöglichkeiten, Reparationslasten, weitgehendes Verwachsen von Reformismus und Staatsapparat, verhältnismäßig starke Kommunistische Partei) die Widersprüche des Kapitalismus hier gegenwärtig schärfer in Erscheinung treten als in anderen kapitalistischen Ländern. Der Kampf des deutschen Finanzkapitals um eine führende imperialistische Weltmachtstellung, die Eingliederung der Sozialdemokratie und des Reformismus in die imperialistische Front bei gleichzeitiger Verstärkung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse führte zu einer scharfen Herausbildung der Klassenfronten. Darin liegt begründet, daß der Kampf gegen die Koalitionspolitik, gegen die sozialdemokratische Wehrpolitik, gegen Schlichtungssystem und Polizeiterror große Erfahrungen mit sich gebracht hat.

Die Periode der Parteientwicklung seit dem Essener Parteitag stellt in gewissem Sinne eine Übergangsphase dar. Es ist der Übergang von der Periode des Niederganges der Arbeiterbewegung und des Angriffs auf sie (1924—1926) zur Periode der Gegenoffensive der Arbeiterklasse. Diese Zeit wird charakterisiert durch die verschärfte Offensive der Bourgeoisie bei gleichzeitiger Linksentwicklung breiter Arbeitermassen. Unter Führung unserer Partei überwinden immer breitere Arbeitermassen den Respekt vor den gewerkschaftlichen Bestimmungen und den bürgerlichen Gesetzen und bilden Organe zur selbständigen Führung von Massenkämpfen (Kampfleitungen und ähnliche Einheitsfrontorgane). Im Prozeß dieser Kämpfe zeigt sich das wahre Wesen jenes Revisionismus, der von der Brandler-Gruppe vertreten und von den Versöhnlern begünstigt wird.

Die Veränderung der Klassenkräfte in den letzten Jahren in Deutschland findet auf der einen Seite ihren Ausdruck in dem engeren Zusammenschluß der verschiedenen Strömungen der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Bürokratie unter Führung des Trustkapitals. Die Offensive der Front des Trustkapitals und seiner Verbündeten kommt innenpolitisch zum Ausdruck in der Politik der großen Koalition, im Schlichtungszwang und Polizeiterror, in dem Streben nach Verfassungsänderung und Wahlrechtsreform, im Verwachsen des Gewerkschafts- und des sozialdemokratischen Parteiapparates mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat und in der Faschisierung sowohl des Staatsapparates wie des sozialdemokratischen und reformistischen Apparates.

Auf der anderen Seite zeigt sich die Veränderung der Klassenkräfte in der allmählichen Formierung der proletarischen Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Schaffung von Einheitsfrontorganen, von Organen des Klassenkampfes in den verschiedenen Bewegungen ist ein Beweis dafür. Die Bildung der Kampfleitungen im Ruhrkampf, die großen Erfolge der revolutionären Betriebsräte, die Durchführung von Arbeiterdelegiertenkonferenzen zur Vorbereitung der ökonomischen Kämpfe und die Bildung von Kampfleitungen im Kampf gegen den Polizeiterror und gegen die Spaltungspolitik der Reformisten in den Gewerkschaften sind der lebendige Ausdruck für den zunehmenden Kampfwillen der Arbeitermassen und die Führung dieses Kampfes als Kampf „Klasse gegen Klasse“. Das ist das Charakteristische der gegenwärtigen Situation.

#### *Von Essen bis Berlin*

Der Essener Parteitag tagte an einem Wendepunkt. Die Aktivität der Arbeitermassen beginnt allmählich zu wachsen. Diese Aktivität kam im Kampf um die ökonomischen Forderungen zum Ausdruck. Die kapitalistische Rationalisierung hatte eine unerhörte Verelendung der Arbeitermassen mit sich gebracht, mit Hilfe des Schlichtungswesens wurden die Löhne niedriger gehalten, der Neun- und Zehnstudentag war die Regel, die Arbeitsleistung war ungeheuer gesteigert worden. Gleichzeitig im Zusammenhang mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus

war eine Festigung und Vertiefung der wirtschaftsfriedlichen Orientierung im gesamten Gewerkschaftsapparat zu verzeichnen. Unter diesen Verhältnissen richtete sich der Kampf der Arbeiter in erster Linie gegen das Schlichtungssystem und gegen die reformistische Bürokratie, die sich zu einem Hilfsorgan des staatlichen Schlichtungszwanges entwickelt hatte.

In dieser Situation war die Hauptfrage die Mobilisierung der Arbeitermassen für die Sprengung der Schlichtungsfessel, für die Einleitung von Bewegungen trotz Schiedsspruchs und die Kampfführung entgegen den Vereinbarungen zwischen der reformistischen Bürokratie und den Unternehmern beziehungsweise den staatlichen Organen. In dem Maße der Linksentwicklung der Arbeiter und der Verschärfung der Unternehmeroffensive setzte sich innerhalb unserer Partei und in den Arbeitermassen die Erkenntnis durch, daß der Kampf gegen das Schlichtungswesen nicht im Rahmen der Gewerkschaften, sondern nur gegen den Willen des Gewerkschaftsapparates, durch Bildung der einheitlichen Klassenfront der Arbeiter von den Betrieben aus geführt werden kann. Während in den ersten größeren Bewegungen des Jahres 1927 die Hauptfrage die Weiterführung der Streikbewegungen entgegen einem verbindlich erklärten Schiedsspruch und entgegen dem Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie war, stand ein Jahr später im Mittelpunkt der Politik unserer Partei die Frage der selbständigen Organisierung der Streikbewegungen trotz Tarifvertrags, Schiedsspruchs und der ablehnenden Beschlüsse des Gewerkschaftsapparates.

Das Reichstagswahlergebnis vom Mai 1928 brachte eine bedeutende Zunahme der kommunistischen Stimmen, aber auch großen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie. Das Wahlergebnis lehrte, wie notwendig es für die Bourgeoisie ist, zum Zwecke der Spaltung der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie zur verantwortungsvollen Arbeit im Staatsapparat heranzuziehen. Die Niedrighaltung der Löhne, die politische Unterdrückung der sich nach links entwickelnden Arbeitermassen, die Verstärkung der kapitalistischen Staatsgewalt, die Aktivierung der imperialistischen Politik waren nur mit Hilfe des sozialdemokratischen und des Gewerkschaftsapparates möglich. Die geschicktesten Vertreter des Abbaues der bürgerlichen Demokratie und der Anwendung